

Frank Thomas Koch

# Über Antisemitismus und Existenzformen des Jüdischen in der DDR

Eine kritische Revue zu Diskursen in der Bundesrepublik Deutschland

## Inhaltsverzeichnis

Anlass und Fragestellung des Beitrages .....	2
Wen interessiert das noch? Über DDR-Bezüge im „jüdischen Zeitalter“ (Slezkine) .....	5
1. Antisemitismus in der DDR im deutsch-deutschen und partiell europäischen Vergleich .....	6
Geschichtspolitik/Erinnerungskultur und empirische Antisemitismusforschung .....	7
Entnazifizierung/ NS-Belastete in Behörden und Institutionen .....	8
Anerkennung deutscher Schuld an der Schoa und Restitution jüdischen Eigentums .....	9
Antisemitismus hemmende, blockierende und Antisemitismus entzündende Faktoren in der DDR.....	11
DDR-eigene Antisemitismus-Blocker.....	11
DDR-eigene Antisemitismus-Treiber .....	12
2. Mainstream und Fakten .....	14
Wie sichtbar war deutsch-jüdische Geschichte und die NS-Judenverfolgung im Lokalen?...	16
3. Exkurs: Über die problematische Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus .....	17
Politischer Zionismus contra Reformjudentum und jüdische Orthodoxie; Post-Zionismus .....	18
Gegensätze, Unverträglichkeiten von Staatszionismus und Staatssozialismus .....	19
Israelkritik unter Antisemitismusverdacht. Erklärung mit Alfred Grosser .....	22
Worin gründet die pro-israelische Position weiter Teile des Establishments der Bundesrepublik?.....	24
4. Existenzformen des Jüdischen und ihre Entwicklungsrichtung in der Geschichte der DDR .....	25
Aggregatzustände des Jüdischen in der SBZ/DDR.....	25
Profile und Veränderungen gegenüber der Ausgangslage .....	28
Kultusgemeinden: andere Zusammensetzung als vor der NS-Zeit .....	29
Bedeutender Rückgang der Mitglieder der Kultusgemeinden.....	29
Kirchners Programm der „aktiven kulturpolitischen Größe“ .....	30
Juden außerhalb der jüdischen Gemeinden und ihre Nachfahren .....	31
Sozialistische Remigranten mit jüdischen Wurzeln und ihre Nachfahren .....	32
Die Geburt einer säkularen jüdischen Identität aus dem Geist der Rebellion .....	33
Facetten säkularer jüdischer Identität .....	35
Über die Wahrnehmung des JKV von außen.....	36

Warum löste sich der JKV auf? Ist das tragende „sozialistisch-jüdische Milieu“ am Ende? .....	37
Einstige christliche „Volljuden“, „Mischlinge“ und ihre Nachfahren .....	38
Rückblick auf die Denk- und Verhaltensformen in der NS-Zeit in Anlehnung an Tent .....	38
Verhaltensrepertoire nach 1945 .....	39
Abbau von Berührungängsten und Annahme der jüdischen Wurzeln .....	40
Konversionen zum Judentum aus dem Kreis der Nachfahren der einstigen „Mischlinge“	40
Nicht-Juden und Jüdisches .....	40
Antisemitismus .....	41
Philosemitismus.....	41
Die christlichen Großkirchen als Träger einer Hinwendung zu Jüdischem .....	42
Partnerschaftsbeziehungen/Heiratskreise .....	42
Konversion von Nicht-Juden zum Judentum.....	43
Über die (Un)Zulässigkeit von Sonderidentitäten in der DDR.....	43
Axens Diktum galt in der Sache auch für die Juden .....	44
Resümee zu Existenzformen des Jüdischen in der DDR-Geschichte.....	44
5. „...und die Folgen“? .....	46
„Antisemitismus? Das hat es bei uns nicht gegeben“. Dilemmata der Gleichsetzung .....	46
„Israelfeindschaft“ oder das Dilemma der unverbrüchlichen Solidarität .....	47
Reserviertheit gegenüber Staatszerstörungen, humanitären Interventionen und Demokratieexporten .....	48

„Antisemitismus in der DDR und die Folgen“

Andreas H. Apelt/Maria Hufenreuter (Hrsg.) im Auftrag der Deutschen Gesellschaft e.V. und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. in Kooperation mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Mitteldeutscher Verlag, Halle an der Saale 2016, 233 Seiten

### Anlass und Fragestellung des Beitrages

Die DDR, die Bundesrepublik und die wieder hergestellte Republik Österreich sind aus dem „Dritten Reich“ hervorgegangen, waren mithin post-faschistische Gesellschaften. Nirgendwo konnten sich die Regierenden ein neues Volk wählen. Insofern wäre es einem Wunder gleich gekommen, wenn es in der DDR keinen Antisemitismus, keine Friedhofsschändungen, keine politischen und sozialen Ressentiments gegenüber Juden und Jüdischem, keine Pöbeleien gegeben hätte. Entsprechende Äußerungen von Repräsentanten der DDR waren mithin Lebenslügen, Wunschdenken, Augenauswischerei. Dies kann und soll festgehalten und überliefert werden. Dennoch löst bei mir der Diskurs über Antisemitismus und Existenzformen des Jüdischen in der DDR in Politik, Wissenschaft und Medien schon längere Zeit einige Irritationen aus. Ärgernisse kann man freilich

hinnehmen. Doch das Schicksal von Minoritäten in Vergangenheit und Gegenwart, darunter der Juden, ist zugleich ein Indikator gesellschaftlicher Zustände. Über diese lohnt eine Verständigung schon.

Unmittelbarer Anlass für meine kritischen Anmerkungen war die Dokumentation einer Konferenz anlässlich des 50. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der (Alt-) Bundesrepublik (siehe Kasten). Der Band reflektiert aus der Perspektive dreier (im Untertitel genannter) Institutionen und ihrer Netzwerke das Spannungsverhältnis von Anspruch und Wirklichkeit zwischen dem Selbstverständnis der DDR und ihrer Selbstdarstellung nach außen als antifaschistischer Staat, der mit dem Antisemitismus gebrochen hat. Zu den Vortragenden und Diskutanten gehören: Jochen Staadt (Forschungsverbund SED-Staat), Antisemitismusforscher wie Wolfgang Benz und Juliane Wetzel, Armin Pfahl-Traughber (Extremismus- und Terrorismusexperte), Jens Gieseke (Leiter der Abteilung Kommunismus und Gesellschaft am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam). Weiterhin Thomas Hauray („Spezialist für Antisemitismus von links“); die Politikwissenschaftlerin und Publizistin Antonia Grunenberg, der Publizist und Dokumentarfilmer Konrad Weiß, der Theologe und Philosoph Richard Schröder, Heike Radvan von der Amadeu Antonio Stiftung...

Der Band thematisiert antisemitische Vorfälle und bagatellisierende Praktiken in der DDR und versucht, sie in systematischer Perspektive auszuloten und auf den Begriff zu bringen. Wo vom Antisemitismus in der DDR die Rede ist, werden direkt oder indirekt Existenzformen und Lebensäußerungen des Jüdischen in der DDR sowie deren Entwicklungsrichtung thematisiert und beurteilt. In beiderlei Hinsicht präsentiert sich für mich der Extrakt des Bandes im Fazit des Beitrages von Wolfgang Benz:

„Wenn man Antisemitismus nur als offene Diskriminierung, gar als brachiale Gewalt und Verfolgung definiert, dann hat es in der DDR keinen Antisemitismus gegeben. Judenfeindschaft als alltägliches Ressentiment und stillschweigender Vorbehalt auf der politischen und sozialen Ebene war als Begleiterscheinung des offiziell geübten Antizionismus, als ideologisches Verdikt von Sonderidentitäten aber Teil der Realität, die in der Marginalisierung des Jüdischen Ausdruck fand. Diese gesellschaftliche Realität dauerte bis 1989.“<sup>1</sup>

Konrad Weiß geht noch einen Schritt über die Marginalisierungsthese hinaus, indem er erklärt: „Über Israel gab es ein furchtbar verzerrtes, ein völlig destruktives Bild. Ich finde, mit dieser Politik hat die SED die Politik der Nationalsozialisten, alles Jüdische auszulöschen, fortgesetzt... Dieses Nichtwissen über alles Jüdische war eine schlimme Folge.“<sup>2</sup>

Der Konferenzband *Antisemitismus in der DDR und die Folgen* rundet insgesamt eher ab. Neue Forschungsergebnisse zum Gegenstand bietet er bis auf eine Ausnahme (zur NS-Nachgeschichte des Bundesinnenministerium und des MDI der DDR vgl. S.92) nicht. Aber er präsentiert exemplarisch *das Spektrum der im vereinten Deutschland zum Thema Antisemitismus in der DDR dominierenden Sichten, leitenden Grundannahmen und subjektiven Gewissheiten*. Die Texte und Diskussionsbeiträge geben indes mehr her als die Analyseraster und subjektiven Gewissheiten der Verfasser erwarten lassen. Etliche Autoren widersprechen sich selbst. Deutlich wird eine spezifisch bundesdeutsche Koordinatenverschiebung im Verständnis von Antisemitismus, die auch die Rückblicke auf die DDR mitbestimmt. Ferner offenbart sich im Band ein gehöriges Quantum dessen, was man als fortwirkende Lebenslüge der westdeutschen Gesellschaft bezeichnen könnte. Eben deshalb ist der Band für an einer Kulturgeschichte der DDR schreibende Historiker (es gibt sie tatsächlich) bzw. für eine noch ausstehende vergleichende orientierte Deutsch-Deutsche wie auch Deutsch-jüdische Geschichte nach 1945, wie von Wolfgang Herzberg angemahnt, nicht ohne Wert.

Meine Anmerkungen beziehen sich - inspiriert vom erwähnten Konferenzband - auf ausgewählte Felder des Diskurses in der der Bundesrepublik über Antisemitismus und Existenzformen des Jüdischen in der DDR.

---

<sup>1</sup> Wolfgang Benz: Der Antifaschismus-Mythos der DDR. Antisemitismus und Antizionismus in der Deutschen Demokratischen Republik, in: *Antisemitismus in der DDR und die Folgen*, Halle 2016: 78.

<sup>2</sup> Konrad Weiß, in: *Antisemitismus in der DDR und die Folgen*, Halle 2016:123.

**Erstens:** Wie nimmt sich Antisemitismus in der DDR in historisch-vergleichender Perspektive aus? Man könnte mit Blick auf den Titel des Konferenzbandes wie auch die Aussagen einiger Autoren und Diskutanten fast meinen, die Geschichte der SBZ und DDR wäre eine Geschichte endlos sich an einander reiherender antisemitischer Skandale, ja die DDR wäre eine Hochburg des Antisemitismus in Europa und der Welt gewesen. Im Diskurs fehlt es nicht an Stimmen, die meinen, Antisemitismus sei latente Staatsdoktrin der DDR gewesen.<sup>3</sup> Welche Vergleichsmaßstäbe werden im Mainstream-Diskurs angelegt und welche eher unterschwellig, wenn überhaupt eingesetzt? Gab es in der DDR-Geschichte im Vergleich mit der Alt-Bundesrepublik spezielle Faktoren, die Antisemitismus befeuerten bzw. stillstellten, eindämmten, erodieren ließen?

**Zweitens:** Wie steht es um die Bereitschaft im Mainstreamdiskurs über Antisemitismus und Existenzformen des Jüdischen in der DDR, Fakten zur Kenntnis zu nehmen und um die Kompetenz, je eigene Urteile zu korrigieren und zu revidieren?

**Drittens** ist für meinen Beitrag die Einsicht und Position leitend: Was Antisemitismus ist, steht nicht ein für alle Mal fest. Antisemitismus wird vielmehr von (kollektiven wie individuellen) Akteuren und Institutionen nach Maßgabe ihrer Erfahrungen, Einsichten, Werthaltungen, ihrer jeweiligen Bedürfnisse und Interessen bestimmt, diskursrelevant, sanktioniert. Ich frage daher, wie ist die auffällige und im interkulturellen Vergleich besonders ausgeprägte Zentralität der Existenz Israels für die Identifikation und Brandmarkung von antisemitischen Haltungen in der Geschichte der Bundesrepublik zu erklären? Und mit welchen Inkonsistenzen in den deutsch-jüdischen Beziehungen in der Geschichte der Alt-Bundesrepublik vertrug sich diese Fokussierung auf Israel bestens?

Wie ist es dazu gekommen, dass Anti-Zionismus zur besonderen und besonders schwerwiegenden Form des Antisemitismus aufrücken konnte? Ist die für den Mainstream in Politik, Wissenschaft und Medien der Bundesrepublik evidente Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus historisch, theoretisch und empirisch gedeckt?

Es steht außer Zweifel, dass im Rahmen der antizionistischen Kampagnen im Ostblock, insbesondere in der ersten Hälfte der 1950er Jahre, diverse antisemitische Vorurteile mitschwangen und entfesselt wurden. Dennoch ist zu fragen, ob der Anti-Zionismus kommunistischer/sozialistischer Staatsparteien, der indes meines Wissens niemals das Existenzrecht Israels in Frage stellte, nicht auch in rational begründbaren Gegensätzen konkurrierender Ideologien, Bewegungen und Projekte gründete sowie in Konstellationen (Kalter Krieg), unter denen diese Gegensätze ausgetragen wurden? Für die DDR ist zu fragen: welche Art von Anti-Zionismus hat sie selbst praktiziert, aktiv mitgetragen und wo hat sie ohne eigenen Antrieb und ohne Eigeninteresse „nur“ Vorgaben der sowjetischen Vormacht in dieser Hinsicht exekutiert?

**Viertens.** Wie lässt die von Benz vorgebrachte These von der „Marginalisierung des Jüdischen“ im Verlaufe der Geschichte der DDR operationalisieren und prüfen? Die Frage nach den Existenzformen des Jüdischen und ihrer Entwicklungsrichtung in Bezug auf eine Ausgangslage zielt ja auf mehrere Dimensionen, darunter nicht zuletzt, wenn auch nicht ausschließlich, auf die subjektiv-menschliche Dimension. Wer aber repräsentiert denn das jüdische Element für eine noch ausstehende vergleichende deutsch-jüdische Geschichte nach 1945-1989/90 in der DDR? Und: welche Chancen hatten „Sonderidentitäten“ in der DDR als Staat, Gesellschaft und System?

**Fünftens.** Der Konferenzband mit dem Titel *Antisemitismus in der DDR und die Folgen* hebt auf tatsächliche oder auch nur vermeintliche Wirkungen und Effekte ab, die den Untergang der DDR überdauert haben. Drei solcher Langzeitwirkungen sollen diskutiert werden.

---

<sup>3</sup> Dazu kritisch: Wolfgang Herzberg: Workshop zur Geschichte der Juden in der DDR 1./2.11.2016, Redebeitrag.

### Wen interessiert das noch? Über DDR-Bezüge im „jüdischen Zeitalter“ (Slezkine)

Man könnte zunächst meinen, wen interessiert es schon, wenn ein älterer Herr anderen älteren Damen und Herren erklärt, dass sie mit ihren Deutungen der DDR falsch liegen? Es sind stets Interessen, Probleme und Herausforderungen der Gegenwart, die für individuelle und kollektive Akteure über die Relevanz von historischen, im konkreten Fall über die Bedeutsamkeit von DDR-Bezügen entscheiden. Rückbezüge auf die DDR haben dann eine Chance einbezogen zu werden in die Suche nach Lösungen für alte und neue übergreifende, große Fragen und Herausforderungen der Gegenwart, wenn sie dafür Ansatzpunkte zu bieten scheinen.<sup>4</sup> Es geht also darum, Fragen von heute an die Geschichte heranzutragen.

Die DDR verstand sich als Alternative zu Gesellschaften des Westens, insbesondere zur Alt-Bundesrepublik. Die DDR stand in einer Reihe von Fragen vor ähnlichen Herausforderungen wie westliche Gesellschaften. Und sie hat in ihrer Geschichte auch tatsächlich andere Antworten und Lösungsansätze praktiziert als diese. Mit dem Untergang der DDR und des Ostblocks ist die Suche nach Alternativen zum gegenwärtigen Weltzustand, der sich mit Nachtwey als „regressive Moderne“<sup>5</sup> fassen lässt, nicht stillgestellt worden. Das gilt auch für das hier interessierende Feld – den Umgang mit Antisemitismus. Bekanntlich ist Antisemitismus ganz und gar nicht aus der Welt. Und so liegt die Frage nicht fern: lässt sich aus der DDR-Geschichte hinsichtlich des Umgangs mit Antisemitismus beim Überwinden zeitgenössischer Formen dieses Krebsgeschwürs etwas lernen? Oder waren die DDR-eigenen Antisemitismustreiber wie Antisemitismusblocker zu spezifisch und sind mit der DDR obsolet geworden? Sind im Vergleich mit der DDR-Zeit neue und andere Formen von Antisemitismus entstanden? Und gilt das ebenso für die Suche von Individuen und Gruppen nach einer ihnen angemessenen Existenzform des Jüdischen? Was aber hat die DDR mit der Suche von Individuen nach ihnen angemessenen Formen des Jüdischseins hier und heute zu tun? Ich gehe mit Yuri Slezkine von folgender Prämisse, wenn man so will, Epochenbestimmung aus:

**„Das moderne Zeitalter ist das jüdische Zeitalter... Modernisierung bedeutet, dass jeder urban, mobil, schriftkundig, wortgewandt, geistig beweglich, körperlich anspruchsvoll und beruflich flexibel wird. Modernisierung heißt lernen, Menschen und Symbole anstelle von Feldern oder Herden zu kultivieren. Modernisierung bedeutet, nach Reichtum um der Bildung willen, nach Bildung um des Reichtums willen und nach beidem, Reichtum und Bildung, um ihrer selbst willen zu streben. Die Modernisierung macht Bauern und Prinzen zu Händlern und Priestern, lässt erworbenes Prestige an die Stelle ererbter Privilegien treten und demontiert gesellschaftliche Stände zugunsten von Individuen, Kernfamilien und Bücher lesenden Stämmen... Modernisierung bedeutet mit anderen Worten, dass alle Menschen jüdisch werden.** Einige der Bauern und Prinzen waren dabei erfolgreicher als andere, doch niemand ist so gut im Jüdischsein wie die Juden selbst... Einige der ältesten jüdischen Spezialgebiete, etwa Handel, Recht, Medizin, Textdeutung und kulturelle Vermittlung haben sich in die wichtigsten und jüdischsten aller modernen Beschäftigungen verwandelt. In ihrer Eigenschaft als vorbildliche Alte sind die Juden zu mustergültigen Modernen geworden.“<sup>6</sup>

Was Slezkine als „jüdisches Zeitalter“ bezeichnet, wird von anderen als globalisierter Kapitalismus unter neoliberalen Vorzeichen thematisiert. Sofern wir aber in einem „jüdischen Zeitalter“ leben, sind tendenziell alle Menschen in der Sache genötigt, historisch Juden zugeschriebene Denk- und Verhaltensqualitäten auszubilden und *in diesem* Sinne „jüdisch“ zu werden. Ferner impliziert die Epochenbestimmung „jüdisches Zeitalter“, dass Individuen, Gruppen und Regionen sich aus verschiedenen Gründen der Herausforderung „jüdisch zu werden“ widersetzen, zu entziehen suchen. Somit reproduziert sich im „jüdischen Zeitalter“ in alt-neuer Form auch Antisemitismus.

<sup>4</sup> Vgl. Ulrich Mählert (Hrsg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Metropolis Verlag, Berlin 2016.

<sup>5</sup> Vgl. Oliver Nachtwey: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Suhrkamp, Buch und eBook, Berlin 2016.

<sup>6</sup> Yuri Slezkine: Das jüdische Jahrhundert, Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen 2006: 23. (Hervorhebungen von mir – FTK).

Von der skizzierten Zeitdiagnose geleitet, lassen sich also zwei Such- und Erkundungsrichtungen einkreisen. Zum einen: **Wie verhält sich der Antisemitismus im „jüdischen Zeitalter“ zu historisch vorausgehenden Formen von Judenfeindschaft, antijüdischen Ressentiments? Und zum anderen: wenn es zutrifft, dass mehr oder weniger alle Menschen nicht umhin kommen, „jüdisch zu werden“, wie bewältigen sie das spirituell-weltanschaulich?**

Viele Menschen verbleiben beim „Jüdisch-Werden“ im Rahmen ihres bisherigen spirituell-weltanschauliches Gehäuses als Christen, Konfessionsfreie, Muslime. Andere orientieren sich um und versuchen, sich auf andere Weise spirituell-weltanschaulich zu beheimaten oder entdecken für sich frühere Formen neu. „Jüdisches Zeitalter“ impliziert und erklärt, dass unter anderem auch das Judentum selbst – verstanden als Ensemble verschiedener(!) religiöser und geistig-kultureller Lebensformen – weltweit für Individuen und Gruppen an Attraktivität gewinnt, expandiert und sich einer wachsenden Anhängerschaft erfreut. Damit will ich keineswegs sagen, dass das Judentum mit dem zeitgenössischen Kapitalismus in besonderem Maße kompatibel sei. Soweit ich es beurteilen kann, sind ihm vielmehr eine Reihe für den Kapitalismus sperrige, widersetzige Postulate und Imperative eingeschrieben. Allem Anschein nach verhält es sich eher so, das in den Suchprozessen von Menschen nach geeigneten Antworten, wie sie mit den Herausforderungen und Verhaltenszumutungen des globalisierten Kapitalismus umzugehen können, unter anderem das Judentum als spirituelle-weltanschauliche Basis, Orientierungsgröße in den Blick rücken kann. Für jene wiederum, die mit dem Judentum liebäugeln, sind seine verschiedene Existenzformen oder Aggregatzustände nicht gleichwertig und nicht gleichermaßen passend, angemessen. Eines schickt sich eben nicht für alle. Um nun von diesen Erwägungen auf die DDR zu kommen, ist zu fragen: **ob sich denn nicht auf dem Boden der DDR Existenzformen des Jüdischen herausgebildet haben, die für Personen jüdischer Abstammung, nicht-jüdische Deutsche wie auch für andere Europäer, insoweit sie zum Judentum tendieren, attraktiv und angemessen erscheinen?**

Solchen Fragen stellt sich der Mainstream nicht. Und auch mir wird nur partiell eine Antwort gelingen.

\*\*\*

### 1. Antisemitismus in der DDR im deutsch-deutschen und partiell europäischen Vergleich

Im Diskurs, auch im Mainstreamdiskurs, spielen mehrere Vergleichsdimensionen direkt oder indirekt eine Rolle. Dazu gehören:

- a) Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in der SBZ/DDR und in der Alt-Bundesrepublik;
- b) Bearbeitung jüdischer Themen und der Shoa; Neugier auf und Kenntnis von jüdischen Lebenswelten in Vergangenheit und Gegenwart in beiden deutschen Gesellschaften;
- c) Ost-West-Vergleiche der empirischen Antisemitismusforschung ab 1990 ff;
- d) Ausmaße und Dimensionen der antizionistischen Kampagnen in der DDR in den 1950er Jahren im Vergleich mit anderen Ländern des Ostblocks;
- e) Friedhofsschändungen und Verwahrlosung jüdischer Friedhöfe;
- f) Ausmaße, Tiefe, Modi der Entnazifizierung und NS-Belastung von Behörden und Institutionen in beiden deutschen Staaten;
- g) Haltung zum Zionismus als Staatsidee, Ideologie und Bewegung;
- h) Positionierung beider Deutschländer im Nahostkonflikt;
- i) Haltung und Praxis der beiden deutschen Staaten zu Entschädigungs- und Wiedergutmachungsverfahren für Juden im In- und Ausland, bei der Restitution jüdischen Eigentums;
- j) Intensität und Erfolg der Bemühungen um die Rückkehr von jüdischen Emigranten nach 1945 in beiden deutschen Staaten;
- k) Lage, Förderung und Entwicklung der jüdischen Gemeinden in der DDR und der Alt-Bundesrepublik.

### Geschichtspolitik/Erinnerungskultur und empirische Antisemitismusforschung

Charakteristisch für den deutschen Mainstreamdiskurs in Politik, Wissenschaft und Medien ist es, bestimmten Vergleichsdimensionen, etwa der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, besonderes Gewicht beizumessen und gegenläufige Befunde und Inkonsistenzen gar nicht oder nur unterschwellig zu thematisieren. Letzteres zeigt sich etwa im weitgehenden Verzicht auf Befunde der empirischen Antisemitismusforschung. So heißt es einleitend im Grußwort von Monika Grütters zu der Konferenz *Antisemitismus in der DDR und die Folgen*: „Denn während die DDR sich nur einseitig mit dem nationalsozialistischen Erbe nach 1945 befasste, durchlebte die Bundesrepublik verschiedene Phasen der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich und seiner Ideologie. So kam es in der Bundesrepublik zu heftigen Auseinandersetzungen um die Verstrickung eines Teils der Eliten in die Schoa. In der DDR konnte und sollte über diese Frage kein Diskurs stattfinden“ (S. 7). Dahinter steht die Annahme, dass höhere Intensität und ein mehr an Diskursivität in der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich und seiner Ideologie, die selbstverständlich der Alt-Bundesrepublik zuerkannt werden, nachhaltigere Ergebnisse und Erfolge beim Eindämmen von Antisemitismus erbringe.

Wenn es sich tatsächlich so verhielte, wie Grütters und andere Autoren des Bandes suggerieren, dann hätte sich das in den Befunden der empirischen Antisemitismusforschung ab 1990 im Ost-West-Vergleich niederschlagen müssen. Doch das ist nicht der Fall, im Gegenteil! „Grundsätzlich stellen wir jedoch fest, dass die 40jährige Teilung tatsächlich zu deutlichen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland geführt hat: Ostdeutsche Befragte lassen unabhängig von der jeweiligen Messung durchgängig ein geringeres Ausmaß an antisemitischen Einstellungen erkennen als die im Westen der Republik.“<sup>7</sup>

Ich habe mich zunächst sehr gewundert, dass in dem Band *Antisemitismus in der DDR und die Folgen* Wolfgang Benz der einzige Autor ist, der überhaupt auf Ost-West-vergleichende Befunde der Umfrage- und Meinungsforschung zu antijüdischen Einstellungen in Deutschland eingeht. Benz bezieht sich 2016 auf Erhebungen der Jahre 1990 bis 1995. Danach hatten „die Bürger der ehemaligen DDR deutlich weniger Vorurteile gegen Juden als die der alten Bundesrepublik.“ (S. 59). Daher fragt der Antisemitismusforscher: „War es vielleicht gar kein Mythos, war Antifaschismus als Staatsziel vielleicht erfolgreicher, als die Kommentatoren der Wendezeit behaupteten?“<sup>8</sup> Benz verzichtet darauf, entsprechende Studien mit in der Tendenz ähnlichen Ergebnissen im Ost-West-Vergleich, die bis in die Gegenwart reichen, heranzuziehen, obschon sie vorliegen.<sup>9</sup> Er belässt es dabei, diesen Sachverhalt in die Debatte einzustreuen, ohne ihm größeres Gewicht beizumessen. Für die anderen Autoren und Diskutanten spielen diese Befunde ohnehin keine Rolle. Eine Erklärung für diesen Sachverhalt bietet ein Blick auf die Förderkulissen: In der DDR gab es keine empirische Antisemitismusforschung, wohl aber in der Alt-BRD. Allerdings wurde in der Alt-Bundesrepublik empirische Antisemitismusforschung „seitens der Regierung nicht gefördert“.<sup>10</sup> Eine parlamentarische Auseinandersetzung fand nur statt, wenn es eine unübersehbare Häufung von antisemitischen Vorfällen gab wie 1960 und 1986. Man ging ähnlich wie in der DDR von der Vorstellung aus, dass das deutsche Volk in seiner Mehrheit nicht-antisemitisch sei. Im Jahre 2007 legte Monika Schmidt eine Studie unter dem Titel „Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR“ vor. Warum aber wurde der Vergleich mit der Alt-BRD in dieser Hinsicht vermieden? Gab es denn da

<sup>7</sup> Jürgen Leibold; Steffen Kühnel: Einigkeit in der Schuldabwehr. Die Entwicklung antisemitischer Einstellungen in Deutschland nach 1989, in: Deutsche Zustände. Folge 7. Herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer, edition Suhrkamp, Frankfurt am Main 2009: 141.

<sup>8</sup> Wolfgang Benz: Der Antifaschismus-Mythos der DDR. Antisemitismus und Antizionismus in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 59.

<sup>9</sup> Vgl. Deutsche Zustände. Folge 7. Herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer, Edition Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2009: 131-151.

<sup>10</sup> Vgl. Werner Bergmann: Der Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Herbert A. Strauss, Werner Bergmann, Christhard Hoffmann(Hg.): Der Antisemitismus der Gegenwart, Campus 1990: 163 f.

keine? Oh doch! Bei der Vorstellung der Studie von Schmidt erklärte Wolfgang Benz, seine Institution habe leider nur finanzielle Mittel für die Recherche zu Friedhofsschändungen in der DDR von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erhalten.<sup>11</sup> Schräge Förderkulissen wie diese sind geeignet, schräge Thesen über die DDR zu produzieren. Und sie bewahren den Mainstream davor, sich den Lebenslügen der Herkunftsgesellschaft zu stellen.

Autoren wie Konrad Weiß oder Richard Schröder argumentieren mit Fallbeispielen, um Antisemitisches in der DDR kenntlich zu machen. Partiiell gilt das auch für Benz. Andere Autoren des Bandes versuchen Strukturen zu identifizieren, denen Antisemitismus gleichsam eingeschrieben ist. So erfährt der einstige Marxist-Leninist von Thomas Haury (S. 11-33), in welchem Maße der Marxismus-Leninismus antisemitisch grundiert war und ist bass erstaunt. Ähnlich argumentiert die nicht im Band vertretene Anetta Kahane. Sie habe „rassischen Antisemitismus“ in der DDR nicht erlebt, aber konstatiert einen „strukturellen Antisemitismus“.<sup>12</sup> Kahane hebt mit der Begriffskreation auf Individualitätsfeindlichkeit, Konformitätserziehung und den in der DDR vermittelte Wertekanon ab. Der Terminus „struktureller Antisemitismus“ mag zwar einen gewissen ideologischen Gebrauchswert im Kontext der DDR-Aufarbeitungsindustrie haben, aber er ist wie Brechts „Macht der Verhältnisse“ oder Galtungs „strukturelle Gewalt“ zu allgemein. Für die wissenschaftliche Analyse ist er untauglich.<sup>13</sup> Wie aber ist der bezeichnende *Verzicht auf Befunde der empirischen Antisemitismusforschung im Ost-West-Vergleich* als Zugang zum Konferenzthema möglich und erklärbar? Der Schlüssel liegt im Antisemitismus-Verständnis der Autoren. Für die Autoren wiegt die wahrlich einseitige Positionierung der DDR im Nahostkonflikt, die von Leibold und Kühnel einmal als „Staatlicher Antizionismus mit antisemitischen Tendenzen“ auf den Begriff gebracht wurde, entschieden schwerer als das, was in der DDR an Bekämpfung, Überwindung und Niederhaltung des antisemitischen Potentials geleistet wurde.

#### Entnazifizierung/ NS-Belastete in Behörden und Institutionen

Die beiden deutschen Staaten als post-faschistische Gesellschaften standen vor der Aufgabe und dem Problem, Nazi- und Kriegsverbrecher zu bestrafen und die Frage zu beantworten, wie mit den Massen der kleinen Nazis und Mitläufer zu verfahren sei. Es waren zu viele, um sie auszugrenzen. Die Entnazifizierung wie auch die Nicht-Weiterbeschäftigung von Nazis in hohen Staatsämtern entsprach ausdrücklich dem Willen und den Interessen jüdischer Überlebender in allen Besatzungszonen. Der Leser erfährt im Beitrag von Jens Gieseke, dass Ausmaße und Tiefe der Entnazifizierung und die NS-Belastung von Funktionseliten in beiden deutschen Staaten offenbar neu vermessen werden. Gieseke präsentiert neueste Befunde des Forschungsprojektes zur „NS-Nachgeschichte des Bundesinnenministeriums und des Ministeriums des Innern der DDR (MDI)“.<sup>14</sup> Im Bundesinnenministerium waren bis zu 66 Prozent der Ministerialbeamten ehemalige NSDAP-Mitglieder. Um 1958/59 war ihre Anzahl am höchsten. Im MDI der DDR gehörten 14 Prozent der Mitarbeiter einst der NSDAP an. Die Relationen sprechen für sich. In beiden deutschen Staaten wurden die unterschiedlich orientierten Entnazifizierungsbemühungen mit dem Ausbruch des Kalten Krieges in etwa zeitgleich abgebrochen. Peter Bender konstatierte, die Bundesrepublik habe den personellen und kriminellen Teil der NS-Vergangenheit „nicht politisch, sondern biologisch“ bewältigt. „Vor allem aber entnazifizierte sich die Bundesrepublik mit Hilfe des Antikommunismus“, der als Kernkompetenz im Kalten Krieg hoch im Kurs stand. Für die DDR hält er fest, dass sie selbstgerecht und instrumentell agierte. „Für Ost-Berlin war der Kampf gegen Bonn wichtiger als der

<sup>11</sup> Vgl. Detlef Joseph: Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung, Das Neue Berlin 2010:224

<sup>12</sup> Vgl. Anetta Kahane: „Manche Dinge brauchen eben Zeit“. In: Richard Chaim Schneider: Wir sind da! Die Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis heute, Ullstein Berlin 2000: 333f.

<sup>13</sup> Vgl. Dieter Claessens: Lektion VII. Macht und Herrschaft, in: Hermann Korte; Bernhard Schäfers (Hrsg.), Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie. 3. Auflage. Leske + Budrich, Opladen 1995: 116-117.

<sup>14</sup> Vgl. Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 92.

Kampf gegen Ex-Nazis, die westdeutsche Justiz hätte manchen Prozess besser führen können, wenn ihr die DDR nicht die Einsicht in ihre NS-Akten verweigert hätte.“<sup>15</sup>

### Anerkennung deutscher Schuld an der Schoa und Restitution jüdischen Eigentums

Auf den ersten Blick scheint ein untrennbarer Zusammenhang zu bestehen zwischen der Anerkennung deutscher Schuld und der Bereitschaft, Entschädigungen zu zahlen an jüdische Überlebende in Deutschland und in aller Welt, zur Restitution arisierten jüdischen Eigentums. Tatsächlich handelte es sich wohl um eine hoch komplexe Frage, die letztlich in der DDR und der Alt-BRD *politisch* im Rahmen des Kalten Krieges gegensätzlich entschieden wurde.

Die DDR betrachtete sich nicht als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches. Dies entsprach dem Selbstverständnis eines Großteils der Regierenden, die – im Unterschied zu vielen der von ihnen Regierten – als Individuen in der Regel keine Schuld an Nazi- und Kriegsverbrechen auf sich geladen hatten wie ihrem Anspruch, ein neues Deutschland zu errichten. Doch bewahrte diese Rechtsposition die DDR weder vor Reparationsleistungen und Demontagen noch davor, dass der Staat Israel die DDR wie die Alt-BRD über die Vormächte UdSSR und USA mit materiellen und finanziellen Forderungen konfrontierte. Ungeachtet der skizzierten Rechtsposition wurde in der SBZ/DDR von oben und im Rahmen der bis 1953 bestehenden *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* (VVN) kompetente Arbeit bei der Vorbereitung von Regelungen zur Wiedergutmachung geleistet. Doch diese Vorbereitungen wurden schließlich politisch abgebrochen. So schwelte beispielsweise in der VVN-Wiedergutmachungskommission von Anfang an die Frage, wie mit dem unter den Nazis „arisiertem“ Eigentum umzugehen sei, das doch mit den Grundstock des Volkseigentums bildete. Hochrangige jüdische VVN-Mitglieder widersprachen der Position, der zufolge Kapitalisten, nur weil sie Juden waren, keine Sondervergünstigungen erhalten sollten. Sie drangen aber damit nicht durch. Für viele VVN-Mitglieder (1949: 37.400) war es dennoch nicht nachvollziehbar, dass 1948 die Entnazifizierung für abgeschlossen erklärt wurde, es aber in der SBZ noch kein Gesetz zur Restitution privaten jüdischen Eigentums gab.<sup>16</sup> Anerkannten Verfolgten des NS-Regimes wurden indes in der SBZ/DDR eine Rente gezahlt und andere Gratifikationen gewährt. Die Rente wurde von denen, die sie erhielten, als „äußerst großzügig“<sup>17</sup> empfunden. Überlebende Juden und ihre Nachfahren im Ausland erhielten hingegen nichts. Nur am Rande sei erwähnt, dass wohl im gesamten Ostblock (in den von den Deutschen einst besetzten Gebieten der Sowjetunion, in der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien) jüdisches Eigentum nicht wiederhergestellt wurde.<sup>18</sup> In der SBZ/DDR hing der Abbruch der eingeleiteten Arbeiten an Wiedergutmachungslösungen mit dem Ausbruch des Kalten Krieges und wohl auch mit dem Veto der sowjetischen Vormacht zusammen. 1976 hat die Zentraleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der in New York tagenden „Konferenz über jüdische Ansprüche gegenüber Deutschland“ ein Angebot der DDR unterbreitet. Demnach sollten bedürftige US-Bürger jüdischen Glaubens, die vom NS-Regime verfolgt wurden, eine einmalige Unterstützung aus humanitären Gründen erhalten. Dafür war von der DDR insgesamt die Summe von 1 Millionen Dollar vorgesehen. Dieses DDR-Angebot wurde von der Konferenz und von Nahum Goldmann als Leiter des

<sup>15</sup> Peter Bender: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, dtv München 1996:40; 43.

<sup>16</sup> Vgl. Detlef Hansel: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), in: Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Herausgegeben von Gert-Rüdiger Stephan et al., Karl Dietz Berlin 2002: 593-615.

<sup>17</sup> Vgl. Lutz Niethammer: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Rowohlt Berlin 1991: 282. Zur Rentenhöhe und den Gratifikationen im Detail siehe Peter Maser: Juden und Jüdische Gemeinden in verschiedenen Phasen der SED-Diktatur, in: Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Bd. III.3, Suhrkamp Frankfurt am Main 1995: 1576 ff.

<sup>18</sup> Vgl. Timothy Snider: Black Earth. Der Holocaust und warum er sich wiederholen kann, C.H. Beck München 2016: 307f.

Genfer Büros für jüdische Wiedergutmachungsansprüche als nicht ernst zu nehmende Offerte abgelehnt.<sup>19</sup>

Vor allem in den 1980er Jahren war die SED-Führung auch aus wirtschaftspolitischen Erwägungen bereit, ihre Haltung gegenüber jüdischen Ansprüchen auf Rückerstattung des in der NS-Zeit enteigneten Eigentums zu überdenken. Es zeigte sich also noch im Horizont der DDR, dass sich die einmal bezogene Position auf Dauer nicht durchhalten ließ.

Ungeachtet der Praxis der DDR in der Restitutionsfrage erwiesen sich die SBZ und die DDR geradezu als Magneten für deutschsprachige linke Emigranten mit jüdischen Wurzeln. Es zog sie in relativ großer Zahl (mit Familien einige Tausend) aus aller Welt in den deutschen Osten, wo etliche von ihnen hohe und höchste Positionen im Staat, in Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, in Institutionen aller Art, im Kultur- und Medienbereich einnahmen oder eine höchst aktive, wahrnehmbare Rolle spielten.

Die Bundesrepublik fand „unter Nachhilfe“ ihrer Vor- und Schutzmacht USA zu „globalen und individuellen Entschädigungs- und Wiedergutmachungsanstrengungen“<sup>20</sup> für Juden. Dies geschah, so scheint es mir, teils im Zuge der aktiv betriebenen und angestrebten Westbindung und des Kalten Krieges, teils in Anerkennung deutscher Schuld an der Shoa, an Nazi- und Kriegsverbrechen. Der Alt-BRD fiel die Restitution auch insofern leichter, als sie nicht den Anspruch hatte eine andere, neue sozialökonomische und Eigentumsordnung zu errichten. Mit „global“ sind Vereinbarungen mit Israel und zunächst westlichen Gesellschaften gemeint. Allerdings wirkte sich der Kalte Krieg auch auf die Bescheide von individuellen Entschädigungsanträgen in der Bundesrepublik aus, wie sich exemplarisch am Fall Julius Mayer nach dessen Flucht aus der DDR zeigt.<sup>21</sup>

„Im Westen...“ wurden „Juden offiziell Gegenstand pfleglicher, philosemitischer Aufmerksamkeit...“<sup>22</sup> Jener offizielle Gestus „pfleglicher, philosemitischer Aufmerksamkeit“ fand nicht zuletzt einen konzentrierten Ausdruck in einer entschieden pro-israelischen, pro-zionistischen Parteinahme großer Teile des Establishments in der Alt-Bundesrepublik im Nahostkonflikt und vertrug sich bestens mit der Weiterverwendung von NS-belasteten Personen in großer Zahl auf allen Ebenen. Ferner ging der bundesdeutsche Philosemitismus konform mit einer *Diskreditierung von Antifaschismus als Haltung und Programm*<sup>23</sup>, einer Fülle antisemitischer Vorfälle in der Bundesrepublik selbst, wie etwa der „Schmierwelle“ 1959/60. Bemerkenswert ist zudem, dass der offizielle Philosemitismus sich mit einer Nicht-Willkommenskultur für Emigranten (Wetzel) verband, mithin nicht so weit ging, jüdische Emigranten zur Rückkehr einzuladen.<sup>24</sup>

Die gegensätzlichen Entscheidungen der beiden deutschen Staaten in der Entschädigungs- und Restitution jüdischen Eigentums lassen sich m.E. nicht in einem Spannungsfeld zwischen den Polen Antisemitismus und Anti-Antisemitismus bzw. Anerkennung und Nicht-Anerkennung deutscher Schuld verorten. Sie liegen dazu quer.

<sup>19</sup> Vgl. Stichwort Antisemitismus, in: DDR Handbuch. Wiss. Ltg. Hartmut Zimmerman, Bd. 1; 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1985:50.

<sup>20</sup> Wolfgang Benz: Der Antifaschismus-Mythos der DDR. Antisemitismus und Antizionismus in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 62.

<sup>21</sup> Vgl. Andres Weigelt: Der zionistische Agent Julius Mayer und seine Auftraggeber...Julius Mayer (1909-1979), in: Andreas Weigelt; Hermann Simon (Hg.): Zwischen Bleiben und Gehen. Juden in Ostdeutschland 1945-1956. Zehn Biographien, Verlag Edition Berlin 2008: 75-130. Zu den Mayer versagten Entschädigungen und ihren Begründungen im Westen siehe S. 127-129.

<sup>22</sup> Wolfgang Benz: Der Antifaschismus-Mythos der DDR. Antisemitismus und Antizionismus in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 62.

<sup>23</sup> Vgl. Wolfgang Benz: Der Antifaschismus-Mythos der DDR a.a.O. Halle 2016: 81f.

<sup>24</sup> Vgl. Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: Zuhörer 1: 169; Wetzel: 172 f.

### Antisemitismus hemmende, blockierende und Antisemitismus entzündende Faktoren in der DDR

In der Geschichte der beiden deutschen Staaten gab es zum einen durchaus vergleichbare oder ähnliche Konstellationen, die antisemitische Emotionen auslösten und reproduzierten. Zu diesen gehört etwa die negative Einstellung breiter Bevölkerungskreise gegenüber der Forderung und Zahlung von Wiedergutmachung. Ferner spielte die Vorstellung vom „schuldigen Opfer“ eine gewisse Rolle, mithin die Gewissheit, die Juden trügen ein Stückweit Mitschuld an Hass und Verfolgung. Hartnäckig hielt sich zwischen Oder und Rhein die Vorstellung von besonderer jüdischer Geschäftstüchtigkeit und von einer besonderen innerjüdischen Solidarität und eines besonders festen Zusammenhalts. Aufstiegsbeflissene im akademischen Bereich nahmen den tatsächlich oder auch nur vermeintlich bestehenden innerjüdischen Zusammenhalt als Ausgrenzung anderer und als Vetternwirtschaft wahr.

In der Geschichte der DDR wirkten zum anderen Quietive und Inzentive der Judenfeindschaft, der Verächtlichmachung und Dämonisierung von Juden, für die es in der Alt-Bundesrepublik<sup>25</sup> keine Entsprechung gab.

### DDR-eigene Antisemitismus-Blocker

Unter den Antisemitismus blockierenden Faktoren ist zunächst und vor allem der *Antifaschismus als Credo und Staatsdoktrin* zu nennen. Es war Konrad Weiß, der Mitte der 1990er Jahre den Begriff vom „gebrochenen Antifaschismus“<sup>26</sup> in die Diskussion eingeführt hat, um sich gegen die weit verbreitete Rede vom „verordneten Antifaschismus“ zu wenden. „Gebrochen“ meint zum einen, dass es viele Menschen gegeben hat, die sich wirklich mit dem, was in der NS-Zeit geschehen ist, auseinandergesetzt haben sowie die im Verlaufe der DDR-Geschichte abnehmende Wirkungskraft des Antifaschismus. Und zum anderen die repressive Umformung des antifaschistischen Credo. In der Alt-Bundesrepublik war die Bezeichnung Antifaschist hingegen ein diskreditierender Kampfbegriff, Anlass für Ablehnung und Abwertung. Wer sich so bekannte oder von anderen so bezeichnet wurde, galt als ganz, ganz Linker, als Sektierer.<sup>27</sup> Und Gisela Wenzel hält mit Blick auf die Alt-Bundesrepublik 1985 fest: „Antifaschistischer Widerstand gehört nicht zu den staatlich gepflegten Traditionsbeständen dieses Landes.“<sup>28</sup>

Im Lutherjahr 2017 ist es überdies angebracht, daran zu erinnern, dass sich das protestantische Christentum seiner Identität lange immer durch Abgrenzung vom Judentum versicherte und auf Juden all das projizierte, womit man selbst nicht identifiziert werden wollte. Selbst ein Mann wie Dietrich Bonhoeffer war vom theologischen Antijudaismus nicht frei: „Niemand ist in der Kirche Christi der Gedanke verloren gegangen, dass das `auserwählte Volk`, das den Erlöser ans Kreuz schlug, in langer Leidensgeschichte den Fluch seines Tuns tragen muss“.<sup>29</sup> In der Alt-Bundesrepublik gehörte die Masse der Bevölkerung den beiden christlichen Großkirchen an. Beide Großkirchen waren in wachsenden Maße bemüht, sich der Erbschaft des christlich motivierten Antijudaismus zu stellen, sie abzarbeiten und zu tilgen.<sup>30</sup> Das galt auch für die DDR. In der DDR war indes die Lage der Kirchen und der Christen eine andere. Hier prägte

<sup>25</sup> Zum Antisemitismus in der Alt-Bundesrepublik siehe Werner Bergmann: Der Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Herbert A. Strauss, Werner Bergmann, Christhard Hoffmann(Hg.): Der Antisemitismus der Gegenwart, Campus 1990, S. 151-166.

<sup>26</sup> Vgl. Beiträge Reininghaus und Weiß, Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 129f.

<sup>27</sup> Vgl. Wolfgang Benz: Der Antifaschismus-Mythos der DDR. Antisemitismus und Antizionismus in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016:82.

<sup>28</sup> Gisela Wenzel: Der vergessene Widerstand, in: Hannes Heer, Volker Ulrich (Hg.): Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung, Rowohlt Reinbek bei Hamburg 1985:223.

<sup>29</sup> Dietrich Bonhoeffer zitiert nach Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden, dtv, München 2006:58.

<sup>30</sup> Siehe dazu Georg Weiss: Gibt es noch Antijudaismus in der römisch-katholischen Kirche? Eine Bestandsaufnahme, in: Herbert A. Strauss, Werner Bergmann, Christhard Hoffmann(Hg.): Der Antisemitismus der Gegenwart, Campus 1990, S. 29-48 und Ekkehard W. Stegemann: Der Protestantismus: Zwischen Neuanfang und Beharrung, in: Herbert A. Strauss, Werner Bergmann, Christhard Hoffmann(Hg.): Der Antisemitismus der Gegenwart, Campus 1990, S. 49-65.

sich der so genannte ostdeutsche Volksatheismus, die religiöse Indifferenz, Gleichgültigkeit ostdeutscher Mehrheiten gegenüber religiösen Dingen aus. Mit „Volks--atheismus“ ist eine besondere Wendung und Ausprägung im geschichtlichen Prozess der Säkularisierung gemeint – eine zunehmende Verweltlichung, ein Heraustreten aus christlicher Tradition, Entchristlichung der Gesellschaft und Entkirchlichung breiter Bevölkerungskreise. Die Verweltlichung im Sinne zunehmender Lösung und Verselbständigung von Individuen, Organisationen und des Staates gegenüber kirchlichen Einflüssen sowie die Entkopplung gesellschaftlicher Werte, Normen, Moralvorstellungen, Riten von traditionellen religiösen Glaubensinhalten hat in Ostdeutschland eine lange Geschichte. Die DDR hat geschichtlich angelegte, vorhandene Tendenzen der Säkularisierung sowohl reifen lassen als auch vorangetrieben und befördert. Zeitweilig auch mit Hilfe des weltlichen Armes des Staates. Doch der „ostdeutsche Volksatheismus“ ist keineswegs allein oder gar primär ein Zwangsprodukt. Die indifferente Haltung zu Religion(en) erwies sich nun auch als Bollwerk gegenüber Restbeständen eines *christlich motivierten Antijudaismus* der beispielsweise in Polen noch recht virulent war und ist. Zudem erwies sich die permanent gleichgültige Einstellung gegenüber allen Formen von Religiosität, darunter eben auch der von Juden praktizierten, als tolerierende Hülle und Antisemitismus hemmender Faktor.

#### DDR-eigene Antisemitismus-Treiber

In der DDR gab es freilich auch Antisemitismus fördernde Konstellationen, die in der Welt der Westdeutschen so nicht gegeben waren – etwa *antisozialistisch motivierten Antisemitismus* sowie antijüdische Vorurteile und Ressentiments, gegründet auf *Gleichheitspostulate und Sozialneid* in einer Gesellschaft mit begrenzten Ressourcen („Mangelgesellschaft“).

*Die wechselseitige Konvertierbarkeit von Antisozialismus und Antisemitismus.* In der Geschichte der deutschen Arbeiter- und sozialistischen-/kommunistischen Bewegung haben Juden bzw. Persönlichkeiten jüdischer Herkunft von ihren Anfängen an eine höchst exponierte Rolle gespielt – als Theoretiker, Organisatoren, Finanziere, Führungskräfte aller Art. Ähnlich verhielt es sich in nahezu allen anderen Ländern Europas. Dieser Sachverhalt blieb den Gegnern der Sozialisten im 19. und 20. Jahrhundert nicht verborgen und sie setzten ihn im politischen Kampf ein, ja sie stellten den Sozialismus bzw. Kommunismus geradezu als jüdisches Projekt heraus (in der Nazizeit zeigte sich das in der Rede vom „jüdischen Bolschewismus“). Dies war im doppelten Sinne nicht zutreffend. Denn zum einen war die übergroße Masse der Juden in Deutschland und andernorts politisch konservativ eingestellt und konnte der sozialistischen Idee wenig abgewinnen. Nur eine verschwindend kleine Minderheit unter den Juden stieß zur sozialistischen Bewegung und trat dabei in der Regel aus dem Judentum heraus. Zum anderen stellten Personen jüdischer Herkunft in den sozialistischen, sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien, denen sie beitraten, so gut wie nie die Masse der Mitglieder. Die Mehrzahl der Mitglieder waren Nicht-Juden. Aber die Sozialisten jüdischer Herkunft waren eine überaus sichtbare Minderheit, weil etliche von ihnen bald führende Positionen in ihren Parteien einnahmen. Das war auch in der DDR trotz oder ungeachtet der Schoa der Fall. In der DDR waren Sozialisten jüdischer Herkunft, meist Rückkehrer aus dem Exil, unter den Funktionseliten in vielen Bereichen sowie in höchsten Parteifunktionen in beachtlichem Maße vertreten. Sofern in der Alt-Bundesrepublik Juden hohe und höchste Positionen innehatten, waren es keine Sozialisten. Und sozialistische Remigranten jüdischer Herkunft hatten zwischen Flensburg und München keinen Zugang zu politischen Machtpositionen. Antikommunismus war in der Alt-BRD Staatsdoktrin. Und für die einstigen Nazis, aus denen sich die Funktionseliten des westdeutschen Teilstaates rekrutierten, gehörte zwar die gedankliche Verbindung von Juden mit Sozialismus/Kommunismus zum sozialisatorischen Gepäck, zur mentalen Grundausstattung. Doch in der Auseinandersetzung mit der DDR und beim Diskreditieren ihrer Repräsentanten aller Art wurde meiner Erinnerung nach eher selten die antisemitische Karte ausgespielt. Doch wie verhielt es sich in der DDR selbst? Wir können mit dem einstigen sowjetischen Diplomaten Valentin Falin von der Faustformel ausgehen, dass etwa ein Drittel der DDR-Bürger das in der DDR betriebene sozialistische Projekt mehr oder

weniger aktiv mittrug; ein weiteres Drittel sich anpasste und etwa ein Drittel der DDR-Bürger zu den Systemgegnern gehörte. Zwar verschoben sich die Relationen zwischen den Trägern dieser Positionen im Verlaufe der DDR-Geschichte, aber nicht wesentlich. Entschiedene Anti- oder Nichtsozialisten sowie unzufriedene Angepasste in der DDR selbst hingegen artikulierten ihre Ablehnung des Systems oder ihren Unmut auf verschiedene Weise, darunter auch mittels eines antisozialistisch motivierten Antisemitismus oder mit Hilfe antijüdischer Klischees, etwa in Fußballarenen. Wie in der Gegenwart, so war es auch in der DDR der Fall, dass Vorgänge in und um Fußballstadien dem Beobachter wichtige Aufschlüsse über die Verfasstheit (der Fußball-affinen Teile) der Gesellschaft bieten. Wenn zu DDR-Zeiten Berliner Fußball-Mannschaften gegen solche aus der DDR-Provinz spielten, so konnte man oft von den Fans letzterer den Schlachtruf in den Stadien aus tausenden Kehlen vernehmen „Jude Berlin, Jude Berlin, Jude Berlin!“ „Berlin“ erschien diesen Fans als Hauptstadt und als Ensemble geistiger Lebensformen jüdisch. In Schlachtrufen dieser Art schwang die von den Nazis demonstrativ propagierte Vorstellung vom Juden als Ausbeuter mit, die auf die DDR-Metropole (als Ursprung und Ziel von Umverteilungen im DDR-Maßstab) übertragen wurde und ein Gefühl der Differenz zwischen Berlin und etwa Zwickau-Land als geistiger Lebensform. „Jude“ war in diesen Fällen eindeutig negativ besetzt.

Den Anhängern und Trägern des sozialistischen Projekts in der DDR, ob jüdischer Herkunft oder nicht, war natürlich bewusst, dass ihre Gegner historisch und aktuell Antisemitismus gegen den Sozialismus und seine Träger einzusetzen pflegten bzw. Antisozialismus in Antisemitismus zu konvertieren bemüht waren. Vor diesem Hintergrund erschließt sich, dass politische Funktionsträger der DDR häufig ihre jüdische Herkunft nicht öffentlich thematisierten. Exemplarisch sei auf Albert Norden verwiesen, der als Sohn eines Rabbiners angab, sein Vater sei Akademiker gewesen. Konrad Weiß erwähnt die Arbeit eines Kollegen über Alexander Abusch. In dem Film hatte Abusch auch über seine jüdische Herkunft gesprochen, später aber gerade diese Passagen nicht autorisiert.<sup>31</sup> Und Wolfgang Benz hält anklagend und verallgemeinernd fest, „...keiner der Funktionäre der DDR, dessen jüdische Herkunft in der Stunde des Untergangs als positives Charakteristikum hervorgehoben wurde, hat als Jude agiert“.<sup>32</sup> In dieser Allgemeinheit trifft diese Aussage nicht zu. Denn Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler aus dem Kreis der Remigranten wie Nicht-Remigranten mit jüdischen Wurzeln, die doch oft auch Funktionsträger waren, haben diese keineswegs be- oder verschwiegen. Zwar trugen sie ihre jüdische Abkunft nicht auf dem Tablett. Sie haben indes durch Projekte, Produktionen oder/und entschiedenen Ein- und Widerspruch im Bewusstsein ihrer jüdischen Herkunft agiert und argumentiert. Exemplarisch sei nur auf die Stellungnahme von Stephan Hermlin in der Sektion Literatur und Sprachpflege der Akademie der Künste 1979 verwiesen.<sup>33</sup> Selbst die Entscheidung für den Ort, an dem sie begraben sein wollten, lässt sich wie im Falle des Sozialisten Stefan Heym, als starkes Bekenntnis zu seinen jüdischen Wurzeln verstehen. Etliche der sozialistisch-jüdischen Remigranten gehörten ab 1989/90 teils zu den Mitgliedern, teils zu den Förderern und Partnern des Jüdischen Kulturvereins Berlin.

Wenn nun aber Inhaber von hohen und höchsten Funktionen in der DDR wie etwa Norden oder Abusch ihre jüdische Herkunft verschwiegen, so lassen sich zwei Gründe anführen, die diese merkwürdige Praxis erklären könnten - eher biographische oder/und eher präventiv-politische. Zum einen hatten sie im Verlaufe ihres Lebens mit dem Judentum gebrochen. Die jüdische Herkunft spielte für sie von da an keine Rolle mehr. Sie erschien ihnen als eine unwesentliche biographische Episode. Zum anderen handelten sie wohl auf Anraten von Gremien der SED. Ähnlich war die KPdSU verfahren, als die Schwester Lenins 1924 entdeckte, dass sie und ihr berühmter Bruder auch jüdische Wurzeln hatten. Sie war an die KPdSU

<sup>31</sup> Vgl. Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 131.

<sup>32</sup> Wolfgang Benz: Der Antifaschismus-Mythos der DDR. Antisemitismus und Antizionismus in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016:61.

<sup>33</sup> Vgl. Elke Schieber: Tangenten. Holocaust und jüdisches Leben im Spiegel audiovisueller Medien der SBZ und der DDR 1946-1990. Eine Dokumentation, DEFA-Stiftung 2016: 19.

bzw. Stalin mehrfach herangetreten und hatte angeregt, diese genealogischen Befunde über Lenin publik zu machen und im Kampf gegen den Antisemitismus einzusetzen. Dieser Anregung wurde nicht entsprochen, wohl weil die KPdSU befürchtete, dadurch der Rede vom „jüdischen Bolschewismus“ zusätzliche Argumente zu liefern.<sup>34</sup>

*Gleichheitspostulate und Sozialneid als (auch) antisemitische Einstellungen fördernder Treibsatz.* Die DDR war – gemessen an den Bedürfnissen ihrer Bürger – in vieler Hinsicht eine Mangelgesellschaft. Anerkannte Verfolgte des Naziregimes (jüdische wie nicht-jüdische) bezogen eine Ehrenpension, die um ein Mehrfaches höher war als übliche Rentenbezüge. Sie erhielten Hilfe bei der Wohnungssuche, konnten auf verkürzte Wartezeiten bei der Versorgung mit PKW oder Telefon bauen, zahlten weniger Steuern. Ihre Nachkommen wurden bei der Zulassung zum Studium privilegiert. Partiiell genossen sie in weit höherem Maße Reisefreiheit in das so genannte nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet als andere DDR-Bürger. Diese Konstellation stimulierte auch antisemitische Ressentiments. Natürlich gab es auch in der Alt-Bundesrepublik Sozialneid. Doch war die westdeutsche Gesellschaft keine Mangel- und Zuteilungsgesellschaft. Zudem war die westdeutsche Gesellschaft konditioniert, in weit höherem Maße als das in der DDR der Fall war, soziale Ungleichheit und soziale Unterschiede hinzunehmen.

Solange die DDR bestand, waren die Antisemitismus einhegenden und blockierenden Faktoren wirkmächtiger als die Judäophobie befeuernden.

## 2. Mainstream und Fakten

Unterstellt wird von etlichen (nicht allen) Autoren eine fehlende Auseinandersetzung in der DDR mit der Shoa und Vernachlässigung des jüdischen Erbes. Dabei differiert die Bereitschaft der Autoren, Fakten zur Kenntnis zu nehmen. „Die Auseinandersetzung mit der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Mitbürger blieb in Wissenschaft, Bildung und Öffentlichkeit weitgehend ausgeblendet.“<sup>35</sup> Ähnlich äußern sich im Vorwort Andreas Apelt, Reinhold Robbe und Robert Grünbaum (vgl. S. 9).

Möglicherweise ist die kaum zu überbietende Ignoranz der sich so äußernden Diskutanten nicht nur einem gewissen ideologischen Aufarbeitungsfanatismus zu verdanken, sondern ihrem Tunnelblick geschuldet. Ohne die Leistungen Historikerzunft in dieser Hinsicht zu verkennen, sei mit Kurt Pätzold darauf verwiesen, dass die Arbeiten der Historiker und historisch arbeitenden Wissenschaftler der DDR, „bei weitem nicht die einzige, zeitlich nicht die erste und niemals die erstrangige Quelle [war], aus welcher der Bürgerschaft in Ostdeutschland Wissen über das Leben, Leiden und Sterben der Juden unter der Naziherrschaft zulfloss.“<sup>36</sup> Leitmedium waren gewissermaßen die Künste und die Literatur. Ähnlich der weitaus besser als Jochen Stadt informierte Peter Maser 1995. Er erkannte, dass „das Gedenken an den Massenmord am jüdischen Volk weitgehend [im]... künstlerisch-poetischen Raum“<sup>37</sup> erfolgte.

Was in der SBZ und DDR tatsächlich angebotsseitig geschah und was nicht, erhellen drei Dokumentationen.

- Matthias Krauß: Völkermord statt Holocaust: Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR. Ein Nachlesebuch, Anderbeck Verlag, Anderbeck 2007, 203 S.

<sup>34</sup> Vgl. Yuri Slezkine: Das jüdische Jahrhundert, Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen 2006: 243f; 323.

<sup>35</sup> Jochen Stadt: Die SED-Geschichtspolitik und ihre Folgen im Alltag, in: Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 100.

<sup>36</sup> Kurt Pätzold: Antifaschismus und NS-Geschichte. In: konkret 11/1992:52.

<sup>37</sup> Peter Maser: Juden und Jüdische Gemeinden in verschiedenen Phasen der SED-Diktatur, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ Bd. III.3, Suhrkamp Frankfurt am Main 1995: 1583.

- Ruth Kirchner: Jüdisches in Publikationen aus DDR-Verlagen 1945 bis 1990. Eine Bibliographie, in: Detlef Joseph: Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung, Das Neue Berlin 2010: 264-387
- Elke Schieber: Tangenten. Holocaust und jüdisches Leben im Spiegel audiovisueller Medien der SBZ und der DDR 1946-1990. Eine Dokumentation, DEFA-Stiftung, Berlin 2016, 692 Seiten.

Mit Blick auf die verfügbaren Ressourcen der DDR, die im besagten Konferenzband überhaupt keine Rolle spielen, wurden also in beachtlichem Maße jüdische Themen bearbeitet. Wolfgang Benz kennt und würdigt immerhin die Bibliographie von Ruth Kirchner. Keiner der Autoren kennt offenbar die Arbeit von Matthias Krauß. Die Dokumentation „Tangenten...“ lag zum Zeitpunkt der Konferenz *Antisemitismus in der DDR und die Folgen* nicht vor. Es ist aber wohl nicht vermessen, wenn ich von Personen und Institutionen, die eine Konferenz zum Thema Antisemitismus in der DDR und die Folgen ansetzen und vorbereiten, erwarte, dass sie im Stoff stehen, am Gegenstand argumentieren. Hätten sie nicht zumindest die seit 2010 vorliegende Bibliographie von Kirchner auswerten und die aus ihre Sicht bestehenden Leerstellen markieren müssen, ehe sie sich im Jahre 2016 so ignorant äußern?

Es ließen sich m.E. schon Leerstellen benennen, die übrigens auch in der Alt-BRD kaum bearbeitet wurden. Ich jedenfalls habe jahrelang auf so etwas wie das 2007 von James F. Tent vorgelegte Buch „*Im Schatten des Holocaust. Schicksale deutsch-jüdischer Mischlinge im Dritten Reich, Böhlau Weimar Köln Wien 2007*“ gewartet. Ferner lag *für meinen Geschmack* bei der Pflege des jüdischen Erbes in der DDR ein wenig zu sehr der Akzent auf dem exotisch-fremd anmutendem Ost-Jüdischem. Dass mein Eindruck nicht gänzlich subjektiv ist, bestätigt Peter Maser in seiner analytischen wie kenntnisreichen Betrachtung der Fürsorge für das jüdische Erbe.<sup>38</sup> Hanna Rheinz hat in einem Essay auf die Differenz kultureller Vorlieben im (einstigen) deutschen Judentum und heutigen Vorstellungen von jüdischer Kultur hingewiesen:

„KLEZMER. Ostjüdische Shtetl-Musik. Hat in diesem Land eine Renaissance erlebt, wie sie vor der Shoa nicht vorstellbar gewesen wäre. Die Musik der verarmten, im Elend lebenden Menschen der Ghettos Osteuropas ist inzwischen für alle Nichtjuden zum Inbegriff jüdischer Kultur geworden. Weit gefehlt! Unsere Urgroßeltern hätten sie nicht verstanden. In ihren Häusern pflegten sie die Hausmusik der deutschen Romantik. Sangen die Lieder von Schumann, von Schubert, sangen von Lindenbäumen, Erbkönigen – und vom Vater Rhein.“<sup>39</sup>

Andere werden andere weiße Flecken bei der Bearbeitung jüdischer Themen in der DDR benennen können. Doch die häufig in der Literatur anzutreffende Position, man habe es in der DDR versäumt, die Judenvernichtung aufzuarbeiten und es an der Reflexion jüdischer Schicksale fehlen lassen, jüdische Lebenswelten tabuisiert, lässt sich nicht aufrecht halten.

Konrad Weiß, seit 1964 Mitglied der Aktion Sühnezeichen in der DDR, als Dokumentarfilmer Bearbeiter jüdischer Themen (mit fünf Einträgen in der erwähnten Dokumentation von Elke Schieber vertreten), intimer Kenner der Entstehungsbedingungen von Judaika, bezieht sich aus einer entschieden philosemitischen Perspektive auf seine Erfahrungen als Dokumentarfilmer in der DDR und die seiner Kollegen. Er prangert das „Nichtwissen über alles Jüdische“ in der DDR an.<sup>40</sup> Dieses Urteil ist sicher mit Blick auf die ostdeutsche Mehrheitsgesellschaft nicht ganz unzutreffend. Doch spricht hier ein Spezialist für Jüdisches. Neigen nicht Experten und Wissensakteure dazu, überirdische Maßstäbe anzulegen, wenn es darum geht, zu umreißen, was man in dem Metier, für das sie brennen und in dem sie zu Hause sind,

<sup>38</sup> Vgl. Peter Maser: Juden und Jüdische Gemeinden in verschiedenen Phasen der SED-Diktatur, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ Bd. III.3, Suhrkamp Frankfurt am Main 1995:1580.

<sup>39</sup> Hanna Rheinz: Warum wir bleiben, wo wir sind. Aus dem Wörterbuch des neuen alten jüdischen Lebens in Deutschland, in: Kursbuch 141. Das gelobte Land, September 2000, Rowohlt Berlin 2000:116.

<sup>40</sup> Vgl. Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 120-123.

wissen muss? Welche Mindeststandards an Wissen über Jüdisches können für wen von wem historisch und aktuell sinnvoll gesetzt, umgesetzt, erwartet werden? Ist es nicht so, dass auch in vielen anderen Feldern das Nichtwissen und überflüssiges Wissen regieren, wir uns in einer Reihe sehr existenzieller Fragen in einer Nichtwissens-Gesellschaft befinden? Die von Weiß vertretene Position, dass die SED die Politik der Nazis zur Auslöschung alles Jüdischen fortgesetzt habe, halte ich für historisch und empirisch nicht gedeckt. Die Ostdeutschen „wussten“ immerhin so viel, dass sie mit deutlich weniger antisemitischen Ressentiments und antijüdischen Vorurteilen beladen aus der DDR-Gesellschaft heraustraten als ihre westdeutschen Landsleute aus der Alt-Bundesrepublik.

Wie sichtbar war deutsch-jüdische Geschichte und die NS-Judenverfolgung im Lokalen?

Wenn es in der DDR sehr wohl eine Auseinandersetzung mit dem NS-Regime, mit der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Mitbürger in Wissenschaft, Bildung, in den Künsten und Öffentlichkeit gab, wie weit reichte sie und erfolgte sie auch auf der lokalen Ebene? Hier geht es nicht so sehr um das Wissen um Jüdisches, sondern um das sich wandelnde Interesse an deutsch-jüdischer Geschichte und Formen der Hinwendung sowie darum, wie sie in Stadtbildern, im Lokalen präsent gehalten wurde.

Auf dem Territorium der DDR befanden sich zahlreiche Stätten, die von deutsch-jüdischer Geschichte und der Judenverfolgung in der Nazi-Zeit zeugen. Hier sei nur verwiesen auf: 130 jüdische Friedhöfe, zerstörte und wiederaufgebaute Synagogen, Gemeindehäuser, von jüdischen Gemeinschaften einst unterhaltene Kinder- und Altersheime, Krankenhäuser, Schulen. In den Blick zu nehmen sind: Denkmale; Heime, in denen sich Juden in der NS-Zeit auf die Auswanderung nach Palästina vorbereiteten; zudem Konzentrationslager, KZ-Außenstätten, Gebäude, die von den Nazis als Folterstätten genutzt wurden, von denen die Deportationen in die Vernichtungslager ausgingen und in denen sie organisiert wurden...

Wer heute die neuen Bundesländer bereist, findet an sehr vielen Orten Hinweisschilder auf Stätten jüdischen Lebens und Leidens, auf die wechselvolle Nutzung von Gebäuden und Verweise auf ihre Funktion in der NS-Zeit. Zu DDR-Zeiten war dies in weit geringerem Maße der Fall. Wie ist dieser Unterschied zu erklären? Mir scheint, dass diese Differenz auf ein ganzes Bündel von Faktoren zurückgeht – vor allem auf einen Wandel des Zeitgeistes, sodann auf einen Überschuss an lebendiger Arbeit nach 1990 für Recherche, Aufbereitung und Präsentation zwischen Kap Arkona und Fichtelberg, überdies auf eine Umkehr bzw. Verschiebung von Zentralisation und Dezentralisation. Nur am Rande erwähnt sei der Bildersturm, die Orgie an Straßenumbenennungen und das Schleifen von Denkmalen nach 1990.

„Wir leben in einer geschichtsversessenen Zeit, in der Erinnerung zur individuellen Pflicht und öffentlichen Aufgabe geworden ist“, so heißt es im Klappentext eines einschlägigen und informativen Buches von Aleida Assmann. Die Rede ist von einem „neuen Historismus des 21. Jahrhunderts“, der sich indes vom Historismus des 19. Jahrhunderts deutlich unterscheidet. „An die Stelle der nationalen Meistererzählung sind unterschiedliche Zugänge zur Vergangenheit getreten. Das Geschichtsbewusstsein ist vielfältiger und in sich widersprüchlicher geworden. Auf der Suche nach Identität hat die eigene Lebens- und Familiengeschichte an Bedeutung gewonnen. Ähnliches gilt für die Lokalgeschichte, die als wirtschaftlicher und touristischer Standortfaktor entdeckt wird. Geschichte wird präsent nicht nur in Familienromanen, Ausstellungen und Filmen, sondern auch im Abriss, Umbau oder Wiederaufbau historischer Gebäude und im Einsetzen von `Stolpersteinen` auf Bürgersteigen.“<sup>41</sup> Neben dem Wandel des Zeitgeistes lässt sich eine zweite Differenz erkennen. Zu DDR-Zeiten war das Gedenken stärker zentralisiert. Mahn- und Gedenkstätten waren die NS-Konzentrationslager, weniger die zahlreichen Außenstätten dieser Lager. Schließlich sorgten der Niedergang der DDR-Industrie und der Umbau der Verwaltungen für die Freisetzung von Arbeitskräften im großen Maßstab, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zeitweilig beschäftigt wurden. Da indes die ABM für den ersten Arbeitsmarkt keine Konkurrenz

<sup>41</sup> Aleida Assmann: Geschichte im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung, C.H. Beck München 2007.

darstellen durften, wurde unter anderem auf vielen historischen, geisteswissenschaftlichen Feldern Großes gerade in lokalen und regionalen Arenen geleistet.

Die (abermaligen) Anfänge einer Neuentdeckung von Geschichte vor Ort in vielen Ländern Europas, darunter der DDR, liegen indes in den 1970er und 1980er Jahren. Hannes Heer und Volker Ulrich haben mit Blick auf die Alt-Bundesrepublik sechs typische Merkmale der neuen Geschichtsbewegung 1985 identifiziert:

- „1. Die neue Geschichtsbewegung bestreitet die Neutralität von Geschichte. Sie betreibt Geschichtsarbeit... vom Standpunkt der Abhängigen und Unterdrückten...
2. Sie beschäftigt sich nicht mit den Siegern, sondern mit den Opfern. Deren Geschichte wird vornehmlich an Hand des Alltags und überschaubarer Bereiche rekonstruiert.
3. Dabei gilt das Monopol der schriftlichen Quellen nicht mehr länger...
4. Die Subjektivität von Geschichtsarbeit wird nicht versteckt...
5. Die Beschäftigung mit Geschichte wird nicht mehr länger der Fachwissenschaft überlassen, sondern als gemeinsamer Arbeits- und Lernprozess von vielen – Historikern und Laien, Betroffenen und Interessierten – praktiziert...
6. Die neue Geschichtsbewegung versteht sich als Teil des politischen und kulturellen Lebens der Gegenwart. Gegen das Vergessen und Verdrängen setzt sie eine aktive Erinnerungsarbeit...“<sup>42</sup>

Kräftige Ansätze einer im skizzierten Sinne alternativen Geschichtsforschung zu großen Themen (nicht zuletzt zum Arbeiterleben) im Nahbereich mit ähnlichen Merkmalen gab es unter anderem in England, Frankreich, den USA, Schweden, Polen, Ungarn, der CSSR sowie in der DDR.<sup>43</sup> Bei allen Lenkungsbestrebungen von Gremien, Institutionen, Organisationen heimatgeschichtlicher und ortsgeschichtlicher Arbeit in der DDR spielten natürlich die Interessen und geschichtlichen Erkundungsbedürfnisse der Freizeithistoriker und anderen sich auf diesem Felde engagierende Akteure eine zentrale Rolle. Und das Spektrum der Interessen war breit. Immerhin tangierte es auch und unter anderem Gestalten und Gewalten der deutsch-jüdischen Geschichte und das jüdische Erbe. Für mich von exemplarischem Rang war ein 1979 vorgelegtes Buch von Heinz Knoblauch über Moses Mendelssohn, weil es zum einen das neu erwachte Interesse an Persönlichkeiten deutsch-jüdischer Geschichte signalisierte und zugleich das Neugier- und Erkundungsverhalten des Lesers für die Historie *seiner* Stadt stimulierte und zum anderen den seinerzeit erreichten Stand beim Präsenthalten des jüdischen Erbes in der DDR einfiel:

„Misstraut den Grünanlagen“, so lautet der erste Satz des Buches von Heinz Knobloch über Moses Mendelssohn. „Eine Häuserlücke, davon gibt es viele, als Rasenfläche getarnt, auch das haben wir mehrfach; und zugleich offenbart sie sich durch einen Denkstein, das ist selten.“<sup>44</sup> Die Rede ist vom ältesten jüdischen Friedhof in Berlin, den die GESTAPO, so gut sie konnte, von der Erdoberfläche verschwinden ließ. Eben das teilt die Tafel mit.

### 3. Exkurs: Über die problematische Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus

Bei der Analyse und Beschreibung von Antisemitismus in der DDR spielt der staatliche Anti-Zionismus eine zentrale, wenn auch nicht die alleinige Rolle. Der herausragende Israelbezug, wenn man so will Pro-Zionismus ist ein Markenzeichen des bundesdeutschen Diskurses über Antisemitismus. Er spiegelt sich selbst in den Indizes der empirischen Antisemitismusforschung. Zwei von vier Indizes sind auf Israel be-

<sup>42</sup> Hannes Heer; Volker Ulrich (Hg.): Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1985:21.

<sup>43</sup> Zur DDR siehe Thomas Koch: Kulturarbeit und Regionalität. Literatur und Kommentar zum Umgang mit dem Erbe regionaler und lokaler Kultur in der DDR (Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung Nr. 16), Manuskriptdruck HUB, Berlin 1986.

<sup>44</sup> Heinz Knobloch: Herr Moses in Berlin, Der Morgen, Berlin 1979:5.

zogen. Neben dem „Klassischen Antisemitismus“ (über Items gemessen wie: „Juden haben in Deutschland/in der Welt zu viel Einfluss“) und „sekundärem Antisemitismus“ (erfasst über Items wie: „Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden“) gibt es die „vorurteilsbehaftete Israelkritik“ (etwa wer Israel als Apartheid-Staat bezeichnet) und die „NS-vergleichende Israelkritik“. Letztere wird über Items erfasst wie: „Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“ oder „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“<sup>45</sup> Welche Art von Israel-Kritik ist indes zulässig und nicht des Antisemitismus zu verdächtigen? Diese Frage hat einmal die „Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“<sup>46</sup> beantwortet. Eine Kritik an Israel könne dann nicht als antisemitisch eingestuft werden, wenn sie in ähnlicher Weise auch gegenüber anderen Ländern geäußert wird.<sup>47</sup> In der Bundesrepublik wird diese Norm in Politik, Wissenschaft und Medien bislang eisern befolgt. Doch es handelt sich um sehr hohe Hürden für angemessene Israelkritik. Denn „Solidarität“ wie „Aufmerksamkeit“ sind begrenzte Ressourcen: „Menschen ebenso wie Gesellschaften müssen ihre knappen Potentiale an Handlungsenergien und -motivation wählerisch einsetzen. Sie können gar nicht allen Anforderungen sich zu solidarisieren, die von Familienmitgliedern, Arbeitskollegen, Entrechteten und Geknechteten in aller Welt ausgehen, entsprechen.“<sup>48</sup> Ähnliches gilt für „Aufmerksamkeit“. Die Vorgänge in und um Israel sind uns in der Regel näher, machen uns mehr betroffen als Vorgänge in und um Burkina Faso, auf Sri Lanka oder in Myanmar.

Der Abschnitt legt zunächst einmal dar, dass die im bundesdeutschen Diskurs waltende Gleichsetzung von Antisemitismus mit Antizionismus historisch nicht gedeckt ist. Sodann fragt er nach tieferen Gründen für die Gegnerschaft von politischem Zionismus und verblichenem Staatssozialismus, die der Mainstreamdiskurs gewöhnlich ausblendet. In diesem Zusammenhang werden auch die antizionistischen Kampagnen in der DDR und ihre Folgen in vergleichender Perspektive schlaglichtartig beleuchtet. Schließlich versuche ich im Lichte der Grosser-Hypothese zu erklären, wie es dazu kam, dass größere Teile des Establishments der Alt-Bundesrepublik und des vereinten Deutschlands eine dezidiert prozionistische, pro-israelische Position beziehen.

#### Politischer Zionismus contra Reformjudentum und jüdische Orthodoxie; Post-Zionismus

„Zionismus“ bezeichnet eine im 19. Jahrhundert entstandene, zunächst marginale politische Ideologie und Bewegung von Juden, die auf die Errichtung, Rechtfertigung und Bewahrung eines jüdischen Nationalstaats [in Palästina] abzielte. Diese Bewegung war auf lange Sicht höchst erfolgreich und führte bekanntlich 1948 zur Gründung Israels. Der politische Zionismus setzte sich gegen konkurrierende, explizit antizionistische jüdische Strömungen (Reformjudentum und jüdische Orthodoxie) letztlich durch. Reformjudentum und jüdische Orthodoxie waren sich trotz ihrer Rivalität lange Zeit „...in einem Punkt immer einig – in ihrer konsequenten Weigerung, Palästina als jüdischen Besitz zu betrachten, als Ziel jüdischer Massenemigration oder als nationale Heimat... In West- und Mitteleuropa durchliefen Juden sehr

<sup>45</sup> Vgl. Jürgen Leibold; Steffen Kühnel: Einigkeit in der Schuldabwehr. Die Entwicklung antisemitischer Einstellungen in Deutschland nach 1989, in: Deutsche Zustände. Folge 7. Herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer, Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main 2009: 148).

<sup>46</sup> Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC, European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia) war eine unabhängige Agentur der Europäischen Union mit Sitz in Wien. Die Agentur sollte auf europäischer Ebene objektive, vergleichbare und belastbare Daten sammeln mit dem Ziel, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit vorzubeugen und zu bekämpfen. Mit der EU-Ratsverordnung 168/2007 vom 15. Februar 2007 wurde die EUMC von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA, European Union Agency for Fundamental Rights) mit einem thematisch erweiterten Mandat abgelöst.

<sup>47</sup> Zit. n. Wolfgang Herzberg: Workshop zur Geschichte der Juden in der DDR 1./2.11.2016, Redebeitrag.

<sup>48</sup> Karl Otto Hondrich: Solidarität in der modernen Gesellschaft. Sozialwissenschaft Fischer, Frankfurt am Main 1992: 25 f.

wohl eine Nationalisierung..., doch nicht im Sinne einer eigenen politischen jüdischen Identität, sondern mit dem Ziel einer Integration in die Nation, die sich in dem Land, in dem sie lebten, bildete.“<sup>49</sup> Man könnte es auch so formulieren: Wenn die Anhänger des Reformjudentums und der Orthodoxie überhaupt ein „Projekt“ hatten, dann bestand es darin, Teil der jeweiligen nationalen Bourgeoisie zu werden. Bis Ende der Weimarer Republik hatte daher die zionistische Weltbewegung in Deutschland ausgesprochen schlechte Karten. Dieser Rückblick zeigt, dass die Annahme Anti-Zionismus gleich Antisemitismus nicht trägt. Erst die Erfahrung der Shoa veränderte die Kräfteverhältnisse unter den Juden der Welt zugunsten der zionistischen Bewegung. Dennoch leben mehr Juden in der „Diaspora“ als in Israel und den von ihm besetzten bzw. annektierten Gebieten. Der politische Zionismus geht von der Existenz eines weltweit lebenden „jüdischen Volkes“ aus, dessen natürliche, historische und mit der Gründung Israels höchst reale nationale Heimstatt Palästina/Israel ist. Jeder Angehörige des jüdischen Volkes hat das Recht zur Einwanderung nach Israel und auch zur Teilnahme an Wahlen, ja recht eigentlich die Pflicht zur Einwanderung, wenn er frei jüdisch leben will. 1970 wurde das bis dahin ziemlich liberal gehandhabte „Rückkehrgesetz“ auf Druck religiöser Parteien durch einen Anhang ergänzt, der eine klare Definition der Angehörigen des jüdischen Volkes enthält: Jude ist demnach, wer als Kind von einer jüdischen (will sagen im rabbinischen Judentum sozialisierten) Mutter geboren wurde oder wer konvertiert ist und keiner anderen Religion angehört. Ins Land gelassen werden freilich aus pragmatischen Gründen auch nicht-jüdische Ehepartner, nicht-jüdische Kinder und Enkel von jüdischen Einwanderern. Etwa ein Fünftel der israelischen Bevölkerung im Kernland gehört aus halachischen (etwa weil nur ein jüdischen Vater, aber keine jüdische Mutter vorgewiesen werden kann) und historischen Gründen (weil israelischer Araber) nicht der jüdischen Nation an.<sup>50</sup>

Ab den 1970er Jahren formierten sich so genannte Neo- oder Post-Zionismen. Während der dominierende Staatszionismus weiter davon ausgeht, dass die *Sammlung des jüdischen Volkes* in und um Israel noch längst nicht abgeschlossen sei, halten (manche) Postzionisten die Rede vom jüdischen Volk für reine Fiktion. Sie legen den Akzent auf die Formierung und Integration einer israelisch-jüdischen Nation in Israel selbst. Sie plädieren für eine Ersetzung des Rückkehrgesetzes für alle Juden der Welt durch ein Asylgesetz. Israel erscheint ihnen als „liberale Ethnokratie“, nicht als ein Staat für alle seine Bürger. Anzeigt sei der Wandel von der liberalen Ethnokratie in eine Demokratie. Es wäre absurd, den von jüdischen Israelis wie Shlomo Sand getragenen, anti-zionistisch agierenden und argumentierenden Post-Zionismus für antisemitisch zu halten.

#### Gegensätze, Unverträglichkeiten von Staatszionismus und Staatssozialismus

Die Gründung und Existenz des Staates Israel war und ist für die Juden in der ganzen Welt – freilich auch für die Araber in und um Israel – eine unerhörte und folgenreiche Begebenheit. Das galt auch für die Juden in den beiden deutschen Staaten. (Als Juden wurden in beiden deutschen Staaten statistisch nur Mitglieder der Kultusgemeinden erfasst.<sup>51</sup>) Das zeigt sich exemplarisch im Gespräch von Getzel Taube alias Eugen Gollomb, dem Vorsitzenden der Leipziger Jüdischen Gemeinde, mit Lutz Niethammer Ende der 1980er Jahre. Dem Interview ist zu entnehmen, dass die Gründung Israels Gollomb und andere Juden in seinem Umfeld zurückfinden ließen zu einer gewissen Religiosität. Sie hatten mit ihrem Gott gehadert, weil sie nicht verstanden, wie er den Holocaust habe zulassen können. Nun trat in der Lebens-

<sup>49</sup> Shlomo Sand: Die Erfindung des Landes Israel. Mythos und Wahrheit, Propyläen Berlin 2012: 232.

<sup>50</sup> Vgl. Shlomo Sand: Die Erfindung des jüdischen Volkes. Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand, List-Verlag Berlin 2011:408-425.

<sup>51</sup> In Frankreich lebt die größte jüdische Gemeinde Westeuropas, ca. 400 000 Personen. Aber statistisch werden Franzosen nicht nach ihrer Religion erfasst. In der Sowjetunion galten Juden als Nationalität. In Deutschland, so auch in der Alt-BRD und DDR, galten und gelten Juden nicht als Nationalität. Statt von Juden und Deutschen zu sprechen wäre nach Hanna Rheinz „politisch korrekt... das umständliche `jüdische Deutsche“ und `nicht-jüdische Deutsche“ (Hanna Rheinz: Warum wir bleiben, wo wir sind. Aus dem Wörterbuch des neuen alten jüdischen Lebens in Deutschland, in: Kursbuch 141. Das gelobte Land, September 2000, Rowohlt Berlin 2000: 125).

zeit von Gollomb und seinesgleichen ein, was „achtzig oder neunzig Generationen vor ihnen“ im Gebet täglich vergeblich erlebt hatten - die Rückkehr nach Zion. Gollomb selbst zieht es nicht nach Israel, auch seiner nicht-jüdischen Ehepartnerin wegen. Aber er weiß Israel auch als potentiellen Rückzugs- und Schutzraum zu schätzen.<sup>52</sup>

Die DDR erlaubte keine zionistische Betätigung in den Jüdischen Gemeinden. Dennoch bestand in ihnen über 40 Jahre DDR hinweg eine positive Grundhaltung zu Israel. Daher verweigerten die Jüdischen Gemeinden mehrfach von ihnen geforderte Resolutionen zur Verurteilung Israels. Die Politik und Praxis der Jüdischen Gemeinden im Westen Deutschlands war hingegen mit der Gründung Israels stark zionistisch geprägt. Es wurden z.B. große Geldsummen für Israel aufgebracht.<sup>53</sup> Das Werden und Wachsen Israels fand und findet in den jüdischen Gemeinden und Organisationen der Diaspora weltweit glühende Verteidiger, getragen von unverbrüchlicher Loyalität und Solidarität.

Zu den ersten Staaten, die Israel 1948 völkerrechtlich anerkannten, gehörten die USA, die UdSSR und die Tschechoslowakei. Wie kam es zur Entfremdung, Gegnerschaft zwischen Staatszionismus und Staatssozialismus? Unmittelbarer Anlass war die Positionierung Israels im Kalten Krieg auf Seiten des Westens, beginnend mit der Parteinahme Ben Gurions im Koreakrieg. Der „Anti-Zionismus“ kommunistischer/sozialistischer Staatsparteien, der indes meines Wissens niemals das Existenzrecht Israels in Frage stellte, hatte indes verschiedene Quellen und tiefere Ursachen, an die nach dem Untergang des Staatssozialismus erinnert werden soll.

Erstens: das Konkurrenzverhältnis von sozialistischer und zionistischer Bewegung. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebte der bei weitem größte Teil der Juden der Welt im Zarenreich, und zwar vor allem im so genannten Ansiedlungsrayon und in Russisch-Polen. Um ihre meist elende Lage zu verbessern, hatten die Juden drei Optionen. Die Auswanderung in die USA, sodann die vom politischen Zionismus gebotene Option der Einwanderung nach Palästina und schließlich - mit dem 1917 fallenden Gebot, im Ansiedlungsrayon zu leben - die jüdische Abwanderung in die Städte der Sowjetunion und Nutzung der einzigartigen Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, die die junge Sowjetmacht Juden bot.<sup>54</sup>

Bereits vor den beiden Weltkriegen und erst recht mit der Gründung Israels und dem Ausbruch des Kalten Krieges konkurrierten in Ländern mit einer größeren jüdischen Bevölkerung die kommunistischen/sozialistischen (Staats-)Parteien mit dem politischen Zionismus um die jüdischen Massen. Beide Bewegungen wollten sie für ihre jeweiligen und keineswegs deckungsgleichen Projekte gewinnen - „Aliah“ (jüdische Einwanderung nach Israel) versus „sozialistischer Aufbau“ in dem gegebenen Land des Ostblocks. Um es exemplarisch am Beispiel der Sowjetunion nach 1945 zu zeigen, hatte der politische Zionismus keine schlechten Karten. Die Juden der Sowjetunion waren zur am meisten russländischen bzw. am meisten sowjetischen Ethnie geworden und bis in die Schaltstellen der höchsten Macht im Lande vorgestoßen. Auf diesem Wege hatten sie sich vielfach vom Judentum abgenabelt. Unter dem Eindruck des Volksantisemitismus in anderen Ethnien sowie des Antizionismus von oben, ferner im Zuge der Förderung der „Titelnationen“ der Sowjetrepubliken, die nach 1945 auch auf die russische ausgedehnt wurde und auf ein Beschneiden von Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten von Juden durch Quotierung hinauslief, orientierten sich größere Teile der jüdischen Bevölkerung der Sowjetunion neu. Zum einen trat eine Wendung zum Liberalismus ein, zur Absage an das verblässende sozialistische Projekt. Zum anderen erfolgte bei der sowjetischsten aller Volksgruppen der UdSSR eine Re-Ethnifizierung,

---

<sup>52</sup> Vgl. Lutz Niethammer: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Rowohlt Berlin 1991: 248-299, hier insbesondere S. 250.

<sup>53</sup> Vgl. Monika Richarz: Kultur, jüdische, in: Handbuch zur deutsch-deutschen Wirklichkeit. BRD und DDR im Kulturvergleich. Herausgegeben von Wolfgang Langenbucher, Ralf Rytlewski und Bernd Weyergraf, Stuttgart 1988: 347-352.

<sup>54</sup> Vgl. Yuri Slezkine: Das jüdische Jahrhundert, Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen 2006: 24.

eine Rückkehr zu jüdischen Wurzeln, eine Hinwendung zum zionistischen Projekt. Diese Entwicklungen führten vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion und danach zu einem jüdischen Exodus. Wichtigste Zielländer sowjetischer Juden und ihrer Familien waren neben den USA, Israel und die Bundesrepublik.

In der DDR lebten im Unterschied zu Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Sowjetunion recht wenig Juden, deren Zahl im Verlaufe ihrer Geschichte noch rückläufig war. Die DDR als Staat hatte dennoch ein Interesse an der Anwesenheit von Juden und Fortexistenz der Kultusgemeinden, nicht an ihrer Auswanderung. Hier bestand eher ein Konkurrenzverhältnis mit der Alt-Bundesrepublik als mit dem politischen Zionismus, „...nämlich, dass die DDR nicht „eher judenfrei werde als die Bundesrepublik“ (Gollomb)<sup>55</sup>.

Eine zweite unterschwellige Quelle der Gegnerschaft von Zionismus und Staatssozialismus lag in internen Machtkämpfen zwischen verschiedenen Strömungen der Staatsparteien im Ostblock selbst um den rechten Kurs, um politische Konzepte, Führerschaft. Da in der Regel in einer, wenn nicht in beiden je mit einander kämpfenden Strömungen der Staatsparteien auch Personen jüdischer Herkunft agierten, wurden antizionistische Kampagnen entfacht, die jeweiligen Gegner als Zionisten bzw. Handlanger der Zionisten angeprangert, mithin antisemitische Ressentiments entfesselt und im politischen Kampf eingesetzt. Befeuert wurde dieses Instrument des politischen Kampfes durch den Kalten Krieg und seine Logik. In der DDR gab es beispielsweise Auseinandersetzungen zwischen einstigen Westemigranten und solchen, die in die Sowjetunion emigriert waren. Die antizionistischen Kampagnen Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre waren für Betroffene und die DDR keineswegs folgenlos. Etwa 400 Mitglieder der Jüdischen Gemeinden in der DDR fühlten sich veranlasst, zu fliehen. Etliche Partei- und Staatsfunktionäre sowie Vorstandsmitglieder gesellschaftlicher Organisationen mit jüdischem Hintergrund verloren temporär ihre exponierten Positionen und wurden in der zweiten, dritten oder vierten Reihe geparkt. Nach Stalins Tod wurden sie de facto rehabilitiert und Degradierungen revidiert. Der Nicht-Jude Paul Merker wurde zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, aber vorzeitig entlassen. Im Vergleich mit anderen Ostblockländern verliefen die antizionistischen Kampagnen jener Jahre jedoch deutlich weniger rabiat und es floss vor allem kein Blut. Die DDR war als Teil des Ostblocks sowohl eigenständiger „antizionistischer“ Akteur, Subjekt (etwa in ihrer Parteinahme im Nahostkonflikt) als auch Objekt von entsprechenden Maßgaben und Vorgaben der sowjetischen Vormacht, die sie im Vergleich mit anderen Ostblockstaaten eher formal erfüllte und bei der ersten Gelegenheit revidierte. Bestimmte Konstellationen, die in anderen Ostblockstaaten „Anti-Zionismus“ befeuerten, waren in der DDR nicht gegeben. Insofern ist der Antizionismus in den Farben der DDR ein Sonderfall.

Drittens. Schließlich gründete der staatliche Antizionismus kommunistischer/sozialistischer Staatsparteien in ihrer antiimperialistisch motivierten Position und Parteinahme im Nahostkonflikt. Die USA und der Westen agierten in der Regel pro-israelisch; die UdSSR und die Ostblockländer unterstützten die Palästinenser und die arabischen Nachbarn Israels.

Israel war eine „verspätete neo-europäische Siedlerkolonie“<sup>56</sup>, die ähnlich wie einst andere Siedlerkolonien (in Nordamerika, Australien, Neuseeland, Südafrika) mit der einheimischen Bevölkerung umging. Doch zwischen 1949 und 1989/90 stellte sich die israelische Gesellschaft bei allem Wandel, den sie in diesen Jahrzehnten erfahren hat, noch ganz anders dar als in der Gegenwart. „Seinem Aufbau und Gründungsethos nach war Israel der einzige europäische Nachkriegsstaat, der das Ethos der großen nationalistischen und sozialistischen Revolutionen der Zwischenkriegszeit bewahrt hatte.“<sup>57</sup> Angesichts

<sup>55</sup> Lutz Niethammer: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Rowohlt Berlin 1991: 291.

<sup>56</sup> Vgl. Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, C.H. Beck München 2010, Kapitel VII.

<sup>57</sup> Yuri Slezkine: Das jüdische Jahrhundert, Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen 2006: 313.

unübersehbarer quasi-sozialistischer Tendenzen und Elemente in der israelischen Gesellschaft und zionistischen Ideologie (kollektive Landwirtschaft; Wirtschaftsplanung; quasi-staatliche Gewerkschaften) wurde gelegentlich auch in der SED die einseitige Fokussierung auf die arabischen Konfliktparteien kritisch diskutiert. Die entschiedene Parteinahme der DDR für die arabische(n) Konfliktpartei(en) wurde jedoch zusätzlich durch das Streben der DDR nach internationaler staatlicher Anerkennung stimuliert. In der arabischen Welt sah die DDR mit Recht Chancen, Durchbrüche zu erzielen. Die Alt-Bundesrepublik wiederum suchte das mit Hilfe der Hallstein-Doktrin mit allen Mitteln zu verhindern. Um mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik die arabischen Welt nicht zu sehr zu verprellen und um sie von der Anerkennung der DDR abzuhalten, arbeiteten die Bundesregierungen nicht nur mit ökonomischem Druck und Anreizen. Die Bundesregierungen bezogen *formell* eine ausgewogenere Position im Nahost-Konflikt als die DDR, etwa wenn sie die Siedlungspolitik kritisierten, die Verhältnismäßigkeit der Mittel bei der Wahrnehmung des Rechts Israel auf Selbstverteidigung anmahnten, sich für die Zwei-Staaten-Lösung aussprachen. Doch fehlten und fehlen diesen kritischen Hinweisen an die Adresse Israels nahezu jede materielle, finanzielle, rüstungspolitische Untersetzung. Im Zweifelsfalle entschieden sich die Bundesregierungen stets zugunsten Israels. Kanzlerin Merkel brachte jenseits des hier zur Debatte stehenden Zeithorizonts einmal die Konstante in der Politik der Bundesrepublik gegenüber Israel auf den Punkt, indem sie erklärte, die Sicherheit Israels sei Bestandteil deutscher Staatsräson. Noch in der Endphase der DDR wurde, wie Konrad Weiß nicht ohne Stolz vermeldet<sup>58</sup> die einseitige Position der DDR gegenüber Israel widerrufen und in die nicht minder mit Schief lagen behaftete bundesdeutsche transformiert.

Der staatliche Antizionismus in der DDR gründete alles in allem in Konstellationen, Interessen und Werthaltungen, die mit Antisemitismus im Sinne von Judenfeindschaft, Dämonisierung und Verächtlichmachung von Juden kaum etwas zu tun hatten. Dies schloss nicht aus, dass es in der DDR beim Bewegen in jenen oben skizzierten Konstellationen, beim Verfolgen von Interessen und wertgebundenen Positionen zeitweilig antisemitische bzw. antisemitisch interpretierbare Entgleisungen gegeben hat. Worin aber gründet der entschiedene Pro-Zionismus, die Pro-Israel-Haltung weiter Teile des bundesdeutschen Establishments in Politik, Wissenschaft und Medien in Vergangenheit und Gegenwart und die verbindende Leitannahme Antizionismus sei Antisemitismus?

#### Israelkritik unter Antisemitismusverdacht. Erklärung mit Alfred Grosser

Alfred Grosser, deutsch-französischer Publizist, Soziologe und Politikwissenschaftler mit jüdischen Wurzeln, französischer Staatsbürger seit 1937, wurde 2009 in einem Interview gefragt, wie er sich die weiter oben erwähnten deutlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland im Hinblick auf den Antisemitismus erkläre, die die empirische Antisemitismusforschung offenbart. Auf die Frage geht Grosser nicht ein. Dennoch ist seine Antwort für unseren Zusammenhang bemerkenswert.

„Wissen Sie, unsere Vorstellung von Antisemitismus hat sich grundlegend geändert, seitdem es eine spezifisch jüdische Definition dieses Begriffes gibt. Für viele Juden gelte ich als Antisemit, weil ich Israel kritisiere. In Deutschland ist diese Reaktion noch viel verbreiteter als hier.“<sup>59</sup>

Wie ist Grossers Botschaft zu entschlüsseln und zu verstehen?

- (1) Grosser hebt zunächst auf eine Koordinatenverschiebung im Antisemitismusverständnis ab, der zufolge Kritiker an Israel unter dem Generalverdacht stehen, antisemitisch motiviert oder grundiert zu sein.

<sup>58</sup> Vgl. Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 138.

<sup>59</sup> Alfred Grosser im Gespräch mit Gunter Hofmann und Wilhelm Heitmeyer, in: Deutsche Zustände. Folge 7. Herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer, Edition Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2009: 305.

Wie einst und noch immer offene antisemitische Äußerungen ohne Israelbezug wird Israelkritik weitgehend gesellschaftlich tabuisiert mittels „öffentliche(r) Vorteilsrepression“ (Bergmann).

- (2) Diese Koordinatenverschiebung im Antisemitismusverständnis führt Grosser auf die Diskursmacht „einer spezifisch jüdischen Definition“ zurück.

Ich halte den Plural für angebrachter und spreche lieber von einem Ensemble von Definitionen und Interpretationen gleicher Grundrichtung.

- (3) Wenn Grosser nun auf eine „spezifisch jüdische Definition“ von Antisemitismus im obigen Interview abhebt, so legt er *in der Sache dar*, ohne es direkt auszusprechen, dass es sich nicht um ein von Interessen freies, streng wissenschaftlichen Maßstäben gehorchendes Verständnis handelt, sondern um interessengeleitete, macht- und institutionengestützte Konstruktionen. Um diese Deutung zu überprüfen, ist zu fragen:

- (4) Wer sind die Schöpfer/Hervorbringer und wer die Träger/Ver- und Anwender jener „spezifisch jüdischen Definition(en)“?

Man könnte zunächst annehmen, es seien in beiden Fällen Juden. Das ist sicher nicht ganz falsch. Doch es sind durchaus unterscheidbare Akteure, die „spezifisch jüdische Definitionen“ hervorbringen und jene, die sie verwenden. Obschon die Hervorbringer und Schöpfer „spezifisch jüdischer Definitionen von Antisemitismus“ diese auch einsetzen und verwenden, ist doch der Kreis der Anwender wesentlich breiter zu fassen. „Spezifisch jüdische Definitionen von Antisemitismus“ wurden und werden zum einen kreiert von der in beiden Kongressparteien gut verankerten *Israel-Lobby der USA*. Sie umfasst in ihrem Kern jüdischen Organisationen und christliche Evangelikale. Und zum anderen werden sie vom *staatszionistischen Establishment* in Israel hervorgebracht. Beide Akteurkonstellationen sind gut mit einander vernetzt.

- (5) Was sagt Grosser selbst? „Für viele Juden gelte ich als Antisemit, weil ich Israel kritisierere“ und setzt sogleich hinzu: „In Deutschland ist diese Reaktion noch viel verbreiteter als hier“.

Mit „hier“ ist Frankreich gemeint. Nun hat Frankreich die größte jüdische Bevölkerung in Westeuropa. Sie wird auf ca. 400.000 Personen geschätzt. Man kann sich gut vorstellen, dass Kritik an Israel schon aus den Reihen der französischen jüdischen Community auf ein massiv negatives Feedback stößt, weil die jüdischen Gemeinden und Organisationen in aller Welt, auch in Frankreich, loyal und solidarisch zu Israel stehen, was auch immer es tut. Doch Grosser meint, in Deutschland sei die Reaktion, Israelkritik als Antisemitismus zu verbuchen und zurückzuweisen, noch verbreiteter und stärker ausgebildet. Es ergibt keinen Sinn, wenn man als Träger dieser Praxis die jüdische Bevölkerung der Bundesrepublik im Blick hätte. Denn in den 1980er Jahren gehörten den jüdischen Kultusgemeinden in der Bundesrepublik ca. 27.000 Personen an [in der DDR: 600].<sup>60</sup> Auch wenn insbesondere nach 1989/90 durch Zuwanderung aus Osteuropa die Zahl der Juden in Deutschland deutlich gestiegen ist, ist die Diskursmacht jüdischer Stimmen doch begrenzt. Die Träger, Ver- und Anwender jener „spezifisch jüdischen Definition(en) von Antisemitismus“ sind primär nicht-jüdische Akteure und Institutionen in Politik, Wissenschaft und Medien der Bundesrepublik. Weite Teile des bundesdeutschen Establishments haben, freilich selektiv, Positionen der der Israel-Lobby und des Staatszionismus übernommen und eigenständig ausgestaltet. Das gilt etwa für das Antisemitismusverständnis (Antizionismus gleich Antisemitismus; Israelkritik gleich Antisemitismus), Interpretationen von Israels Lage und Mission („einzige Demokratie im Nahen Osten“; weite Auffassung des „Rechts auf Selbstverteidigung“; Anerkennung der Existenz des Staates „Israel als Staat des jüdischen Volkes“).

<sup>60</sup> Vgl. Monika Richarz: Kultur, jüdische, in: Handbuch zur deutsch-deutschen Wirklichkeit. BRD und DDR im Kulturvergleich. Herausgegeben von Wolfgang Langenbucher, Ralf Rytlewski und Bernd Weyergraf, Stuttgart 1988:349.

### Worin gründet die pro-israelische Position weiter Teile des Establishments der Bundesrepublik?

Es sind partiell ähnliche Konstellationen, die die DDR eine anti-zionistische und die Alt-Bundesrepublik eine pro-zionistische, pro-israelische Position ausbilden ließen. Darüber hinaus wirkten sich weitere Gründe und Faktoren aus, die relevante Teile bundesdeutscher Funktionsebenen motivierten, eine pro-israelische Position einzunehmen.

Zu nennen sind vor allem der von Adenauer verfolgte Kurs, die Bundesrepublik auf den Westen zu orientieren, an den Westen zu binden und in den Westen zu integrieren, die „transatlantische“ Begeisterung, Gefolgschaftstreue und Beflissenheit und die Logik des Kalten Krieges unter besonderer Berücksichtigung der Gegnerschaft BRD-DDR. In diesen Kontexten erwies sich die Ausbildung einer entschieden pro-israelischen Position sowohl als zu erbringende Voraussetzung wie auch als Folge und Begleiterscheinung der verfolgten Strategie. Eng damit verbunden und verschränkt erwiesen sich als Triebkraft und Scharnier die Anerkennung deutscher Schuld an der Schoa in weiten (nicht in allen) Teilen der westdeutschen Gesellschaft. Die Anerkennung deutscher Schuld transformierte sich in eine offiziell pflegliche philosemitische Aufmerksamkeit gegenüber Jüdischem, die ihren Niederschlag auch in einer Fülle von geförderten beeindruckenden Forschungsprojekten<sup>61</sup> im In- und Ausland sowie in Institutionalisierungen fand. Und sie schlug um in das Bemühen, deutsche Schuld durch Parteinahme, tätige Hilfe für und Solidarität mit Israel abzutragen.

Es spielten freilich aber auch noch ganz andere Faktoren für die Ausbildung und Reproduktion einer pro-israelischen Haltung in Teilen der Welt der Westdeutschen eine Rolle – beeindruckende Pionierleistungen, etwa die Verwandlung von Wüste in blühende Landschaft und technische Innovationen. Von Belang waren die begrenzte Konzessions- und Kompromissbereitschaft der arabischen Konfliktparteien im Nahostkonflikt, die von befremdlichen Reden begleitet wurde und die größere Nähe zu Kultur- und Lebensformen der israelischen Gesellschaft im Vergleich zu denen in der arabischen Welt.

Manche in der Alt-Bundesrepublik zeigten sich von spektakulären militärischen Erfolgen Israels in vier Kriegen und zahlreichen Militäroperationen zwischen 1948 und 1989/90 beeindruckt. Sodann wurde registriert, dass in Israel Existenzformen des Jüdischen ausgebildet und kultiviert wurden, die im Gegensatz zu früheren und zeitgleich existierenden standen. Der Autor und Zionist Marx Nordau hatte einst als polemischen Gegenbegriff zum intellektuell orientierten „Nervenjuden“ oder „Talmudjuden“ den Begriff des „Muskelfjuden“ geprägt. Diese Orientierung griffen die zionistischen Pioniere in Palästina entschieden auf. Zwar gab und gibt es in Israel brillante Intellektuelle und Denker, doch gilt auch dies: „Nur Israel... verachtete Zweifel und Selbsterkenntnis; nur Israel verkörperte die bruchlose Einheit der Auserwählten und lehnte die meisten traditionell mit dem Judentum in Verbindung gebrachten Charakterzüge ab. Die Erkenntnis über Ausmaß und Wesen des national-sozialistischen Völkermordes verband sich mit der Tradition zionistischer Pioniere und brachte eine bemerkenswert kraftvolle und mächtige Kriegerkultur hervor... Die wichtigste Institution Israels war die Armee...“<sup>62</sup> Für manche Freunde Israels aus der Alt-Bundesrepublik stand Israel mithin für „das ganz Andere“, für das es zwischen Flensburg und München keine Entsprechung gab.

Was zeigt nun der Exkurs über Zionismus, Post-, Anti- und Pro-Zionismus? Zionismus ist nichts anderes als jüdischer Nationalismus, und zwar ein ziemlich exzentrischer. Zionismus steht historisch und aktuell in einem Spannungsverhältnis zu anderen Nationalismen. Für knapp 100 Jahre konkurrierte die zionistische Bewegung zudem mit sozialistischen Bewegungen mit internationalistischem Selbstverständnis und Anspruch und aus ihnen hervorgegangenen, inzwischen untergegangenen Regimen – dem Staatssozialismus. Anti-Zionismus kann sehr wohl antisemitisch formatiert sein, ist es aber nicht per se. Für den

<sup>61</sup> Vgl. Werner Röder; Herbert A. Strauss (Hrsg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. 3Bd., K. G. Saur, München/New York/London/ Paris, 1980-1983.

<sup>62</sup> Yuri Slezkine: Das jüdische Jahrhundert, Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen 2006: 314; 315.

bundesdeutschen Mainstreamdiskurs zum Antisemitismus ist nun charakteristisch die selektive Übernahme von Lesarten, die auf die amerikanische Israel-Lobby und das staatszionistische Establishment zurückgehen und unter anderem in der Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus kulminieren. Die Übernahme selbst erfolgte in Zeiten des Kalten Krieges und gründete in unterschiedlichen Quellen. Zu fragen ist, ob ein von pro-zionistischen Positionen ausgehendes, mithin einen exzentrischen Nationalismus tolerierendes und goutierendes, unter den Bedingungen des Kalten Krieges entstandenen Antisemitismusverständnis geeignet ist, antisemitische Einstellungen in Vergangenheit und Gegenwart angemessen zu identifizieren und ob bloße „öffentliche Vorurteilsrepression“ ein taugliches Mittel ist, antisemitische Einstellungen zu überwinden? Zu fragen ist weiterhin, ob sich nicht die deutschen Freunde Israels kritischer zur Politik und Praxis des offiziellen Staatszionismus wie der Bundesregierungen verhalten und so einen Beitrag zur Sicherung der Existenz Israels leisten sollten. Ende des Exkurses.

#### 4. Existenzformen des Jüdischen und ihre Entwicklungsrichtung in der Geschichte der DDR

Vordergründig geht es in diesem Abschnitt um eine Diskussion und Operationalisierung der weiter oben zitierten These von Wolfgang Benz, der zufolge es im Verlaufe der Geschichte der SBZ/DDR zu einer „Marginalisierung des Jüdischen“ (siehe S. 3) gekommen sei. Benz wirft damit eine interessante historische Frage nach den Existenzformen des Jüdischen und ihrer Entwicklungsrichtung unter den Bedingungen der deutschen Teilung mit Blick auf die DDR auf. Denn ab 1989/90 trat durch den zuvor nicht erwarteten massenhaften Zustrom von Juden aus Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion in das vereinte Deutschland eine qualitativ neue Situation ein, in der sich die Existenzformen des Jüdischen abermals in verschiedener Hinsicht massiv und grundlegend veränderten. Mit der – in Bezug auf den Status quo ante von 1989/90 – bedeutenden Zuwanderung von ca. 200.000 Personen jüdischer Abkunft aus Osteuropa und den GUS-Staaten<sup>63</sup> wurde ein neues Kapitel in der deutsch-jüdischen Geschichte eröffnet. Doch wie nimmt sich die Zeit davor, also zwischen 1945/1946 und 1989/90 aus? Was lässt sich über Existenzformen des Jüdischen und ihre Entwicklungsrichtung sagen? Welche Mitgiften und Erblasten werden aus der Zeit der deutschen Teilung in jenes neue Kapitel eingebracht? Das sind Fragen, die im Rahmen einer Kulturgeschichte der DDR wie einer vergleichenden Geschichte deutsch-jüdischer Beziehungen nach 1945 wohl eine Rolle spielen sollten und werden.

#### Aggregatzustände des Jüdischen in der SBZ/DDR

Der Versuch, Existenzformen des Jüdischen in der Geschichte von SBZ/DDR zu operationalisieren, läuft darauf hinaus, zum einen jene Formen zu definieren und zum anderen ihre Entwicklung im Horizont der DDR-Gesellschaft in Relation zur Ausgangslage qualitativ und quantitativ zu umreißen. Dies bereitet eine Reihe von Schwierigkeiten. Daher ist mein Versuch vorläufig und sicher unzulänglich. Zudem bezieht er sich primär auf *eine* Existenzform: Denn das „Jüdische“ hat zunächst und vor allem eine subjektiv-menschliche Seite, Dimension – eben die Juden bzw. jüdische Population(en).

Wer aber repräsentierte denn das „jüdische Element“ für eine noch ausstehende vergleichende deutsch-jüdische Geschichte nach 1945-1989/90 in der DDR? Um eine hilfreiche Anregung von Dan Diner aufzugreifen: „Jüdische Zugehörigkeit vermag trotz aller ursprünglich religiös determinierten Bestimmungen verschiedene Aggregatzustände von Teilhabe auszubilden. Dies mag den Eindruck erwecken, dass das, was im Unterschied zum religiös definierten Judentum... als jüdisch verstanden wird, kaum oder nur schwer fassbar ist“. Was aber Jüdisches ist, lässt sich nur „vor dem Hintergrund eines jeweiligen historischen Kontextes und anhand spezifischer Fragen an die Geschichte beantworten.“<sup>64</sup>

<sup>63</sup> Zahlenangabe nach Jürgen Leibold; Steffen Kühnel: Einigkeit in der Schuldabwehr. Die Entwicklung antisemitischer Einstellungen in Deutschland nach 1989, in: Deutsche Zustände. Folge 7. Herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer, Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main 2009: 131.

<sup>64</sup> Dan Diner: Zur Einführung, in: Yuri Slezkine: Das jüdische Jahrhundert, Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen 2006: 10; 11.

Mir scheint, dass der deutsche Diskurs daran leidet, dass er a) nicht alle Aggregatzustände des Jüdischen in der DDR im Blick hat, b) Bewegungsformen zwischen ihnen sowie c) zwischen „Juden und Nicht-Juden“ unterbelichtet. Statistisch galten in beiden deutschen Staaten als Juden nur jene Personen, die den jüdischen Kultusgemeinden angehörten. Nur für diese liegen Zahlenangaben vor, die in Relation zur Ausgangslage abgebildet und bewertet werden können. Für alle anderen subjektiv-menschlichen Dimensionen des Jüdischen sind wir auf Schätzwerte angewiesen und auf qualitative Beschreibungen von beobachtbaren Bewegungen/Veränderungen.

Wenn es aber, wie hier behauptet, darauf ankommt, Bewegungsformen zwischen jüdischen Formationen einzufangen sowie zwischen Juden und Nicht-Juden, dann wird ein **historisches Verständnis des Jüdischen benötigt, welches in der Lage ist, Bewegungen im Lebenslauf ein und derselben Person wie auch in der Abfolge der Generationen abzubilden**. Dazu sind die jeweiligen Definitionen des Jüdischen, wie sie in Israel (im Rückkehr- und im Staatsbürgergesetz) oder in verschiedenen Strömungen des Diaspora-Judentums oder der Statistik der DDR und der (Alt-)BRD im Umlauf waren oder sind, wenig geeignet bzw. zu eng. Tauglicher ist ein Vorschlag, den Yuri Slezkine eingebracht hat:

„...`Juden´ [sind] die Mitglieder... jüdischer Gemeinschaften, die also per Geburt, Glaube, Name, Sprache, Beruf, Selbstbeschreibung und formaler Zuschreibung Juden sind, und deren Kinder und Enkel – ungeachtet ihres Glaubens, Namens, ihrer Sprache, ihres Berufes, ihrer Selbstbeschreibung oder formaler Zuschreibungen.“<sup>65</sup>

Mit der Anlehnung an diese Bestimmung sollen hier nicht etwa Personen mit jüdischen Wurzeln, die mit dem Judentum gebrochen haben sowie deren Nachfahren – wie einst in den NS-Rassegesetzen – für jüdisch erklärt werden. Es gilt vielmehr, Neu- und Wiederannäherungen aus diesem Personenkreis an religiöses oder/und säkulares Judentum, an jüdische Realien (Elemente jüdischer Geschichte, Kultur, Religion, Sitte und Brauchtum, Küche, Reinheitsgebote, Speisevorschriften, Namen, Varianten jüdischen Selbstbewusstseins) im Horizont der DDR-Gesellschaft in den Blick zu nehmen. Ferner gilt das Interesse Nicht-Juden in ihren Annäherungen an Jüdisches sowie Nicht-Juden, die zum Judentum konvertierten.

Bei der Vermessung/Einschätzung der Entwicklung der subjektiv-menschlichen Dimension des Jüdischen in der Geschichte der SBZ und der DDR geht es mithin um vier bzw. fünf erkennbare, in ihren Profilen unterscheidbare Personenaggregate bzw. Populationen:

**Erstens. Jüdische Deutsche, die die NS-Vernichtungspolitik überlebt haben, ihre Familien und Nachfahren** (KZ-Überlebende, in der NS-Zeit Untergetauchte, aber auch Rückkehrer aus dem Exil).

**Zweitens. Nicht-deutsche Juden, die es in die SBZ/DDR verschlagen hat, ihre Familien und Nachfahren** (Displaced Persons; KZ-Überlebende; Zuwanderer).

Die meisten Juden in Deutschland unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren nicht jüdische Deutsche, sondern stammten aus Osteuropa. Viele von ihnen hielt es in Deutschland nicht, sie verließen mehr oder weniger rasch Deutschland in Richtung Israel und USA.

Aus einem Teil der Angehörigen dieser beiden Formationen (überlebenden jüdischen Deutschen und nicht-deutschen Juden) rekrutierten sich überwiegend die Mitglieder der Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR. Weit höher war indes die Zahl der Juden, die keiner Kultusgemeinde angehörten. In den 1980er Jahren gehörten 600 Personen den Jüdischen Gemeinden der DDR an. Die Zahl der Juden, die keiner jüdischen Gemeinde angehörten, wurde von Richarz auf das Zehnfache geschätzt, mithin auf 6.000 Personen.<sup>66</sup>

**Drittens. Sozialistisch orientierte Rückkehrer aus der Emigration mit jüdischen Wurzeln, ihre Familien und ihre Nachfahren** (insgesamt vielleicht 2-3.000 Personen). Die Remigranten selbst waren in der Regel

<sup>65</sup> Yuri Slezkine: Das jüdische Jahrhundert, Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen 2006: 25.

<sup>66</sup> Vgl. Monika Richarz: Kultur, jüdische, in: Handbuch zur deutsch-deutschen Wirklichkeit. BRD und DDR im Kulturvergleich. Herausgegeben von Wolfgang Langenbucher, Ralf Rytlewski und Bernd Weyergraf, Stuttgart 1988: 349.

sowohl weder nach ihrem eigenen Selbstverständnis Juden, sondern konfessionslose Sozialisten, noch waren sie es nach Regularien verschiedener Strömungen des Judentums. Die Remigranten jüdischer Abkunft entstammten meist aus den Mittelschichten.<sup>67</sup> Sie verfügten größtenteils über hohe und höchste Bildungsabschlüsse (oder erwarben sie in der DDR). Sie waren mehrheitlich mit der Hochkultur vertraut oder repräsentierten gar ihre zeitgenössischen Spitze mit. Nicht wenige von ihnen gehörten zur künstlerischen Avantgarde. Sie verfügten über Fremdsprachenkenntnisse wie internationale Verbindungen und Kontakte, die auch in Zeiten des Kalten Krieges und danach von Bestand waren. Zumindest partiell belegbar: jüdische Deutsche, nicht-deutsche Juden wie auch Rückkehrer mit jüdischen Wurzeln trauten offenbar den Deutschen nicht sonderlich. Mit den Rückkehrern aus dem Exil (ob jüdischer Abkunft oder nicht) gewann die DDR ein erhebliches intellektuelles Potenzial. In der „arbeiterlichen Gesellschaft DDR“ (Engler) waren die Rückkehrer wenig(er) „arbeiterlich“; und sie unterschieden sich in ihrem Habitus auch von der neu entstehenden sozialistischen Intelligenz aus der Arbeiter- und Bauernschaft. Die Rückkehrer haben in Kultur, Wissenschaft und Medien der DDR eine höchst aktive, kaum zu überschätzende Rolle gespielt.<sup>68</sup>

Dabei handelten sie nie als Gruppe. Unter den Rückkehrern waren Hardliner und Dogmatiker wie brillante Intellektuelle und Freigeister. Daher wiesen auch ihre Vorstellung von Sozialismus eine erhebliche Bandbreite auf und deckten sich nicht. Wolfgang Benz wendet ein, dass keiner der Funktionsträger und Prominenten der DDR mit jüdischen Wurzeln je als Jude agiert habe.<sup>69</sup> Dieser Einwand gilt vielleicht für hohe und höchste Funktionsträger in Partei und Staat; mit Blick auf Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler trifft er so nicht zu. Überdies ist mit diesem Einwand nichts über Bewegungen unter den Nachfahren der Remigranten hin zu Jüdischem gesagt.

#### **Viertens. Die so genannten einstigen jüdischen Mischlinge und ihre Nachfahren.**

Mit dem Untergang des NS-Regimes wurden auch dessen Rassegesetze obsolet. Dennoch spielten die den Nürnberger Gesetzen zugrundeliegenden Definitionen von Juden/„Nicht-Ariern“ unterschwellig bzw. indirekt bei Wiedergutmachungsleistungen bzw. Anträgen auf Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes eine Rolle. Und in den *post-faschistischen Gesellschaften* Alt-BRD, DDR und Österreich beeinflussten die NS-Definitionen von Juden und Jüdischem nachhaltig weiterhin die Vorstellungen offenbar recht vieler Menschen. Den NS-Rassegesetzen waren neben Personen jüdischen Glaubens auch rund 100.000 Personen christlicher Religion sowie Konfessionsfreie als „Juden“ bzw. „Mischlinge ersten und zweiten Grades“ unterworfen, die sich in der Regel selbst nicht als jüdisch verstanden. Diese Personen waren auch nach jüdischem Recht sowie für die in- und ausländischen jüdischen Organisationen, die in den 1930er und 1940er Jahren wirkten, keine Juden, wohl aber für die Nazis und einen recht großen Teil der deutschen Bevölkerung im „Altreich“ wie im angeschlossenen Österreich. Nach der Volkszählung von 1939 lebten im „Altreich“ 12.500 christliche „Volljuden“, 52.000 „Mischlinge ersten“ und 32.700 „Mischlingen zweiten Grades“; in Österreich: 12.600 christliche „Volljuden“ sowie 24.400 „Mischlinge ersten und zweiten Grades“.<sup>70</sup> Zu den prominenten „christlichen Volljuden“ gehörte beispielsweise der bedeutende Romanist und Schriftsteller Victor Klemperer (1881-1960). Er wurde als Sohn eines Rabbi-

<sup>67</sup> Über die jüdischen Bevölkerung in Deutschland hält Nipperdey für Anfang des 20. Jahrhunderts fest: „Das Sozialprofil der Juden zeigt eine breite – obere und mittlere – Mittelschicht, eine kleine sehr reiche Ober- sowie eine kleine eher arme Unter- und untere Mittelschicht; und es unterscheidet sich insofern fundamental von der Schichtung der Gesamtbevölkerung“. Ferner hebt er das überdurchschnittliche Bildungsstreben und Bildungsniveau hervor. (Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918. Erster Band. Arbeitswelt und Bürgergeist, C.H. Beck München 1998:399 f.

<sup>68</sup> Vgl. Harald Kretschmar: Ach ja: Unser jüdisches Erbe..., in: Neues Deutschland, 7./8.1.1995.

<sup>69</sup> Vgl. Wolfgang Benz: Der Antifaschismus-Mythos der DDR. Antisemitismus und Antizionismus in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 61.

<sup>70</sup> Vgl. Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Viertes Band 1918-1945. Herausgegeben im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, C.H. Beck München 1997: 243 f.

ners geboren und konvertierte 1912 zum evangelischen Christentum. Die NS-Zeit überlebte er in einer „Mischehe“.

Eine Mehrheit (zwei Drittel) der deutschen und österreichischen Juden (im engeren Sinne) konnte sich durch Flucht und Emigration dem Zugriff der Nazis auf Leib und Leben entziehen. Es flohen und emigrierten natürlich auch „Mischlinge“, aber in weit geringerem Maße. Mit der Flucht und dem Fortschreiten der Deportationen von Juden aus Deutschland „... stieg der Anteil christlicher `Mischlinge´ und der in `Mischehen´ lebenden Juden an der jüdischen Restbevölkerung [des Altreiches – FTK] kontinuierlich an. Ende 1943 bildeten sie bereits die überwiegende Mehrheit der noch außerhalb der Lager lebenden `Ras-sejuden´.“<sup>71</sup>

Die überwältigende Mehrheit der „Mischlinge“ überlebte die Nazizeit und entschied sich für ein Leben in den beiden Deutschländern. Über sie hat James F. Tent mit *Im Schatten des Holocaust. Schicksale deutsch-jüdischer Mischlinge im Dritten Reich*, Böhlau Weimar Köln Wien 2007 ein aufschlussreiches Werk vorgelegt. Wenn es also um eine noch ausstehende vergleichende deutsch-jüdischen Geschichte nach 1945 bzw. um die Überprüfung der These von der Marginalisierung des Jüdischen in der Geschichte der DDR geht, sind die so genannten einstigen Mischlinge und ihre Nachfahren, mit einzubeziehen. Nicht in dem Sinne, dass die einstigen „Mischlinge“ oder ihre Nachfahren eine religiöse oder säkulare jüdische Identität ausgebildet, mithin die subjektiv-menschliche Dimension des Jüdischen in der DDR gestärkt hätten. Dazu ist es nur in äußerst wenigen Fällen gekommen. Die Bedeutung der einst von den Nazis drangsalierten „Mischlinge“ und ihrer Nachfahren für Existenzformen des Jüdischen in der DDR sowie die bei ihnen erkennbare Bewegung, Veränderung liegt auf anderen Ebenen.

Nachdem die einstigen jüdischen Zwangsarbeiter und Displaced Persons Nachkriegsdeutschland verlassen hatten, stellten die von den Nazis als „Mischlinge“ bezeichneten Personen die zahlenmäßig mit Abstand bei weitem größte Gruppe jüdischer Abstammung in der DDR dar, die zudem in Teilen der Gesellschaft ungeachtet ihres Selbstverständnisses als jüdisch angesehen wurde. Wenn wir die oben erwähnten Zahlen der Volkszählung von 1939 nehmen und auf das Territorium der DDR herunterbrechen, dann schätze ich, dass in der SBZ/DDR ca. 15-20.000 Personen lebten, die von den Nazis einst als christliche „Volljuden“ und „Mischlinge“ klassifiziert worden waren (ihre Familien mitgerechnet). Auch die „Mischlinge“ und ihre Nachfahren agierten weder in der NS-Zeit noch in der DDR als Gruppe.

**Schließlich gilt es fünftens in den Blick zu nehmen verschiedene Formen der Hinwendung zu Jüdischem von konfessionslosen und christlichen Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft ohne genealogischen oder zugeschriebenen jüdischen Background.**

Damit sind gemeint: Partnerschafts- und Gesellungsbeziehungen (immerhin hatte die Mehrheit der Mitglieder der Jüdischen Gemeinden wie auch der Remigranten jüdischer Herkunft nicht-jüdische Ehepartner); die Teilhabe von Nicht-Juden an der Produktion, Bearbeitung und Rezeption jüdischer Themen; Philosemitismus im Horizont der DDR-Gesellschaft; christlich-jüdischer Dialog; Konversionen von Nicht-Juden zum Judentum.

#### [Profile und Veränderungen gegenüber der Ausgangslage](#)

Ausgangslage für das Besichtigen von Aggregatzuständen des Jüdischen in der SBZ/DDR ist nicht das Jahr 1933, sondern das Jahr 1946 bzw. 1949. Zu verfolgen ist in großen Zügen deren Veränderung in der Geschichte und Nachgeschichte der DDR (Ostdeutschland ab 1990). Dies schließt gelegentliche Rückblicke nicht aus

<sup>71</sup> Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Vierter Band 1918-1945. Herausgegeben im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, C.H. Beck München 1997: 362.

### Kultusgemeinden: andere Zusammensetzung als vor der NS-Zeit

Schon 1933 hatte Leo Baeck „die tausendjährige Geschichte des deutschen Judentums“ für beendet erklärt. Zwar wurden nach 1945 neue jüdische Kultusgemeinden in allen Besatzungszonen Deutschlands gegründet, so auch in Berlin, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Schwerin, Halle, Magdeburg, Dresden, Erfurt Leipzig. Doch sie bestanden in unterschiedlichem, teilweise verhältnismäßig geringem Maße aus überlebenden deutschen Juden. Der bereits erwähnte Eugen Gollomb (1917-1988) beispielsweise, später Dienstleistungsunternehmer in Leipzig und Vorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde zu Leipzig, entstammte einer orthodoxen jüdischen Familie aus Polen. Sein Vater war im Polen der Zwischenkriegszeit Besitzer einer Trikotagenfabrik in Lodz. Gollomb war 1939 polnischer Soldat, floh aus einem Außenlager von Auschwitz, kämpfte bei den Partisanen und war schließlich Leutnant der Polnischen Volksarmee. Antisemitismus im Nachkriegspolen und die Liebe zu einer nach Leipzig ausgesiedelten Deutschen aus Breslau führten ihn in die SBZ/DDR. Er war längere Zeit staatenlos und nahm erst spät – nachdem man ihn vor die Alternative gestellt hatte, DDR-Bürger oder polnischer Staatsbürger zu werden –, die DDR-Staatsbürgerschaft an. Insofern gilt, was Monika Richarz für die Bundesrepublik festgehalten hat auch für die SBZ/DDR. Die jüdischen Gemeinden standen nur bedingt für eine Kontinuität der deutschen Judentums und konnten sie auch nicht mehr herstellen.<sup>72</sup> Für einen anderen historischen Hintergrund als Golomb steht Marie Simon (1922-1998), Tochter eines Anwalts, spätere Professorin für antike Literatur- und Kulturgeschichte an der Berliner Humboldt-Universität. Sie hatte die NS-Zeit untergetaucht in Berlin überlebt, trat 1945 der KPD bei (seit 1946 Mitglied der SED) und meldete sich bei der Jüdischen Gemeinde an. Als Linke gleichzeitig Mitglied der Jüdischen Gemeinde zu sein, einen koscheren Haushalt zu führen und ihre Kinder jüdisch zu sozialisieren, war für sie kein Widerspruch.<sup>73</sup> Obwohl die Partei, der sie angehörte, dies bis Anfang der 1950 Jahre nicht goutierte, für einen Fehler hielt, ließ sie sich nicht davon beirren. Zu den Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde gehörte auch der Schriftsteller Arnold Zweig (1887-1968), Sohn eines Sattlermeisters. Zweig hatte Germanistik, neuere Sprachen, Philosophie, Kunstgeschichte und Psychologie studiert. Er emigrierte 1933 und kam 1948 aus dem Exil in Palästina in die DDR.

### Bedeutender Rückgang der Mitglieder der Kultusgemeinden

1946 wurden in der SBZ und Berlin (Ost) 3.100 Mitglieder gezählt, 1952 hatten die jüdischen Gemeinden in der DDR 2600 Mitglieder. 1956 gehörten insgesamt 1789 Personen den jüdischen Gemeinden an, davon 1.170 in Berlin (Ost) und 619 in der übrigen DDR. 1975 betrug die Zahl der Mitglieder 728. Für 1982 werden ausgewiesen insgesamt 475 Mitglieder, die sich territorial wie folgt verteilen: 229 Mitglieder in Berlin(Ost), davon 5 Kinder; Dresden 76, davon 3 Kinder; Erfurt 34; Halle 27, davon 1 Kind; Karl-Marx-Stadt 10; Leipzig 51, davon 4 Kinder; Magdeburg 34 und Schwerin 14.<sup>74</sup>

Dabei bestand die bei weitem größte jüdische Gemeinde stets in Ostberlin, die indes von 1953 bis 1960 eine eigene Organisationsform gleichsam neben dem Verband der Jüdischen Gemeinden der DDR bildete. Seit 1953 war die Jüdische Gemeinde in Berlin faktisch gespalten in die Westberliner und die Ostberliner Gemeinde. Der Zentralrat der Juden in Deutschland versuchte in Verbindung mit der Jüdischen Gemeinde in Westberlin Riesenburger als „nicht geweihten“ Rabbiner zu diskreditieren und das religiöse Leben der Jüdischen Gemeinde Berlins in den Westteil der Stadt zu verlagern. Die Doppelstruktur (Verband der Jüdischen Gemeinden der DDR und Jüdische Gemeinde in (Ost-)Berlin) gründete unter anderem in unterschiedlichen Haltungen zur DDR. Die Ostberliner Gemeinde verhielt sich zum sozialistischen Experiment loyaler, aufgeschlossener als die damalige Führung des Verbandes der Jüdischen Gemeinden

<sup>72</sup> Vgl. Monika Richarz: Kultur, jüdische, in: Handbuch zur deutsch-deutschen Wirklichkeit. BRD und DDR im Kulturvergleich. Herausgegeben von Wolfgang Langenbuecher, Ralf Rytlewski und Bernd Weyergraf, Stuttgart 1988: 349.

<sup>73</sup> Vgl. Marie Jalowicz-Simon: Untergetaucht. Eine junge Frau überlebt in Berlin 1940-1945. Bearbeitet von Irene Stratenwerth und Hermann Simon, S. Fischer Frankfurt am Main 2014.

<sup>74</sup> Vgl. Stichwort Jüdische Gemeinden, in: DDR Handbuch. Wiss. Ltg. Hartmut Zimmerman, Bd. 1; 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1985:682.

der DDR, die eher von der Linie des Zentralrates der Juden in Deutschland beeinflusst war, dessen Sekretariat sich im westdeutschen Düsseldorf befand.

Die Zahl der Mitglieder der jüdischen Gemeinden nahm im Verlaufe der Geschichte der DDR kontinuierlich ab. Zu diesem Rückgang kam es durch Abwanderung von Mitgliedern aus politischen und ökonomischen Gründen in den 1950er Jahren in die Bundesrepublik, ausbleibende Zuwanderung, Überalterung, Tod und vermutlich Übergänge von religiös gebundenen Juden in die Konfessionslosigkeit oder Konversionen zum Christentum. Zudem wirkte sich aus, dass in beiden deutschen Staaten mehr als die Hälfte der Ehen von Mitgliedern der jüdischen Gemeinden mit nicht-jüdischen Partnern geschlossen wurden. Damit war es noch ungewisser als es ohnehin ist, ob die Nachfahren das Erbe der Elterngeneration antreten und sich im konkreten Fall zum religiösen Judentum bekennen würden. Seit 1969 gab es in der DDR keinen Rabbiner mehr.<sup>75</sup> Erst ab September 1987 amtierte Isaac Neumann aus den USA, der aber ab Mai 1988 sein Amt aus persönlichen Gründen aufgab.

Da ein jüdisches Leben – nach den Postulaten des Judentums – bei Unterschreiten einer kritischen Masse an Mitgliedern schwer möglich und aufrecht zu erhalten ist, überdies bedeutende regionale Disparitäten bei der Verteilung der Mitglieder auf das Territorium der DDR bestanden, trat bei aller staatlichen Förderung und Eigenanstrengung der acht Gemeinden selbst (mit Ausnahme von Ostberlin) wohl eine gewisse Verwässerung ein.

#### *Kirchners Programm der „aktiven kulturpolitischen Größe“*

1971 wurde der Arzt Dr. Peter Kirchner (\*1935 als Sohn einer jüdischen Mutter und eines nicht-jüdischen Vaters geboren) Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (Ost). Er trat mit einem Programm an, die jüdische Gemeinde zu einer aktiven kulturpolitischen Größe zu machen und dabei eng mit den beiden christlichen Großkirchen in der DDR zusammenzuarbeiten. Zu den regelmäßigen Gottesdiensten an den Wochenenden und Feiertagen traten kulturelle Veranstaltungen. Eine Bibliothek wurde eingerichtet, die auch für interessierte Nichtmitglieder zugänglich war. Diese Bibliothek führte auch Bücher und Zeitungen aus dem Westen.<sup>76</sup> Als Kirchner Mitglied der Redaktion des seit 1953 erscheinenden *Nachrichtenblattes des Verbandes der Jüdischen Gemeinde von Berlin und des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR* wurde, öffnete sich das Blatt für weltweite Entwicklungen und für den jüdisch-christlichen Dialog. Das Nachrichtenblatt erschien vierteljährlich bis 1990 in einer Auflage von 2000 Exemplaren. „Das Deckblatt war gewöhnlich mit der Fotografie eines jüdischen Kult- oder Gebrauchsgegenstandes versehen. Nach einer einleitenden Betrachtung folgten in den Ausgaben zunächst allgemeine geschichtliche und kulturgeschichtliche Aufsätze zu jüdischem Leben in Vergangenheit und Gegenwart, bezogen auf Orte in der DDR, aber auch auf Vorgänge im internationalen Judentum. Daran schlossen sich regionale Nachrichten aus den einzelnen Jüdischen Gemeinden der DDR an. Es folgten Buchbesprechungen, Rezepte, Mitteilungen über Neuzugänge der Berliner Jüdischen Bibliothek, Angaben zur Übertragung von Sabbatfeiern im DDR-Rundfunk, Anschriften und weitere organisatorische Mitteilungen, Gottesdienstzeiten der Berliner Synagoge "Friedenstempel" sowie Geburtstagsgrüße und Trauerbekundungen zu verstorbenen Gemeindemitgliedern.“<sup>77</sup>

---

<sup>75</sup> Vgl. Monika Richarz: Kultur, jüdische, in: Handbuch zur deutsch-deutschen Wirklichkeit. BRD und DDR im Kulturvergleich. Herausgegeben von Wolfgang Langenbacher, Ralf Rytlewski und Bernd Weyergraf, Stuttgart 1988: 349-351.

<sup>76</sup> Vgl. Detlef Joseph: Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung, Das Neue Berlin 2010: 46.

<sup>77</sup>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Nachrichtenblatt\\_des\\_Verbandes\\_der\\_J%C3%BCdischen\\_Gemeinde\\_von\\_Berlin\\_und\\_des\\_Verbandes\\_der\\_J%C3%BCdischen\\_Gemeinden\\_in\\_der\\_Deutschen\\_Demokratischen\\_Republik](https://de.wikipedia.org/wiki/Nachrichtenblatt_des_Verbandes_der_J%C3%BCdischen_Gemeinde_von_Berlin_und_des_Verbandes_der_J%C3%BCdischen_Gemeinden_in_der_Deutschen_Demokratischen_Republik) [Zugriff: 28.03.2017].

1974 erschien nach Intervention Kirchners im Nachrichtenblatt eine kritische Rezension von dem Richter Kurt Ernst Kohn (1899-1987) zu dem von Klaus Dobrich, Rudi Gougel und Werner Müller 1973 vorgelegten Buch *Juden untern Hakenkreuz*. Cohn entwickelte in dieser Besprechung den Unterschied zwischen antisemitischer und nicht-antisemitischer Kritik. „Ein für die Praxis meist ausreichendes Kennzeichen ergibt die Beobachtung, ob jemand gewisse Eigenschaften, Verhaltensweisen oder Wirtschaftsformen allgemein bekämpft, oder sie zwar bei Juden verabscheut, bei anderen aber hinnimmt...“ Ferner kritisiert Cohn die Auffassung der Autoren, dass Juden oder Personen jüdischer Abstammung sich nicht antisemitisch äußern oder verhalten könnten. Cohn hielt das sehr wohl für möglich und verwies auf das historische Beispiel von „Anfeindungen einheimischer gegen eingewanderte Juden, also gegen Ostjuden“.<sup>78</sup>

Die Jüdischen Gemeinden wurden von der STASI überwacht. Dies traf indes auch für andere Organisationen und Bereiche zu. Gleichwohl waren die Jüdischen Gemeinden Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und politischen Systems der DDR, mithin in Grenzen organisations- und konfliktfähig. Sie vertraten jüdische Interessen nicht nur in Fragen des Kultus. Exemplarisch sei auf das Gespräch der Staatssekretariats für Kirchenfragen mit den Vorsitzenden der Jüdischen Kultusgemeinden vom Dezember 1980 verwiesen. Seitens der Kultusgemeinden wurde in sechs Punkten staatliche Unterstützung gesucht. Dies betraf erstens den Wunsch nach einer höheren Auflage für das Nachrichtenblatt. Zweitens sollte die Polizei die Kontrolle jüdischer Friedhöfe verstärken und bei Schändungen exakter ermitteln. Drittens wurde das Ministerium für Volksbildung gebeten, die Schuljugend besser über das Judentum aufzuklären und das Bemühen jüdischer Gemeinden vor Ort zu unterstützen beim Abschluss von Pflegeverträgen mit Schulen, Schulklassen für den Erhalt jüdischer Friedhöfe. Viertens sollten die staatlichen und gesellschaftlichen Organe nicht nur bei runden Gedenktagen an das Novemberpogrom von 1938 („Kristallnacht“) die Teilnahme sichern. Fünftens sollte das Internationale Ferienlager der DDR künftig auch junge Israeli aufnehmen. Und schließlich sechstens sprachen sich die Repräsentanten der Kultusgemeinden dafür aus, dass der Anteil der Juden am antifaschistischen Widerstandskampf und an den Opfern deutlicher formuliert werde.<sup>79</sup>

Die Verweigerung israelkritischer Resolutionen 1967 und 1973 wurde schon erwähnt. In den 1980er Jahren ist es zu einem Arrangement zwischen Staat und Gemeinden gekommen, dass diese sich nicht mehr zum Nahostkonflikt äußern müssen.<sup>80</sup>

Mitte der 1980er Jahre kam es aus der Berliner Jüdischen Gemeinde zu einer Initiative, angeregt von Irene Runge und anderen, die Impulse von Kirchners Programm sowohl aufnahm als auch ergänzte und aufhob (siehe dazu weiter unten).

Obschon die Mitgliedschaft der Jüdischen Gemeinden im Verlauf der DDR-Geschichte stark rückläufig war, spielten die Kultusgemeinden für fast alle anderen Existenzformen des Jüdischen eine wichtige Rolle – als Veranstalter, als beherbergendes Dach, als Dialogpartner, als Gemeinschaft und Helfer im Falle von Übergängen in das religiöse Judentum. Kirchners Programm, die Ostberliner Jüdische Gemeinde zu einer aktiven kulturpolitischen Größe zu machen, trug durchaus Früchte.

#### Juden außerhalb der jüdischen Gemeinden und ihre Nachfahren

Immerhin handelte es sich um mehrere Tausend Personen, weit mehr als die Kultusgemeinden je an Mitgliedern hatten. Möglicherweise gab es unter bekennenden Juden außerhalb der Kultusgemeinden auch eine Form der Religionsausübung primär im Privaten, die durch zwei Faktoren begünstigt und er-

<sup>78</sup> Kurt Cohn: Zur Geschichte der deutschen Juden in der Zeit von 1933.1938. In: Nachrichtenblatt, September 1974, S. 6f. Zit. n. Detlef Joseph: Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung, Das Neue Berlin 2010: 50 f.

<sup>79</sup> Vgl. Detlef Joseph: Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung, Das Neue Berlin 2010:70 f.

<sup>80</sup> Vgl. Lutz1 Niethammer: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Rowohlt Berlin 1991:295: Anm. 27.

möglichst wurde. Zum einen konnten aufgrund der kleinen Kultusgemeinden „und der religiösen Vorschriften, die durch rabbinisches Urteil der Lage angepasst wurden,... Gottesdienste an jedem Sabbat nur in Berlin abgehalten werden...“<sup>81</sup> Zum anderen unterhielt der Verband der Jüdischen Gemeinden den 1962 von Oberkantor Werner Sander gegründeten Leipziger Synagoralchor, der alle 14 Tage die Sabbatfeiern, übertragen vom Berliner Rundfunk, mitgestaltete.

Ein beträchtlicher Teil, wenn nicht meisten Juden außerhalb der Kultusgemeinden, war konfessionsfrei. Der Kenntnisstand über die *weniger oder nicht prominenten Angehörigen* dieses Personenaggregats ist dürftig. Über das Schicksal mancher von ihnen bzw. über biographische Episoden berichten Projekte (etwa zur Blindenwerkstatt von Otto Weidt). Auch im Berliner Jüdischen Museum finden sich Zeugnisse und Selbstzeugnisse. Ferner lässt sich festhalten, dass einige von ihnen Veranstaltungen der jüdischen Gemeinden besuchten, ohne ihr Mitglied zu werden, sich in dem 1986 bei der Berliner Jüdischen Gemeinde entstehenden Kreis „Wir für uns – Juden für Juden“ sowie in dessen Nachfolgeorganisation „Jüdischer Kulturverein“ ab 1989/90 engagierten (siehe dazu weiter unten). Wieder andere lebten ihre Leben ohne je das Bedürfnis einer Rückbesinnung auf Jüdisches zu verspüren.

In der Abfolge der Generationen kam es zudem zu Annäherungen an und zu Übertritten in das religiöse Judentum teils noch im Horizont der DDR-Gesellschaft, teils danach von konfessionslosen Personen jüdischer Herkunft. Exemplarisch sei auf Matthias Albrecht, den 1970 geborenen Autor, Verleger und Publizisten mit dem Pseudonym Benjamin Stein verwiesen. Seine Großeltern waren Kommunisten, die nach dem Exil hohe Funktionen im Staatsapparat der DDR ausübten und wohl nie eine Synagoge von innen betreten hatten. Seine Eltern waren konfessionslos. Etwa mit 16 fing er an, Gott zu entdecken und Freitagsgottesdienste in der Synagoge Rykestraße zu besuchen: „Anders zu sein als die Mehrheit, ist in jeder Diktatur ein Problem. Jüdisch zu sein, war im Kleinen Land eine Variante des ultimativen Andersseins.“<sup>82</sup> Doch bei dieser Motivation einer Hinwendung zum Judentum blieb es nicht. Stein studierte ab 1990 Judaistik und Hebraistik und wurde bekennender Jude.

Weit besser ist der Kenntnisstand über sozialistische Remigranten mit jüdischen Wurzeln und jüdische Überlebende sowie ihre Nachfahren. Zumal dann, wenn es sich um Politiker, Funktionsträger aller Art und Bereiche, Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Journalisten handelte. Sie gehörten ja meist auch den Kultusgemeinden nicht an.

#### Sozialistische Remigranten mit jüdischen Wurzeln und ihre Nachfahren

Die sozialistisch orientierten Rückkehrer aus dem Exil hatten mehrheitlich im Verlaufe ihres Lebens mit dem Judentum gebrochen und waren meist konfessionsfrei. In der DDR hatten sie vielfach politische und kulturelle Führungsfunktionen inne oder/ und Prominentenstatus. Nicht wenige der sozialistischen Remigranten mit jüdischen Wurzeln haben freilich der DDR auch enttäuscht den Rücken gekehrt - von Ernst Bloch bis Leo Zuckermann.

Zwar gab es unter den Rückkehrern einige, die seit Generationen – wie bei der Familie Kuczynski – „bis hinunter zum Großvater meines Urgroßvaters... immer Freidenker [waren], die keiner Religion angehörten.“<sup>83</sup> Doch bei vielen verhielt es sich anders. Die Älteren hatten sich vor dem Bruch mit ihren Vätern und dem Judentum in jüdischen Organisationen der verschiedensten Lager engagiert – vom eher konservativen und staatstragenden *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* bis hin zu verschiedenen jüdisch-sozialistischen und zionistischen Organisationen. Manche hatten auch Talmud-Tora-Schulen besucht oder wie die jüngeren unter ihnen sich in Schulungsheimen geistig-praktisch auf die

<sup>81</sup> Theologisches Lexikon. Herausgegeben von Hans-Hinrich Jenssen und Herbert Trebs. Stichwort: Jüdische Gemeinden in der DDR, Union Verlag Berlin 1981: 281.

<sup>82</sup> Benjamin Stein: Die Leinwand. Jan Wechsler, C.H.Beck München 2010: 128.

<sup>83</sup> Thomas Grimm (Hg.): Was von den Träumen blieb. Eine Bilanz der sozialistischen Utopie, mit einem Vorwort von Heiner Müller, Siedler Verlag Berlin 1993:100f.

Auswanderung nach Palästina vorbereitet. Insofern verkörperten sich in ihren Biographien sowohl Bestände der jüdischen Tradition als auch der Bruch mit dieser Tradition. Bis Ende der 1980er Jahre war indes die bei einem Teil ihrer Nachfahren einsetzende erkennbare Suche nach ihren jüdischen Wurzeln für die Rückkehrer aus der Elterngeneration eher irrelevant. Mit der Gründung des jüdischen Kulturvereins (1989/90), die zeitlich in die finale Krise der DDR fiel, setzte indes bei Teilen der Elterngeneration aus dem Kreis der Remigranten abermals ein Umdenken ein. Wir können also festhalten, dass sich das Verhältnis zum Jüdischsein bei Personen jüdischer Abstammung im Verlaufe ihres Lebens veränderte.

Hinsichtlich der Zulässigkeit der Zugehörigkeit von Mitgliedern der SED zur jüdischen Gemeinde revidierte die SED ihre einstige Position. Bis etwa 1953 hielt die SED es für einen Fehler, nach 1953 versuchte sie, Mitglieder der SED mit entsprechenden Voraussetzungen zu motivieren, in die jüdische Gemeinde einzutreten.<sup>84</sup> Offenbar hat es in der Geschichte der DDR mehrfach ermunternde Versuche dieser Art gegeben, die nicht von messbaren Erfolgen gekrönt waren.

#### *Die Geburt einer säkularen jüdischen Identität aus dem Geist der Rebellion*

Teils bei sozialistisch orientierten Remigranten mit jüdischen Wurzeln selbst, teils erst unter ihren Nachfahren erfolgte – unabhängig von den oben erwähnten Intentionen der SED – eine Rück- und Neubesinnung auf ihr Jüdisch-Sein. Sei es durch Namenwechsel oder/und Zusammenschlüsse wie „Wir für uns“ als Vorläufer des „Jüdischen Kulturvereins“ oder/und Konversionen zum religiösen Judentum. Dies geschah teils noch in der DDR selbst, teils nach ihrem Untergang. Hatten einst die Eltern oder Großeltern der Personen, die sich in „Wir für uns“ oder dem „jüdischen Kulturverein“ engagierten, mit dem Kapitalismus und dem Judentum ihrer Herkunftsfamilien gebrochen, so entdeckte ein Teil ihrer Nachfahren für sich das Jüdische neu. Sie empfanden einen Mangel, eine Leerstelle, die sie mit der Ausbildung einer säkularen jüdischen Identität füllten.<sup>85</sup> Die Ausbildung einer säkularen jüdischen Identität war mit einer mehr oder weniger starken Distanzierung von der Jüdischen Gemeinde sowie partiell vom Staatssozialismus verbunden, allerdings nicht zwingend mit einer Absage an die sozialistische Idee. Insofern steht die Idee eines „freien und bewusst gelebten säkularen Judentums“ (Trilse) für eine doppelte Revolte ihrer Träger. Zum einen gegen das, wofür ihre Elterngeneration stand und ihnen vorlebte und zum anderen für ein Unbehagen an der staatssozialistischen Gesellschaft und ihrer Kultur.

*Namenswechsel.* Der als Christoph Trilse (1932-2017) geborene Philosoph, Theaterwissenschaftler und Publizist nannte sich ab Ende der 1970er Jahre nach antisemitischen Vorfällen Jochanan Trilse-Finkelstein. Auch seine Mutter Esther Trilse nahm wieder ihren jüdischen Geburtsnamen Finkelstein an. Aus Hans Noll, der indes wie seine Ehefrau Sabine Kahane-Noll, geb. Klemke nicht zu den Nachfahren von Remigranten gehörte, wurde später *Chaim Noll*, aus Sabine Kahane-Noll *Binah Kahana*.

*Zusammenschlüsse.* Ostberliner Intellektuelle gründeten 1986 den Kreis »Wir für uns – Juden für Juden«. In *Antisemitismus in der DDR und die Folgen* geht Lara Dämmig darauf ein. Aus »Wir für uns – Juden für Juden« ging später (1989/1990) der „Jüdische Kulturverein Berlin“ hervor.

Zu den maßgeblichen Initiatoren gehörte in beiden Fällen die Ökonomin, Soziologin und Autorin Irene Runge (1942 geboren in New York, lebte ab 1949 in der DDR, seit 1977 Mitglied der Jüdischen Gemeinde in Ostberlin). Runge meinte, dass das Leben der Jüdischen Gemeinde verlaufe ohne Höhepunkte. Sie hielt Einmischung für eine „jüdische Pflicht“ sowohl in der Gemeinde und von der Gemeinde in der Gesellschaft, zumal in Zeiten von Glasnost und Perestroika. Runge brachte die Idee für die Gründung von „Wir für uns“ von einer Reise in ihre Geburtsstadt New York im Jahre 1984 mit. „Wenn dir deine Synagoge nicht gefällt, lerne ich dort, gründe eine andere, prüfe die Inhalte, finde neue Formen, verändere

<sup>84</sup> Vgl. Andres Weigelt: „Der zionistische Agent Julius Mayer und seine Auftraggeber...“ Julius Mayer (1909-1979), in: Andreas Weigelt; Hermann Simon (Hg.): Zwischen Bleiben und Gehen. Juden in Ostdeutschland 1945-1956. Zehn Biographien, Verlag Edition Berlin 2008:126.

<sup>85</sup> Vgl. Wolfgang Herzberg: Workshop zur Geschichte der Juden in der DDR 1./2.11.2016, Redebeitrag.

durch dich dein jüdisches Kultur- und Gotteshaus. Besonders gut gefiel mir `Turn Friday night into Shabbes`.“<sup>86</sup>

Für die Diskussion der Ideen Runge fand sich im Vorstand der Kultusgemeinde keine Mehrheit, kein Interesse. Doch immerhin unterstützte der Gemeindevorsitzende Kirchner die Idee – trotz mancher Bedenken – zu einem Treffen. Auch Klaus Gysi half. Im Juni 1986 trafen sich erstmals 70 jüdische Nicht-Gemeindemitglieder. Unter ihnen fehlten die Elterngeneration, also die eigentlichen Remigranten, „denn unsere jüdische `Wurzelsuche` war kein Thema für sie.“<sup>87</sup> Oft kamen zu den Vorträgen bis zu 100 Personen. Manchen Mitgliedern der Kultusgemeinde waren die (meist jüngeren) Neuen aus sozialistisch-jüdischen Familien „unheimlich“ (Runge). „Wir für uns“ war ein Zusammenschluss bei der Jüdischen Gemeinde, der anders als die Jüdische Gemeinde, alles aufnahm, was sich jüdisch fühlte oder z.B. auch „nur“ väterlicherseits jüdisch war. Die meisten der Mitglieder waren konfessionsfrei, betrachteten Judentum eher als kulturelles Phänomen oder als Schicksalsgemeinschaft. Man unterhielt sich über Identität, den Nahostkonflikt, über biblische und weitere jüdische Geschichte, verständigte sich über Reinheits- und Speiseregeln. Die Mitglieder von „Wir für uns“ wie des „Jüdischen Kulturvereins“ verband mehrheitlich die Intention eines freien und bewusst gelebten säkularem Judentums.<sup>88</sup> Am Ende der DDR gab es in Ostberlin mehr Leute, die sich zu „Wir für uns“ hingezogen fühlten als Mitglieder der Kultusgemeinde. Doch operierten die Berliner Jüdische Gemeinde und „Wir für uns“ vielfach gemeinsam bei Aktionen, Initiativen, im Gedenken. Im Dezember 1989 wurde der Aufruf zur Gründung eines Jüdischen Kulturvereins (JKV) veröffentlicht. Er war von Vincent von Wroblewski, Cornelia Dieckmann, Herbert Hemke, Kathrin Weiler und Irene Runge unterzeichnet. Der JKV wurde im Januar 1990 gegründet. 1990 hatte der JKV 200 Mitglieder und 70 Förderer. Neben den Mitgliedern von „Wir für uns“ engagierten sich im JKV nun auch in Größenordnungen Angehörige der Elterngeneration: „Mit dem... Ende der DDR war das Lebenswerk vieler jüdischer Genossen aus den Angeln geraten..., doch der Jüdische Kulturverein versprach Sachdebatten und Streitgespräche... Wir jüngeren wurden überrollt. Wir kannten nur die politischen Zwänge. Jetzt hörten wir, was die Altvorderen über religiöse Riten, jüdische Geschichte, Philosophie, Kultur wussten, von Erlebnissen in zionistischen oder jüdisch-sozialistischen Jugendverbänden, Talmud-Tora-Schulen, in Palästina und Israel. Einst meinten die inzwischen Altgewordenen, das Judentum verlassen zu haben, nun waren sie die Letzten, die es kannten und erzählen konnten, wie es vor 1933 war, jüdisch zu sein, danach, bis 1945 und weiter. Wir fragten und sie lehrten uns, die künftige Vergangenheit ernst zu nehmen.“<sup>89</sup>

Die Hinwendung der Elterngeneration zum JKV hatte Konsequenzen für die demographische Struktur des Vereins. Dem Verein, so lässt sich der Broschüre entnehmen, vereinte Mitglieder (ohne Jugendgruppe) der Geburtsjahrgänge 1909 bis 1973.

Nicht voll im Blick der Gründerväter und -mütter waren die mit der Vereinsgründung veränderte Rechtsstellung gegenüber der Jüdischen Gemeinde und ihre Folgen. Wenn man einmal davon absieht, dass die Vereinigung der Ost- und Westberliner Jüdischen Gemeinde im Kleinen ähnlich verlief<sup>90</sup> wie der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes im Großen, so wurden mit der Gründung des Jüdischen Kulturvereins die Verbindungen mehr oder weniger gekappt.

<sup>86</sup> Irene Runge: Wunder und Zufälle: Jüdisches Leben in Deutschland bleibt ein Dauerthema, in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009:11.

<sup>87</sup> Irene Runge: Wunder und Zufälle..., in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009:12.

<sup>88</sup> Vgl. Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009.

<sup>89</sup> Irene Runge: Wunder und Zufälle..., in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009:14.

<sup>90</sup> Peter Kirchner verbrachte seinen letzten Arbeitsjahre (1992–1998) als Gutachter bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.

Während „Wir für uns“ noch bei der Ostberliner Jüdischen Gemeinde unterkam, beide gemeinsam agierten, betrachtete die vereinigte Berliner Jüdische Gemeinde die Nachfolgeorganisation, den „Jüdischen Kulturverein Berlin e.V.“, eher als Konkurrenzunternehmen, schenkte ihm wenig Beachtung, ging zu ihm auf Distanz.

#### *Facetten säkularer jüdischer Identität<sup>91</sup>*

„Der Jüdische Kulturverein Berlin e.V. (JKV) hat von 1990 bis 2009 Juden sowie Menschen, die aus jüdischen Familien stammen, mit der Kultur, Religion und Geschichte der Juden in Deutschland vertraut gemacht. Er hat dabei oft verdrängte Erinnerungen geweckt. Er vermittelte einen Zugang und Handlungsoptionen zum aktuellen Geschehen und zur internationalen Vernetzung. Durch gesellschaftliches und politisches Engagement hatte der Verein eine breite Wirkung.“<sup>92</sup> Der Verein entfaltete eine unglaubliche und unüberhörbare Aktivität - sei es über Veranstaltungen, geselliges Beisammensein, sein „Organ“ die *Jüdische Korrespondenz*, sei es über die tätige Integrationshilfe für jüdisch-stämmige Einwanderer aus dem postsowjetischen Raum, politische Stellungnahmen, Interessenartikulation, innerjüdische Dialoge.<sup>93</sup> Auf Initiative des JKV beschloss der Zentrale Runde Tisch auf Antrag der *Initiative für Menschenrechte* am 12.01. 1990 an die Regierung der DDR heranzutreten, sowjetische Juden in der DDR aufzunehmen. So geschah es denn auch.

Der JKV bewies, wie Micha Brumlik es ausdrückte, dass es „... ein erfülltes jüdisches Leben auch jenseits der Gemeinde geben kann“ und er hat „...damit vielen, die mit dieser Institution gefremdelt haben, den Weg zum jüdischen Leben in Berlin gewiesen und gebahnt.“<sup>94</sup> Klar wurde den Beteiligten aber auch, dass ein säkulares Judentum ganz ohne Religion nicht zu haben ist: Die religiösen Bräuche und Überlieferungen seien für Juden auch Geschichte und gesellschaftliche Identität. Daher bedeute die Einhaltung mancher religiöser Regeln und Bräuche nicht blinde Gläubigkeit, sondern sei als Ausdruck historischer Selbstbewahrung zu fassen.<sup>95</sup> (So kam es ab 1988 zu einer Allianz zwischen „Wir für uns“ und dann dem JKV mit den Lubawitscher Chassidim, einer speziellen orthodoxen Richtung. Die Lubawitscher halfen den säkularen Mitgliedern des JKV beim Erlernen des jüdischen ABC, unterstützten sie in ihrem Bemühen, den jüdischen (religiösen) Kalender mit seinen Feiern und Festen mit der weltlichen Agenda zu verbinden. Die Lubawitscher wiederum konnten zugleich Existenzformen des Jüdischen kennenlernen, von denen sie bestenfalls mal gehört hatten und zugleich ihrem Slogan folgen „No Jew will be left behind“.

Wie „Wir für uns“ hielt auch der JKV an dem Grundsatz fest, dass die Nachfahren jüdischer Mütter wie Väter gleichberechtigt und gleich wichtig für die „jüdische Selbstbestimmung“ sind. Beim von Orthodoxen geleiteten Gottesdienst galt wiederum indes die Halacha, was manche Mitglieder des JKV nicht akzeptieren wollten.

Der JKV trat für Anerkennung und Förderung des innerjüdischen Pluralismus in Deutschland ein. Etablierte Institutionen wie der Zentralrat und jüdische Kulturgemeinden taten sich damit schwer.

<sup>91</sup> Wenn hier von säkularer jüdischer Identität die Rede ist, so geht es um Beschreibungen genealogischer Zusammenhänge von Identitätsformen in ihrem Verhältnis zur jüdischen (religiösen) Tradition. Authentisch zu beschreiben und zu definieren, was säkulare jüdische Identität ist, obliegt ihren Trägern und kann dem Autor dieser kritischen Revue nicht abverlangt werden.

<sup>92</sup> Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCdischer\\_Kulturverein\\_Berlin](https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCdischer_Kulturverein_Berlin) [08.02.20117].

<sup>93</sup> Vgl. Chronologie, in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009: 101-144.

<sup>94</sup> Micha Brumlik: Vorbemerkung, in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009:5.

<sup>95</sup> Vgl. Ralf Bachmann: Blick zurück auf 16 Jahre „Jüdische Korrespondenz“, in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009: 49.

Bestandteil des Engagements von Mitgliedern des JKV waren Stellungnahmen gegen Rassismus und Völkerverhetzung, Antisemitismus und Ausländerhass sowie zum Nahostkonflikt.<sup>96</sup> Wenn ich es richtig sehe, gab es aber unter den Mitgliedern des JKV in ihrer Haltung zur israelischen Politik unterschiedliche Positionen.

Aus dem Jüdischen Kulturverein gingen 1990 die erste private „Friedländer-Sprach-Schule“ (Deutsch für Ausländer) und im Jahr 2000 die Einrichtung des Kulturamtes Berlin-Mitte „Goffenberg. Klezmer, Tanzmusik, Gesang“ hervor.

#### *Über die Wahrnehmung des JKV von außen*

Der JKV stand bei seiner Gründung unter dem Generalverdacht, die „jüdische Abteilung der SED-PDS“ zu sein und von ihr finanziert zu werden. Beides traf nicht zu. Die PDS interessierte sich strategisch vielmehr für das jüdische Establishment. In der Sprache der Zeit galt der JKV als Verein „alter Seilschaften“. Ferner spielte die einstige Stasi-Mitarbeiterin Irene Runge, die sie 1980 beendete, eine Rolle.<sup>97</sup> Der Zentralrat der Juden und die Jüdische Gemeinde zu Berlin gingen vor allem in den ersten Jahren auf Distanz. So verweigerte der Senat von Berlin dem Verein jegliche Unterstützung angesichts massiver Einwände des damaligen Vorsitzenden Heinz Galinski. Erst mit dem Amtsantritt von Lala Süsskind und Gideon Joffe änderte sich das.<sup>98</sup> Runge fragt: „Was hat uns getrieben so viele Jahre aktiv zu sein? Die gewollte Marginalisierung der Eliten der DDR, auch die Dauerarbeitslosigkeit führte zu Depressionen und ungeahnten Aktivitäten.“<sup>99</sup>

Auf der anderen Seite erfuhr der JKV auch immer wieder Unterstützung durch verschiedene Akteure und Institutionen des In- und Auslands. Irene Runge spricht von Wundern. Doch war der Verein von seiner Gründung bis zu seiner Auflösung (2009) ohne Grundfinanzierung, auf Selbstausschöpfung der Aktivistinnen und Projektarbeit angewiesen, deren Konditionen sich fortlaufend verschlechterten - bei konstantem Aufwand für die so genannte Antragsarbeit und die Projektabrechnung. Ab 2006 wurden daher keine Anträge mehr gestellt.

Vorstandsmitglied Andreas Poetke hält fest: „Wir waren gern gesehene Gesprächspartner, nicht nur bei der PDS/Linken, aber in den eingefahrenen Verwaltungsrichtlinien fanden auch sie offenbar keine Lücken, die uns genutzt hätten. Weil die Jüdische Gemeinde durch Staatsvertrag finanziert wird, gab und gibt es für die Politik bisher keine Veranlassung, über andere jüdische Einrichtungen nachzudenken. Das Judentum gilt nur als Religionsgemeinschaft. Der Erfolg unseres Vereins nahm manchen das schlechte Gewissen, die fürchteten, wir könnten ohne Förderung untergehen, und verstimmte zugleich jene, die sich keine weitere jüdische, vor allem keine linkssäkulare jüdische Einrichtung im neuen Berlin wünschten.“<sup>100</sup>

<sup>96</sup> Exemplarisch: Bundesregierung soll "endlich eine aktive Rolle zur friedlichen Lösung des Nahostkonflikts" einnehmen. Im Wortlaut: Schalom 5767 (Berliner Erklärung 2006), siehe:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Jochanan\\_Trilise-Finkelstein\[08.02.2018\]](https://de.wikipedia.org/wiki/Jochanan_Trilise-Finkelstein[08.02.2018])

<sup>97</sup> Vgl. Irene Runge: Wunder und Zufälle..., in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009: 21; 22.

<sup>98</sup> Vgl. Irene Runge: Wunder und Zufälle..., in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009: 20.

<sup>99</sup> Irene Runge: Wunder und Zufälle..., in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009: 21.

<sup>100</sup> Andreas Poetke: Wir sind registriert und ein ungewöhnlicher Arbeitgeber, in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009:39.

Kommunalpolitikerin Christiane Hoff bemerkt, dass sie auf die Veranstaltungshinweise des Vereins gestoßen sei, sie aber nicht besucht habe, auch wenn sie sie interessant fand. „Und zwar deshalb nicht, weil ich mir nicht sicher war, ob ich dort eigentlich so einfach hätte hingehen können.“<sup>101</sup>

Im Oktober 2009 hatte der JKV noch 105 Mitglieder (davon 82% über 60 Jahre alt) und 23 fördernde Freunde. 2009 beschlossen die Mitglieder die Auflösung des Vereins. Starb mit der Organisation auch die Intention eines freien und bewusst gelebten säkularem Judentums?

*Warum löste sich der JKV auf? Ist das tragende „sozialistisch-jüdische Milieu“ am Ende?*

In der Bilanzbroschüre des JKV finden sich verschiedene Erklärungen für die Selbstauflösung – demographische, in den Förderkulissen liegende sowie im Verweis auf eine Erosion des tragenden Milieus. Ferner werden Funktionsverluste umrissen, Tücken der Nachwuchsarbeit skizziert und tatsächlich oder auch nur vermeintlich ausbleibende Umsteuerungen diskutiert.

Der Verein war äußerst aktiv. Großes leistete er nicht zuletzt bei der Integration von Zuwanderern aus dem postsowjetischen Raum. Ein Teil der Veranstaltungen fand auf Russisch statt. Die Jüdische Korrespondenz gab es auch in einer russischen Version. Die Vereinsarbeit ruhte auf zwei Säulen – der Selbstausbeutung der Aktivisten und auf zeitlich befristeten geförderten Projekten. Die Förderkulissen waren indes so ausgelegt, dass die Aktivisten des Vereins selbst nicht aus den bewilligten Projekten finanziert werden konnten. Daher waren die jüngeren, im Erwerbsalter stehenden abgewickelten aktiven Vereinsmitglieder gezwungen, sich umzutun, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen und fielen dann oft im Erfolgsfalle für den Verein aus. Die Zahl der Vereinsmitglieder nahm zwischen 1990 und 2009 – in Abhängigkeit von ihrem Geburtsjahr – stetig ab, die Verbliebenen wurden älter, so fehlte es im JKV von Jahr zu Jahr an Aktivisten. Das hatte auch finanzielle Konsequenzen. Zudem bewirkte die Kürzung der Haushaltsmittel im Land Berlin, dass die ausgeschriebenen Projekte immer dürftiger ausgestattet waren. Daher mussten Abstriche vom Programm gemacht werden, etwa die Einstellung der „Jüdischen Korrespondenz“ mit Nr. 165 (2006). Auch die Tradition des „Oneg Schabbat“ (siehe auch „Unsere liebsten Rezepte“ S. 149-160) ließ sich wegen der Küchensituation der eigenen Räumlichkeiten oder der Ausweichquartiere (Salon Rohnstock) nicht mehr fortsetzen. Irene Runge formulierte es so: „Auch die jüdischen Milieus vergehen.“<sup>102</sup>

Mitglieder aus Kreisen der Zuwanderer setzen etwas andere Akzente, um das Ende des JKV zu erklären. So schrieb einer der Zuwanderer: „Wir sind keine Deutschen, aber Russen sind wir auch nicht.“ Boris Rosenthal, zugewandeter Musiker aus Lwow, sieht die Ursachen für das Ende des JKV im realisierten Konzept der Gründer, in sich nicht voll deckenden Bedürfnissen von einheimischen und zugewanderten Mitgliedern und in der fehlenden Nachwuchsarbeit. Rosenthal selbst hatte die Vision, den jüdischen Kulturverein in ein großes Kulturzentrum zu verwandeln. Da zogen die anderen nicht mit. „Viele Mitglieder waren zu jener Zeit noch immer mit der Aufarbeitung der DDR- und der eigenen jüdischen Geschichte beschäftigt, liebten politische Diskussionen in kleinen Runden und Vorträge mit anschließender Debatte. Ihren kulturellen Vorlieben gingen sie als Theater-, Opern- und Buchliebhaber meist außerhalb des Vereins nach. Ein großes Kulturhaus war daher nicht in ihrem Interesse.“<sup>103</sup> Vor allem der Vorstand habe energisch versucht, die Neueinwanderer zu aktivieren. Die aber, so Rosenthal, fühlten sich nicht gleichberechtigt. Es war zudem nicht so, dass man [seitens der Zuwanderer – FTK] diesem Kulturverein etwas geben wollte, sondern man wollte irgendwie Fuß fassen. Da war der Verein Anlaufstelle. Ferner

<sup>101</sup> Christiane Hoff: Der JKV aus der Sicht einer Kommunalpolitikerin, in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009: 86.

<sup>102</sup> Irene Runge: Wunder und Zufälle..., in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009:28.

<sup>103</sup> Boris Rosenthal: So ist der Lauf der Dinge, in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009:69.

meint Rosenthal, der Verein habe sich von Anfang an keinen Nachwuchs geschaffen. Letzteres trifft indes so nicht zu, gab es doch die „Junge Gruppe“<sup>104</sup>, die vor allem, aber nicht nur aus Zuwandererkindern bestand.

Doch dieser Nachwuchs war zum einen von einem bestimmten Alter an voll mit Ausbildungsgängen und damit beschäftigt, sich in das Erwerbsleben einzufädeln. Zum andern hatte die Arbeit des links-säkularen Jüdischen Kulturvereins partiell ungeahnte, möglicherweise nicht intendierte Effekte: der potentielle Nachwuchs des JKV trat aus dem säkularen Judentum heraus und entschied sich für das religiöse Judentum, mithin für ein jüdisches Leben in der Kultusgemeinde. „Unser Verein hat auch jüngeren Leuten, die sich neu mit ihrem Judentum identifizierten, die Möglichkeit gegeben, ins Jüdische zurückzukehren. Es bildet sich die Junge Gruppe... Manche von ihnen sind fromm geworden, einige miteinander verheiratet.“<sup>105</sup>

Alles in Allem, scheint mit der Auflösung des JKV nur eine konkrete Existenzform des tragenden Milieus am Ende zu sein.

Zu beachten sind auch Übergänge aus der Konfessionslosigkeit in das religiöse Judentum aus dem Kreis der Nachfahren von sozialistischen Remigranten mit jüdischen Wurzeln. Für solche Übergänge mögen hier exemplarisch Barbara Honigmann<sup>106</sup> und André Herzberg<sup>107</sup> stehen.

#### Einstige christliche „Volljuden“, „Mischlinge“ und ihre Nachfahren

Über die Art und Weise, wie sich die einst von den Nazis als „Mischlinge“ drangsalierten Personen und ihre Nachfahren auf ihre teiljüdische Abkunft bezogen und in der NS-Zeit und danach verhielten, liegen einige Befunde vor. Zu den wichtigsten gehört die Erkundung von James F. Tent: *Im Schatten des Holocaust. Schicksale deutsch-jüdischer Mischlinge im Dritten Reich*, Böhlau Weimar Köln Wien 2007.

#### *Rückblick auf die Denk- und Verhaltensformen in der NS-Zeit in Anlehnung an Tent*

Die meisten „Mischlinge“ kamen aus nichtreligiösen Familien, waren aber evangelisch oder katholisch getauft. Das traf auf über 90% der Mischlinge zu. Ferner durchlebten sie die NS-Zeit im Kindheits- und Jugendalter bzw. als junge Erwachsene. Sie saßen in der Nazi-Zeit „zwischen allen Stühlen“; verfügten über „kein Gruppenbewusstsein“, schon weil zu wenige Personen unter diese Kategorie fielen. Sie lebten in der NS-Zeit als „isolierte Außenseiter“. Die Gefahren und Kränkungen hatten zur Folge, dass fast alle Mischlinge sich „zumindest mental aus der Gesellschaft zurückzogen“. In ihrem Streben nach Anonymität zogen sie immer weniger Personen ins Vertrauen, errichteten stattdessen, gleichsam in Notwehr, Mauern zwischen sich und den anderen. „Es war dies eine Überlebensstrategie, die den meisten – aber nicht allen – half, bis Mai 1945 zu `überwintern`. Es war jedoch eine Strategie, die einen hohen emotionalen Tribut forderte. Deutsche, denen Hitlers Deutschland die Rolle von Mischlingen zuwies, sollten unter den Aus- und Nachwirkungen ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung für den Rest ihres Lebens leiden.“<sup>108</sup> Bei den so genannten Mischlingen verband sich in der NS-Zeit eine weitgehende Unkenntnis jüdischer Realien mit Berührungängsten gegenüber Jüdischem.

<sup>104</sup> Vgl. Igor Chalmiev: Neue Heimatinsel Berlin, in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009:62.

<sup>105</sup> Igor Chalmiev: Neue Heimatinsel Berlin, in: Ralf Bachmann, Irene Runge (Hrsg.): *WIR – Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V. 1989–2009*. Wellhöfer, Mannheim 2009:62.

<sup>106</sup> Vgl. Barbara Honigmann: *Ein Kapitel aus meinem Leben*, Hanser München Wien 2004.

<sup>107</sup> Vgl. André Herzberg: *Alle Nähe fern*. Roman, Ullstein Berlin 2015.

<sup>108</sup> James F. Tent: *Im Schatten des Holocaust. Schicksale deutsch-jüdischer Mischlinge im Dritten Reich*, Böhlau Weimar Köln Wien 2007: 190 f.

### *Verhaltensrepertoire nach 1945*

Die einstigen Mischlinge votierten nach 1945 mehrheitlich für ein Leben in Deutschland. Dadurch aber wurden sie schnell zu einer „unsichtbaren Gruppe, d. h. sie gerieten nach 1945 weitgehend in Vergessenheit.“ Ihre Schicksale lagen lange Zeit im Schatten der Schicksale der Juden bzw. der jeweils in den beiden deutschen Staaten thematisierten und favorisierten Träger des Widerstandes und wurden wissenschaftlich verspätet und schwächer thematisiert. Die Mischlinge hatten und haben keine eigene Lobby oder Interessenorganisationen. Antisemitische Einstellungen bestanden nach 1945 unter der Oberfläche weiter. Zudem wussten die Mischlinge und wurden von Freunden und Bekannten darauf aufmerksam gemacht, dass sie nicht dieselbe schwere Verfolgung erlitten hatten wie die „Volljuden“.<sup>109</sup>

Die zentrale Strategie nach 1945, so Tent: Beschweigen des eigenen Schicksals in der NS-Zeit im Interesse der Integration in die deutsche Gesellschaft. Dieses Beschweigen betraf indes nicht die eigene Familie und es gibt in dieser Hinsicht bemerkenswerte Schattierungen.

Sie fürchteten nichts so sehr wie die gesellschaftliche Ausgrenzung. Unter dem NS-Regime war es Teil ihrer Überlebensstrategie gewesen, so unauffällig und unsichtbar wie möglich zu leben. Nachdem sie den Krieg überlebt hatten, entschieden sie sich bewusst oder unbewusst, diese bewährte Überlebensstrategie auch in Zukunft anzuwenden. Aus dieser Haltung heraus verzichteten viele auf Wiedergutmachungsansprüche im Westen. Mit einem solchen Antrag hätten sie nur unerwünschte Aufmerksamkeit auf sich gelenkt [ein funktionales Äquivalent für Wiedergutmachungsansprüche im Osten war die Anerkennung als ODF bzw. VdN]. „Auch hatten sie keinerlei Neigung, sich öffentlich über ihre Erlebnisse zu äußern. Sie hätten damit ja ebenfalls öffentliche Aufmerksamkeit erregt und ihren Status als ehemalige Parias der Gesellschaft offenbart. Es existieren demgemäß bemerkenswert wenige Memoiren oder Erlebnisberichte überlebender Mischlinge.“<sup>110</sup>

Die „Mischlinge“ und ihre Nachfahren bildeten ebenso wenig wie die „sozialistischen Re-Migranten“ in der DDR eine Gruppe mit je eigener Organisations- und Konfliktfähigkeit. Während unter Re-Migranten mit jüdischen Wurzeln eine der grundlegenden Gemeinsamkeiten das Bekenntnis zu freilich verschiedenen Spielarten der sozialistischen Idee war, waren die politischen und sozialen Orientierungen der „Mischlinge“ und ihre Haltung zum DDR-Sozialismus weit buntscheckiger (von ganz links bis weit rechts im DDR-Kontext). Zwar gab es auch unter den einst als jüdische Mischlinge bezeichneten Personen Prominente und VIP`s, doch in geringerer Dichte als unter den sozialistischen Re-Migranten. Und diese machten als Individuen „weniger Welle“ als jene. In den Fällen, wo Angehörige der einst als Mischlinge bezeichneten Personen ähnlich wie sozialistische Re-Migranten aus der Anonymität heraustraten und die Öffentlichkeit suchten, wie etwa die Schauspielerin und politische Aktivistin Käthe Reichel, vermieden sie in ihren Memoiren wie in ihrem öffentlichen Agieren jeden Bezug auf ihr Schicksal in der NS-Zeit.

Für die so genannten Mischlinge (und ihre Nachfahren) hatte – bis auf wenige noch zu nennende Ausnahmen – der Zionismus weder vor noch nach 1945 Strahlkraft. Israel als Staat, Gesellschaft und Nation war nie so etwas für sie wie ein Sehnsuchtsort. Es gab und gibt bei ihnen auch mehrheitlich keine bedingungslose Solidarität mit der Politik und Praxis des israelischen Staates.

---

<sup>109</sup> Vgl. James F. Tent: Im Schatten des Holocaust. Schicksale deutsch-jüdischer Mischlinge im Dritten Reich, Böhlau Weimar Köln Wien 2007: 42;43;44.

<sup>110</sup> James F. Tent: Im Schatten des Holocaust. Schicksale deutsch-jüdischer Mischlinge im Dritten Reich, Böhlau Weimar Köln Wien 2007: 44.

### *Abbau von Berührungängsten und Annahme der jüdischen Wurzeln*

Was die Beziehung zu Jüdischem betrifft, so lassen sich für die einst als Mischlinge klassifizierten Personen und ihre Nachfahren folgende Trends im Horizont der DDR-Gesellschaft und der Nachgeschichte der DDR erkennen:

Erstens: Bei denen, die in der NS-Zeit selbst als Mischlinge stigmatisiert und diskriminiert wurden, trat im Verlaufe der DDR-Geschichte ein Abbau der Berührungängste gegenüber Jüdischem ein. Sie haben zudem in der Familie die eigene jüdische Abkunft an die nachfolgende Generation tradiert.

Zweitens: Auch einstige Mischlinge und ihre Nachfahren gehörten zu den Produzenten, Bearbeitern und Rezipienten jüdischer Themen in der DDR.

Drittens: Vor allem die Nachfahren der als „Mischlinge“ in der NS-Zeit diskriminierten Personen haben eine ungleich größere Empathie, auch ein entschieden größeres Interesse *an* wie auch mehr Kenntnisse *über* Komponenten jüdischer Religion, Geschichte und Kultur *als ihre Eltern und Großeltern* ausgebildet. Deren Berührungängste im Hinblick auf jüdische Lebenswelten haben sie überwunden. Sie nehmen ihre jüdischen Wurzeln an, aber sie erscheinen ihnen nicht als zentrale Achse, sondern nur als eine unter mehreren Facetten ihrer individuellen Identität.

Viertens: ein quantitativ kleiner Teil der einst als „Mischlinge“ in der NS-Zeit verfolgten Personen selbst (exemplarisch Peter Kirchner) wie auch ihrer Nachfahren entschied sich für das Jüdischsein in religiösen oder säkularen Formen.

### *Konversionen zum Judentum aus dem Kreis der Nachfahren der einstigen „Mischlinge“*

Während die überwältigende Mehrheit der so genannten Mischlinge und ihrer Nahfahren die Entscheidung ihrer Vorfahren, mit dem Judentum zu brechen, akzeptiert und nicht revidiert hat, also christlich blieb oder konfessionslos wurde, kam es unter Nachfahren vereinzelt zu Konversionen zum Judentum. Für solche Konversionen mag exemplarisch der als Hans Noll in der DDR geborene deutsch-israelische Autor Chaim Noll stehen.<sup>111</sup> Bei Hans alias Chaim Noll verband sich die Hinwendung zum Judentum mit einer entschiedenen Absage an die DDR wie die sozialistische Idee schlechthin und einer Distanzierung vom Vater.

Hatte sich Chaim Noll allen Prozeduren einer Konversion zum Judentum erfolgreich gestellt, berichtet Shlomo Sand von einem anderen Fall mit DDR-Bezug: „Der jüdische Staat macht sich alle Mühe, seine rechtmäßigen Eigentümer, genannt Juden, nach Recht und Gesetz in den Personalausweisen als solche zu kennzeichnen beziehungsweise im Bevölkerungsregister zu erfassen. Das kann zuweilen absurde Blüten treiben, so im Falle von israelischen Staatsbürgern, die vor 1989 in Leipzig als Kinder einer nichtjüdischen Mutter geboren wurden und deren Nationalität bis heute als „ostdeutsch“ registriert wird.“<sup>112</sup>

### *Nicht-Juden und Jüdisches*

Das Interesse gilt hier Verschiedene Formen der Beziehung/Hinwendung zu Jüdischem von konfessionslosen und christlichen Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft der DDR ohne genealogischen oder zugeschriebenen jüdischen Background. Hierbei handelt es sich um ein weites Feld. Es sollen nur einige Aspekte in den Blick gerückt werden.

<sup>111</sup> Vgl. Chaim Noll: Der Schmuggel über die Zeitgrenze. Erinnerungen, Verbrecher Verlag Berlin 2015.

<sup>112</sup> Shlomo Sand: Die Erfindung des jüdischen Volkes. Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand, List-Verlag Berlin 2011:447.

### Antisemitismus

Getzel Taube alias Eugen Gollomb schätzte Ende der 1980er Jahre ein: „Natürlich leben hier in der DDR genügend Antisemiten in sämtlichen Schichten der Bevölkerung. Aber das ist für mich kein Antisemitismus, weil er nicht von oben gesteuert ist.“<sup>113</sup>

Die Jugendforschung der DDR erhielt nach den Ereignissen um die Ostberliner Zionskirche (17.10.1987) die Erlaubnis für Untersuchungen in der Skinhead-Szene. „Die Skin-Jugend“ (ca. 2% Bekenner in DDR-Durchschnitt, rund 6% Bekenner in Ostberlin und Leipzig von 3000 befragten Jugendlichen) „belebte den Antisemitismus und setzte besondere Akzente in der Ausländerfeindlichkeit. In unserem Land gab es offen und verdeckt seit Jahrzehnten Erscheinungsformen des Antisemitismus... Die Skin-Jugend brachte das Phänomen wieder in die Öffentlichkeit...“ Die Skins machten offenbar, „was in der Latenz der Gesellschaft existierte. Auch Ausländerfeindlichkeit existierte durchaus bis 1989; die Skins griffen sie auf und brachten sie gewissermaßen auf den Punkt.“ Die Jugendforscher betonten, dass die Ausländerfeindlichkeit einen Verbreitungsgrad hatte, „... der weit über die Skinhead-Szene hinausging...“<sup>114</sup>

Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Nationalismus verdichten sich oft zu einem Syndrom, so auch in der DDR.<sup>115</sup> Ferner lässt sich erkennen, dass die Empfindlichkeit für und Wahrnehmung von Fehlentwicklungen dieser Art sozial ungleich verteilt ist. Als Faustformel drängt sich mir auf: die einstigen „Mischlinge“ und ihre Nachfahren haben ein waches Gefühl für Antisemitismus. Ihre Antennen für Antisemitismus waren und sind mit größerer Sensibilität ausgestattet als die der übrigen ostdeutschen Bevölkerung, aber weit grobmaschiger als bei Personen mit einer säkularen oder religiös grundierten jüdischen Identität bzw. als bei Personen mit philosemitischen Haltungen.

### Philosemitismus

Für manche jüdische Deutsche sind Philosemiten „...schlimmer als Antisemiten“<sup>116</sup>, denn sie fühlen sich „[ü]berrannt von den Deutschen, den philosemitischen, die uns ihre Schuldgefühle nachtragen, die uns ihre Klezmer-Musik aufdrängen und ihre Jiddischen Kulturwochen...“<sup>117</sup> Soweit wie Hanna Rheinz würde ich nicht gehen. Wir können aber festhalten, dass (manche) jüdische Deutsche philosemitisches Verhalten nicht als „normales“ Verhalten ihnen gegenüber quittieren, sondern mit Unbehagen registrieren und darin eine Art Unwucht der Interaktion sehen.

Mit „Philosemitismus“ sind hier unterschiedlich motivierte Haltungen und Praktiken von Nicht-Juden gemeint, für die eine entschiedene Empathie, Aufgeschlossenheit und Neugier auf und Faszination für Jüdisches charakteristisch ist. Philosemitische Haltungen ihrer Träger münden teils Resolutionen, Verkündigungen, Institutionalisierungen, Events (bei den christlichen Großkirchen), teils in Produktionen (in die Bearbeitung jüdischer Themen), teils erweisen sie sich in der Aneignung, Rezeption. Oft waren und sind diese Haltungen gepaart mit intimer Kennerschaft vergangener oder gegenwärtiger jüdischer Lebenswelten.

In der DDR waren eine solche philosemitische Haltung in beiden christlichen Großkirchen (dazu weiter unten) sowie unter anderem bei Freunden der Literatur und Künste, in der Provinz in Gruppen des Kul-

<sup>113</sup> Vgl. Lutz Niethammer: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Rowohlt Berlin 1991:291.

<sup>114</sup> Walter Friedrich; Hartmut Griese (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisierungen und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren, Leske+ Budrich Opladen 1991: 199f.

<sup>115</sup> Vgl. Irene Runge: Ausland DDR. Fremdenhass, Dietz Berlin 1990. Auf den S. 17-34 sind Leserbriefe an die Berliner Zeitung abgedruckt, die tiefe Einblicke in Volkes Seele zulassen.

<sup>116</sup> Hanna Rheinz: Warum wir bleiben, wo wir sind. Aus dem Wörterbuch des neuen alten jüdischen Lebens in Deutschland, in: Kursbuch 141. Das gelobte Land, September 2000, Rowohlt Berlin 2000:121.

<sup>117</sup> Hanna Rheinz: Warum wir bleiben, wo wir sind. Aus dem Wörterbuch des neuen alten jüdischen Lebens in Deutschland, in: Kursbuch 141. Das gelobte Land, September 2000, Rowohlt Berlin 2000:114.

turbundes zu finden. Philosemitismus hatte ein eher weibliches Gesicht. In der Geschichte und Nachgeschichte der DDR repräsentiert für mich mit seinem Leben, Werk und Engagement *unter den Autoren/Produzenten* exemplarisch Konrad Weiß eine Variante der philosemitischen Haltung.

#### *Die christlichen Großkirchen als Träger einer Hinwendung zu Jüdischem*

Nach 1945 waren die beiden christlichen Großkirchen bemüht, das Verhältnis von Kirche und Judentum neu zu bestimmen und die traditionelle christliche Judenfeindschaft zu überwinden. Leitend war die Einsicht, dass der christliche Antijudaismus den modernen Antisemitismus befördert hat. Es ist hier nicht der Ort, alle Stationen und Aktionen nachzuzeichnen, grobe Striche mögen genügen. Durch Beschluss der Synode der Evangelischen Kirche in der Alt-Bundesrepublik und der DDR wurde 1958 die „Aktion Sühnezeichen – Friedensdienste“ gegründet. Sie entsendet Freiwillige in alle Länder, die in der NS-Zeit Opfer deutscher Politik wurden, um dort durch Bauwerke oder Sozialarbeit Sühnezeichen zu errichten. So war beispielsweise Konrad Weiß seit 1964 Mitglied der Aktion Sühnezeichen in der DDR.<sup>118</sup> 1961 hatten sich die Kirchleitungen zum gesamtdeutschen evangelischen Kirchentag gegen eine Fortsetzung der Judenmission in Deutschland ausgesprochen. In der DDR blieb indes die „Mission“ bis 1967 dem Namen nach bestehen. 1968 erfolgte die Umbenennung in „Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum“. Intention der Zusammenarbeit von Christen und Juden war es, den christlichen Antijudaismus zu überwinden, ein „wahres“ Verständnis vom Judentum ohne christliche Brille zu vermitteln. Kerstin Lorenz, der ich diese Informationen verdanke, betont, dass der Dialog zwischen Christen und Juden in der DDR seine eigenen Gesetze und Bedingungen hatte. Dazu gehörten: „eine kirchen- und religionsfeindliche Umwelt“; Asymmetrie infolge der Mitgliederschwäche der jüdischen Gemeinden; der Deutungsanspruch des Staates DDR über die Vergangenheit; größere „Autonomieräume“ der evangelischen Kirche gegenüber dem Staat als der jüdischen Gemeinden; dosierter Zugang zu wissenschaftlicher Literatur zum Judentum und zu Israel; Beschränkung des gegenseitigen Austausches über die DDR hinaus). Nach Lorenz hat der christlich-jüdische Dialog in der DDR, insbesondere in Berlin, Leipzig und Dresden eine kontinuierliche Bildungsarbeit zum Verstehen des Judentums geleistet, andere Informationen über Israel, jüdisches Selbstverständnis und jüdischen Widerstand geboten. Als eine Art Volkshochschulersatz wurden neben Christen und Juden auch viele Atheisten erreicht.<sup>119</sup> An dem christlich-jüdischen Dialog beteiligte sich auch Eugen Gollomb.<sup>120</sup>

Kirchenvertreter haben mehrfach antisemitische Vorfälle beklagt und Einspruch erhoben, so unter anderem Richard Schröder. 1975 widersprachen die evangelischen Bischöfe als einzige in der DDR öffentlich einer UN-Resolution, die den Zionismus als eine Form des Rassismus verurteilte. Diese Resolution hatte die DDR mitunterzeichnet. Die am 18.03.1990 gewählte Volkskammer hat die 1972 erfolgte Unterzeichnung widerrufen.

#### *Partnerschaftsbeziehungen/Heiratskreise*

Es ist an die bereits erwähnte Tatsache zu erinnern, dass in allen besichtigten Aggregatzuständen des Jüdischseins in der DDR die betreffenden Personen mehrheitlich oder in der Regel Ehen mit nicht-jüdischen Partnerinnen und Partnern eingingen. Nur in den seltensten Fällen wird es zu einer Lösung gekommen sein, wie sie Getzel Taube alias Eugen Gollomb mit seiner katholischen Ehepartnerin vereinbarte. Sie schlossen 1947 einen jüdischen Ehevertrag, „...der die Aufgaben der Partner festlegte und

<sup>118</sup> Vgl. Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016:232.

<sup>119</sup> Vgl. Kerstin Lorenz: In „Erinnerungsopposition“ zum antifaschistischen Geschichtsbild – Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaften in der DDR 1970-1990, unter: [https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/uploads/2014-pdf/lorenz\\_reader-2014.pdf](https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/uploads/2014-pdf/lorenz_reader-2014.pdf) (02.04.2017).

<sup>120</sup> Vgl. Lutz Niethammer: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Rowohlt Berlin 1991:293.

jedem sein religiöses Bekenntnis beließ; für Kinder wurde vorgesehen, dass Jungen beschnitten und Mädchen getauft werden sollten...<sup>121</sup>

Ehen zwischen Personen mit jüdischen Wurzeln und nichtjüdischen Partnerinnen oder Partnern haben zumeist ein Neugier- und Erkundungsverhalten im Hinblick auf Jüdisches ausgelöst und stimuliert.

Sodann waren an der *Bearbeitung und Rezeption jüdischer Themen* in der DDR natürlich auch in beträchtlichem Maße Nicht-Juden beteiligt.

#### Konversion von Nicht-Juden zum Judentum

In der Geschichte und Nachgeschichte der DDR sind einige nicht-jüdische DDR-Bürger bzw. ehemalige DDR-Bürger zum Judentum konvertiert. So der berühmte Theater- und Filmschauspieler Fred Düren (1928-2015). Er konvertierte 1988 zum Judentum, verließ die SED und wanderte nach Israel aus, ferner die Malerin Sabine Kahane-Noll. Nach der Ausreise mit ihrem Ehepartner aus der DDR (1984) lebte sie einige Jahre in Westberlin und Rom, seit Mitte der 1990er Jahre in Israel. Schließlich sei der Linken-Politiker Peer Jürgens erwähnt (Jahrgang 1980). Nach dem Abitur leistete er Zivildienst bei der israelitischen Synagogen-Gemeinde „Adass Jisroel“ in Berlin, studierte Politikwissenschaften und Jüdische Studien. Bis 2014 war er Landtagsabgeordneter der Linken in Brandenburg.

In dem Bemühen, die Benz'sche These von der Marginalisierung des Jüdischen in der Geschichte der DDR zu überprüfen, wurde Einiges an theoretischen Verallgemeinerungen und empirischen Befunden zusammengetragen. Ehe indes ein Fazit gezogen werden kann, gilt es noch auf die Bemerkung von Benz einzugehen, wonach Sonderidentitäten in der DDR einem ideologischen Verdikt unterlagen.

#### Über die (Un)Zulässigkeit von Sonderidentitäten in der DDR

Die DDR hatte zweifellos Schwierigkeiten mit Sonderidentitäten. Dennoch war die DDR eine - in politischer, sozialer, kultureller, religiös-konfessioneller, regionaler Hinsicht - differenzierte Gesellschaft, in der beständig Sonderidentitäten praktiziert, inszeniert, erprobt, gelebt wurden. Freilich waren die Spielräume für je konkrete Sonderidentitäten in verschiedenen Etappen der DDR-Geschichte und die Chancen, sie zu leben, unterschiedlich groß. Auch deshalb haben viele DDR-Bürger das Land vor 1961 verlassen oder später die Ausreise beantragt.

Darüber hinaus waren aber bestimmte Sonderidentitäten im Rahmen des Ostblocks wie auch in der DDR von Anfang an höchst *offiziell* vorgesehen und zulässig oder wurden es faktisch im Verlaufe der Geschichte. Schon weil die meisten Gesellschaften des Ostblocks, allen voran die Sowjetunion, eine multiethnische Bevölkerung aufwiesen. Die DDR war zwar von allen Ländern des Ostblocks die in ethnischer Hinsicht homogenste. Doch auch hier lebte die slawische Minderheit der Sorben. In der Nachkriegszeit gab es, gestützt auf entsprechende Bestrebungen unter den Sorben, Begehrlichkeiten von Nachbarländern der SBZ/DDR, sich das sorbische Siedlungsgebiet einzuverleiben. Ferner waren Teile der sorbischen Bevölkerung darauf aus, einen eigenen Staat zu bilden. Durch weitgehendes Entgegenkommen und Zugeständnisse der DDR an die Sorben konnten diese Intentionen abgewehrt werden. Von der ideologischen Anerkennung der sorbischen Sonderidentität in der DDR kündeten Vereinbarungen, Gesetze, Verordnungen und staatliche Förderung. Exemplarisch ist überdies ein erhellendes Grußwort von Hermann Axen auf dem I. Festival der Sorbischen Kultur 1966. „Die Zukunft der Sorben“, so Axen, „ist die gleiche wie die der Deutschen, wie aller Nationen und Nationalitäten.“ Gemeint war der Sozialis-

---

<sup>121</sup> Lutz Niethammer: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Rowohlt Berlin 1991:249.

mus/Kommunismus. Dann aber setzt er hinzu: „Und die Sorben werden solange als Sorben leben, wie sie das selbst wollen.“<sup>122</sup>

Ferner wurde in der DDR den Mitgliedern von Kirchen und Religionsgemeinschaften Sonderidentitäten zugebilligt.<sup>123</sup> Schließlich in bestimmtem Maße auch einigen sozialen und Berufsgruppen. „Irgendwann hatten wir alle einen Pass und konnten in den Westen reisen“, so ein Regisseur, auf die für ihn und seinesgleichen wichtige, wenn auch revidierbare Reisefreiheit anspielend, die keineswegs allen DDR-Bürgern zugestanden wurde.

#### *Axens Diktum galt in der Sache auch für die Juden*

Nun galten Juden in der DDR – anders als Juden in der Sowjetunion – nicht wie die Sorben als eine eigenständige Ethnie. Sie wurden gleichsam als DDR-Deutsche jüdischen Glaubens angesprochen. Dennoch wurde Juden (auf die Kultusgemeinschaften bezogen) zweifellos in der DDR seitens des Staates und der SED eine Sonderidentität zugebilligt und durch Vereinbarungen, beachtliche staatliche Förderung, Arrangements auch faktisch anerkannt.

In der zitierten Stelle aus dem Grußwort von Axen an die Sorben blitzt zudem ein Gedanke auf, der – unabhängig davon, ob der Urheber ihn selbst in Betracht gezogen hat – für unsere auf das Jüdischsein bezogene Fragestellung fundamentale Bedeutung hat. Axen hätte nämlich in anderen Kontexten vor anderem Publikum auch sagen können: Juden werden solange als Juden leben, wie sie das selbst wollen. Wenn auf das Selbst-Wollen (bei staatlicher Förderung) abgehoben wird, dann bedeutet das in der Sache: Das Jüdischsein wird nicht mehr nur und allein in der Abfolge jüdisch sozialisierter Generationen an die nächste Generation wie von selbst weiter gegeben und vererbt; sondern auch (und dies in der Moderne in wachsendem Maße) gleichsam frei gewählt oder unter Umständen ebenso frei verworfen. Juden sind demnach im deutschen Kontext Menschen, die sich entschieden haben oder entscheiden, Juden zu sein. Für einen Teil von ihnen beinhaltet diese Entscheidung, religiöse Vorschriften einzuhalten; andere bevorzugen eher ein säkulares Judentum. Und wieder andere entscheiden sich für die Exit-Option aus dem Judentum.

Die DDR (als Staat, Gesellschaft und System) hat durch ihr Handeln wie ihr Unterlassen Aggregatzustände des Jüdischseins – vermittelt über individuelle Entscheidungen – beeinflusst. Daher halte ich die Einschätzung von Peter Maser, dass „zu den „folgenreichsten Langzeitwirkungen... [der] SED-Diktatur... die „Störung bzw. Zerstörung des jüdischen Identitätsbewusstseins“<sup>124</sup> gehöre, für nicht zutreffend. Die Formierung von Trägern eines „freien und bewusst gelebten säkularen Judentums“ aus dem Kreise der Nachfahren der sozialistisch orientierten Remigranten mit jüdischen Wurzeln ist vielleicht das interessanteste und spezifische DDR-Erbe in dieser Hinsicht.

#### *Resümee zu Existenzformen des Jüdischen in der DDR-Geschichte*

Wenn wir die beigebrachten Befunde über Existenzformen oder über Aggregatzustände des Jüdischseins in der DDR und ihrer Nachgeschichte, in Relation zur Ausgangslage 1945 oder 1949, noch einmal Revue passieren lassen, so zeigt sich mit Blick auf das Gesamtensemble, dass die Benz'sche These von der Marginalisierung des Jüdischen nicht zutrifft. Nur wenn der Fokus auf den Jüdischen Gemeinden liegt,

---

<sup>122</sup> Hermann Axen, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, 1966 auf dem I. Festival der Sorbischen Kultur, zit. nach Jan Šolta: Abriss der Sorbischen Geschichte, Domowina Bautzen 1976: 252.

<sup>123</sup> Vgl. Richard Schröder et al.: Der Versuch einer eigenständigen Standortbestimmung der Evangelischen Kirchen in der DDR am Beispiel der `Kirche im Sozialismus`, in: Materialien der Enquete Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode), Bd. VI.2; Frankfurt am Main 1995: 1164-1231.

<sup>124</sup> Peter Maser: Juden und Jüdische Gemeinden in verschiedenen Phasen der SED-Diktatur, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ Bd. III.3, Suhrkamp Frankfurt am Main 1995: 1597.

deren Mitgliederzahlen im Verlaufe der Geschichte der DDR deutlich schrumpfte, erscheint die Marginalisierungsthese plausibel. Ungeachtet dessen haben die Jüdischen Gemeinden dennoch in den 1970er und 1980er Jahren einen Zuwachs an öffentlicher Aufmerksamkeit erzielen können. Soweit wir etwas über Personen wissen, die zum Judentum konvertiert sind, führte in mehr als der Hälfte der *besichtigten* Fälle<sup>125</sup> ihr Weg aus der DDR/Deutschland heraus – zumeist nach Israel. Ferner zeigt sich, dass Konversionen zum Judentum in beachtlichem Maße von der Entscheidung für bestimmte Studiengänge (Judaistik; Jüdische Studien) begleitet werden. In der DDR gab es erst 1989 wieder an der HUB eine entsprechende Dozentur. Als Scharnier für die Ausbildung einer religiösen oder säkularen jüdischen Identität erwies sich natürlich die jüdische Herkunft. Zudem haben sich Personen, die sich im eigentlich säkularen Jüdischen Kulturverein engagierten, für das religiöse Judentum entschieden.

Möglicherweise schwingt in den Negativ-Urteilen von Maser wie Benz eine bestimmte normative Vorstellung vom Jüdischsein, jüdischer Identität mit. Doch ist es nicht so, dass es einander an- wie einander ausschließende Formen jüdischer Identität gab und gibt, deren Träger sich wechselseitig bescheinigen, keine rechten Juden zu sein? So verweist Sklezkine auf die nach Israel oder in die USA ausgewanderten sowjetischen Juden (Deutschland als Ziel jüdisch-stämmiger Emigranten hat er nicht im Blick): „Sie sind von Geburt Juden, im Sinne der (Hoch-)Kultur Russen und, vom Puschkin-Kult einmal abgesehen, vollkommen ungläubig. Nach den Maßstäben ihrer Aufnahmeländer... sind sie also gar keine richtigen Juden. Sie leben tatsächlich wie umgekehrte Marranen: als Juden in der Öffentlichkeit, die im Privatleben ihrem nichtjüdischen Glauben einschließlich der zugehörigen Feste, Riten und Texte frönen.“<sup>126</sup>

Sklezkine meint aber nun, dass die nach Israel oder die USA emigrierten sowjetischen Juden „früher oder später“ ihr Judentum „wiederentdecken“, neu formatieren würden. In Israel beinhalte das, „den Kanon der russischen Intelligenzija durch den israelisch-hebräischen zu ersetzen“; in den USA erfordere die Wiederentdeckung die „Ersetzung des Kanons der russischen Intelligenzija durch eine Mischung aus protestantisierendem Judentum und Zionismus.“<sup>127</sup>

Auf dem Boden und vor dem Hintergrund der DDR-Geschichte wie auch auf der Basis der neuen Möglichkeiten, die Wende und deutsche Einheit brachten, ist nun eine andere, besondere, neue Form des Jüdischseins entstanden und beansprucht einen Platz im Ensemble der Existenzformen des Jüdischen. Diese Form hebt sich sowohl vom „umgekehrten Marranentum“ der (post-)sowjetischen Einwanderer als auch von den aus der Alt-BRD und der DDR im Rahmen der jeweiligen Kultusgemeinden überkommenen praktizierten Varianten des Judentums ab – die Idee und Praxis eines „säkularen Judentums“. Maser wusste zwar davon, hat es aber in seiner Bilanz 1995 nicht als Neues einzuordnen vermocht, nur als Verfallsprodukt oder Beleg für Identitätsstörungen quittiert. Er spiegelt die Bedenken der Jüdischen Gemeinden gegenüber dieser Neugründung (Parallelinstitution; Beschränkung der Mitgliedschaft auf Bürger jüdischer Herkunft; PDS-Nähe) wider.<sup>128</sup> Bei Benz spielt das Phänomen überhaupt keine Rolle. Insofern lässt sich zumindest 2017 festhalten, dass Maser irrt, als er 1995 befand, Juden und Jüdische Gemeinden der DDR hätten kein Erbe hinterlassen, an das sich anknüpfen ließe. (Maser selbst hat immerhin einige bemerkenswerte DDR-Produktionen und Publikationen hervorgehoben.) Wir wissen allerdings nicht, wie beständig, dauerhaft, ansteckend, welthaltig und anschlussfähig die skizzierte säkulare Art von Jüdischsein ist. Gut möglich, dass es sich dabei nur um ein Transformationsgestalt, also ein Phänomen von zeitlich begrenzter Dauer handelt. Die Selbstauflösung des Jüdischen Kulturvereins lässt sich

<sup>125</sup> Ohne Berücksichtigung der Übergänge von säkularer jüdischer Identität zu religiösem Judentum von Angehörigen der Jungen Gruppe des Jüdischen Kulturvereins.

<sup>126</sup> Yuri Slezkine: *Das jüdische Jahrhundert*, Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen 2006:340f.

<sup>127</sup> Yuri Slezkine: *Das jüdische Jahrhundert*, Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen 2006: 341.

<sup>128</sup> Vgl. Peter Maser: *Juden und Jüdische Gemeinden in verschiedenen Phasen der SED-Diktatur*, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ Bd. III.3, Suhrkamp Frankfurt am Main 1995:1590.

so lesen. Es ist aber immerhin nicht ausgeschlossen, dass das säkulare sozialistisch-jüdische Milieu weiter besteht und zu neuen Ausdrucks- und Existenzformen findet.

## 5. „...und die Folgen“?

*Antisemitismus in der DDR und die Folgen* lautet der Titel des Konferenzbandes, der mich zu der vorliegenden kritische Revue veranlasste. Welche Langzeitfolgen werden vom Mainstreamdiskurs in den Blick gerückt und welche Schwierigkeiten, Dilemmata erwachsen aus tatsächlichen wie vermeintlichen DDR-Erbschaften für den Mainstreamdiskurs im hier interessierenden Feld und im Hinblick auf weitere Diskursfelder? Denn Referenzgröße für den deutschen Mainstreamdiskurs sind die Agenden der „westlichen Wertegemeinschaft“. Zu beachten ist ferner, dass im Mainstreamdiskurs auch Wirklichkeitsbeschreibungen und Deutungen aufgehoben und präsentiert werden, die von anderen Mitgliedern der Kommunikationsgesellschaft (z.B. Amadeu Antonio Stiftung) bereit gestellt, als möglich bzw. als sinnvoll akzeptiert werden, obschon jene Mitglieder, Stiftungen und Organisationen von ihrem inneren Auftrag wie nach ihrem Selbstverständnis eigentlich nicht Bestandteile des Mainstreams sind.

### „Antisemitismus? Das hat es bei uns nicht gegeben“. Dilemmata der Gleichsetzung

Der erste Teil der Zwischenüberschrift beschreibt eindeutig eine der Langzeitfolgen und eine der Lebenslügen der DDR, die in Teilen der ostdeutschen Gesellschaft noch immer für wahr gehalten wird. Indem der Mainstreamdiskurs die Vorstellung, Antisemitismus habe es in der DDR nicht gegeben, destruiert, ist er anschlussfähig an DDR-Aufarbeitungsdiskurse außerhalb des Mainstreams und leistet in gewisser Weise Aufklärungsarbeit. Die Schwierigkeiten des Mainstreamdiskurses in seinem potentiell aufklärerischen Bestreben liegen einmal darin, dass er antisemitische Vorfälle und Entgleisungen in der DDR historisch und international vergleichend nicht verortet, kein Maß hat und anzuwenden weiß. Um Antisemitismus in der DDR sichtbar zu machen, tendiert der Mainstream dahin, entsprechende Vorfälle zu vergrößern, überdimensional erscheinen zu lassen. Heike Radvan (\*1970) (Amadeu Antonio Stiftung) hält es daher immerhin für nötig, darauf hinzuweisen, dass es „signifikante Unterschiede“ zwischen dem Antisemitismus in der NS-Zeit und dem Antisemitismus in der DDR gab.<sup>129</sup> Offenbar ist das eine verhaltene Kritik an dem Mainstreamdiskurs unterschwellig eingeschriebenen Positionen – von der Zweiten deutschen Diktatur, gepaart mit der schrägen These, Antisemitismus wäre gewissermaßen die heimliche Programmatik der SED und die Staatsräson der DDR gewesen.

Die Vorstellung, Antisemitismus und andere Übel habe es in der DDR nicht gegeben, konnte indes auch deshalb sich halten, weil in der DDR bestimmte Vorfälle, Tendenzen und Ereignisse medial, polizeilich und in anderer Weise gedeckelt, nicht publik gemacht oder repressiv eingehengt wurden. Mit dem Interregnum im Zuge der „friedlichen Revolution“ und der Zerstörung des Staates DDR im Verlauf des Beitritts zur Bundesrepublik, wurden auch jene einhegenden Dämme gesprengt. Der Mainstreamdiskurs hat über 25 Jahre mit Eifer das Geschäft der Diskreditierung und Dämonisierung der DDR wie ihrer Träger betrieben, doch wohl nicht die Folgen bedacht. Denn dadurch wurden auch sehr problematische Potenziale in der (ost-)deutschen Gesellschaft entfesselt, ermuntert und gestärkt. Gleiches gilt in noch stärkerem Maße für andere postsozialistische Gesellschaften.

Eine der wichtigen Erkenntnisse der Antisemitismusforschung besagt, Antisemitismus funktioniert auch ohne Juden (Benz/Friedrich; Griese). Im „jüdischen Zeitalter“ (Slezkine), von dem eingangs die Rede war, lässt sich indes nicht nur die Tendenz erkennen, dass in unseren Breiten mehr oder weniger alle Individuen einst den Juden und anderen „Dienstleistungsnomaden“ zugeschriebene Denk- und Verhaltensqualitäten ausbilden, in diesem Sinne „jüdisch werden“. Es fehlt auch nicht an Widerständen verschiedener Art, sich diesem Postulat zu unterwerfen. *Eine* der Reaktionsformen auf das „jüdische Zeitalter“ besteht in der Ausbreitung von Antisemitismus. Dieser sitzt gleichsam auf früheren Varianten von Anti-

<sup>129</sup> Vgl. Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 135.

semitismus auf und wird neu formatiert. In anderen Weltgegenden, etwa in Asien außerhalb Festlandchinas, spielten und spielen Chinesen eine den Juden vergleichbare Rolle, in wieder anderen Armenier. Indem der Mainstreamdiskurs sich auf „Antisemitismus in der DDR und die Folgen“ kapriziert, ist er vergangenheitsorientiert und blendet aus, was Slezkine mit seiner These vom „jüdischen Zeitalter“ an Fragen und Problemen aufwirft.

Insofern der Mainstreamdiskurs ein Ensemble von historischen wie aktuellen Themen umfasst, keineswegs nur auf die DDR bezogen ist, krankt er an einer heuchlerischen Selektivität. Zwar gilt ihm vorgeblich Antisemitismus als unverzeihlichste Form von Menschenfeindlichkeit, doch wenn beispielsweise die heutigen ukrainischen Nationalisten einen exzessiven Bandera-Kult betreiben und die Polen- und Judenschlächter der einstigen ukrainischen Aufstandsarmee ehren, dann wird das von den deutschen Freunden der Ukraine kaum beleuchtet und als eher harmlose Folklore verbucht. Ähnliches gilt für die Ustascha-Heroisierung im EU-Staat Kroatien, für befremdliche Erbe- und Traditionsbezüge in Polen, Ungarn, den baltischen Staaten.

2009 entschied das Europäische Parlament, den 23. August (am 23. August 1939 wurde der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet) als „Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus“ einzuführen. Die politisch gewollte Gleichsetzung, die gemeinsame Behandlung von Stalinismus und Drittem Reich entspricht zwar der Grundintention auch des deutschen Mainstreamdiskurses, bedeutet aber faktisch eine Koordinatenverschiebung. Juliane Wetzel erinnert an die Debatte zum 23. August, die vor allem in den neuen Bundesländern, natürlich auch in Osteuropa und im Baltikum geführt wurde und zeigt sich sichtlich befremdet und irritiert: „Was haben wir all die Jahre versucht, ... die Präzedenzlosigkeit des Holocaust... deutlich zu machen... Und plötzlich wird der Stalinismus mit dem Nationalsozialismus bzw. dem Holocaust gleichgesetzt... Wir haben das Gott sei Dank hier [in der Bundesrepublik- FTK] noch nicht und werden es hoffentlich nicht haben. Bei uns wird es der 27. Januar bleiben.... Es gibt eine Webseite, eine Initiative, die von Schweden geleitet wird, zu diesem 23. August... Aber wenn Sie die Organisationen sehen, die Mitglied in diesem europäischen Verbund sind, dann kommt von Deutschland die Stiftung Aufarbeitung [der SED-Diktatur- FTK] und die Jahnbehörde vor... Insofern ist es eine einseitige Sache, die stark den stalinistischen Terror abdeckt.“<sup>130</sup>

Was sich in der Tendenz abzeichnet, ist eine Erosion: der Schulterchluss zwischen dem Mainstreamdiskurs und anderen aufarbeitenden Bereichen der Kommunikationsgesellschaft löst sich auf.

#### „Israelfeindschaft“ oder das Dilemma der unverbrüchlichen Solidarität

„Israelfeindschaft“ gilt als weitere Langzeitfolge der DDR. Radvan verweist auf ihre Erfahrung mit Personen, die noch in der Gegenwart sagen, was sie in der DDR über Israel gelernt hätten, wäre ja offensichtlich richtig gewesen.<sup>131</sup> Was jene Personen für richtig und zutreffend halten, wird von Radvan nicht ausgeführt. Es handelt sich aber offenbar um „geschichtsrelativierende Vergleiche“. Möglicherweise um Vergleiche, bei denen Praktiken Israels in die Nähe von Praktiken des NS- Regimes oder des einstigen Apartheid-Staates Südafrika gerückt werden.

Das Problem – für die wirklichen Freunde Israels wie auch für den Mainstreamdiskurs mit seiner pro-israelischen Haltung – besteht jedoch nicht in Versatzstücken der DDR-Propaganda zu Israel, die vielleicht hier und da noch bei manchen früheren DDR-Bürgern im Umlauf sein mögen, sondern darin, dass Israel für wachsende Teile der *bundesdeutschen Gesellschaft* gewissermaßen seine Unschuld verloren hat und weiter verliert. Jedes andere Land, welches sein Territorium erweitert, ethnische Homogenität propagiert, Deportationen erwägt, heilige Texte wie die hebräische Bibel als hinreichenden Grundbuch-

<sup>130</sup> Beitrag Juliane Wetzel, in: Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 167; 173.

<sup>131</sup> Vgl. Beitrag Heike Radvan, in: Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 136.

nachweis und als Legitimation für Landnahme gelten lässt, Grenzmauern baut, gezielte Tötungen und Häuserabrisse vornimmt, also die Familien von Attentätern und Terroristen für deren Taten in Haftung nimmt, militärische Präventivschläge nicht scheut, hätte mit Boykotten und Sanktionen zu rechnen. Das dies nicht der Fall ist, liegt einzig daran, dass die westliche Welt es bislang mit vielfältigen, darunter auch diskursiven Mitteln zu verhindern wusste. Doch nun zeichnet sich eine neue Stufe der Eskalation ab. Manche Akteure und Institutionen des Westens, insbesondere die neue US-Administration, tendieren dazu, politisch und diskursiv zu einer noch klareren, entschiedeneren pro-israelischen Parteinahme überzugehen und jeglichen Anschein im Nahostkonflikt noch vermitteln zu wollen, fallen zu lassen. Vermutlich werden manche bundesdeutsche Akteure auch diese Kehrtwende begrüßen und mittragen, andere indes wollen oder können dies nicht. Dabei mag unter anderem auch eine Rolle spielen, dass auswärtige Konflikte in wachsendem Maße in der Bundesrepublik ausgetragen werden. Der bundesdeutsche Mainstreamdiskurs, der mittels öffentlicher „Vorurteilsrepression“ nahezu jede Israelkritik mit Differenzbehauptungen (für Israel gelten keine allgemeinen Regeln), als Antisemitismus oder Israelfeindschaft zu bannen vermochte und im Falle der DDR mit Kohärenzsuggestionen (für die DDR wäre Antisemitismus eine Art Staatsdoktrin gewesen) sich hervorgetan hat, lässt sich immer weniger durchhalten. Daher ist eine Ausdifferenzierung im Mainstream, ja dessen Zerfall nicht mehr auszuschließen, und zwar im Falle Israels eher als im Hinblick auf die DDR.

#### Reserviertheit gegenüber Staatszerstörungen, humanitären Interventionen und Demokratieexporten

Zu den Essentials des bundesdeutschen Mainstreams in Politik, Wissenschaft und Medien gehört die Rede von der internationalen Verantwortung, die Deutschland endlich übernehmen müsse. Eine solche Verantwortungsübernahme hat in der deutsche Gesellschaft mit gewissen Widerständen zu rechnen. Eine der Langzeitfolgen der DDR sei nun, wie Heike Radvan bemerkt, ein in den neuen Bundesländern verbreitetes „einseitiges Verständnis von Friedenspolitik.“<sup>132</sup> Radvan hält ein solches Verständnis von Frieden für „ideologisch“, führt an, dass es ethische und moralische Gründe geben könne für humanitäre militärische Interventionen und fragt, was wäre zum Beispiel passiert, wenn die USA sich anders entschieden hätten und nicht in den Zweiten Weltkrieg eingetreten wären.<sup>133</sup>

Ich halte Situationen durchaus für denk- und vorstellbar, die humanitäre Interventionen mit deutscher Beteiligung erfordern könnten. Insofern sind Radvans Argumente an sich zutreffend. Doch hat sie offenbar nicht realisiert, dass sich das „einseitige Friedensverständnis“ in den neuen Bundesländern bestens mit folgender Tatsache verträgt: junge Ostdeutsche sind überproportional in der Bundeswehr vertreten, melden sich öfter zu Auslandseinsätzen und werden dort häufiger Opfer von Anschlägen, erschossen oder verwundet. Doch dies nur nebenbei. Vielmehr noch als eine Kenntnissnahme und Reflexion dieses Sachverhalts (warum zieht es denn so viele Ostdeutsche in die Bundeswehr?) vermisste ich an ihrem Beitrag jeden kritischen Einwand gegenüber dem Mainstream-Verantwortungsdiskurs und jede kritische Besichtigung realer so genannter humanitärer Interventionen des Westens mit und ohne deutscher Beteiligung seit den 1990er Jahren. Die Militäreinsätze wurden alle vom zeitgenössischen Mainstream – von der Zerschlagung Jugoslawiens über Afghanistan bis zum Irakkrieg und Libyen – mit Lügen und Täuschungen legitimiert. Erinnerung sei an Scharpings „Hufeisenplan“ und Fischers irreführendes Credo „Nie wieder Auschwitz!“. Mit „Bündnistreue“ oder dem Argument, Deutschlands Sicherheit und Freiheit werde auch am Hindukusch verteidigt, erfolgte der Einstieg in den nicht enden wollenden Afghanistan-Einsatz. Der Verweis auf nicht vorhandene Massenvernichtungsmittel führte eine US-geführte Koalition der Willigen nach Bagdad. Hilfe aus der Luft für „demokratische Kräfte des arabischen Frühlings am Boden“ machte Libyen zu einem fallenden Staat. Die Militäreinsätze erfolgten konzeptionslos und führten zu Staatszerstörungen und Auflösung bestehender Ordnungen. Damit wurde überall die Büchse der Pandora geöffnet. Timothy Snider hat m.E. überzeugend gezeigt, welche Bedeutung Staatszerstörungen

<sup>132</sup> Vgl. Beitrag Heike Radvan, in: Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016: 135.

<sup>133</sup> Vgl. Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016:135.

für die NS-Vernichtungspolitik hatte und die verstörende Frage gestellt und beantwortet, ob sich so etwas wie der Holocaust wiederholen könnte. Er hat für die Gegenwart Konstellationen und Scharniere sowie Räume und Akteure eingekreist, die zu ähnlichen Lösungen wie einst das NS-Regime tendieren könnten. Nicht alle seiner Erwägungen halte ich für stichhaltig. Doch eine seiner Antworten schon. Sie besagt: wenn Staaten zerstört, lokale Institutionen korrumpiert und Marktanreize auf Mord ausgerichtet werden, ist so etwas Ähnliches wie der Holocaust auch mit anderen Opfern als damals nicht ausgeschlossen.<sup>134</sup> Daher ist Reserviertheit gegenüber Staatszerstörungen, humanitären Interventionen und militärisch gestützten Demokratie-Exporten weiterhin angebracht, weniger „ideologisch“ als der Mainstream-Diskurs über deutsche Verantwortung in der Welt. Mir scheint: Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen laufen gelegentlich Gefahr, vom Mainstreamdiskurs nicht nur vereinnahmt zu werden, sondern in ihm aufzugehen. Das können sie eigentlich nicht wollen. Für den Mainstreamdiskurs über deutsche Verantwortung in der und für die Welt wiederum besteht das Problem nicht nur in der oben skizzierten Reserviertheit gegenüber militärischen Interventionen in der deutschen Gesellschaft. Auch die politisch abverlangte und gewollte kräftige Aufrüstung (das 2%-Ziel) wird die deutsche Gesellschaft schwer treffen. Zudem gerät die Rede von der „westlichen Wertegemeinschaft“ als Referenzgröße und Berufungsinstanz des Mainstreamdiskurses in eine massive Krise. Sie lässt sich mit Blick auf die Europäische Union wie auf die „transatlantische Partnerschaft“ immer schwerer diskursiv vertreten. Herfried Münkler bringt es auf den Punkt: „Den` Westen gibt es nicht mehr. Der wird auch nie mehr wiederkehren.“<sup>135</sup>

---

<sup>134</sup> Vgl. Timothy Snyder: Black Earth. Der Holocaust und warum er sich wiederholen kann, C.H. Beck München 2015.

<sup>135</sup> Herfried Münkler im Interview: Bedeutet Trump Krieg? Von Arno Widmann, Berliner Zeitung 19.02.2017, unter <http://www.berliner-zeitung.de/politik/herfried-muenkler-im-interview-bedeutet-trump-krieg--> 25759948 [24.02.2017].